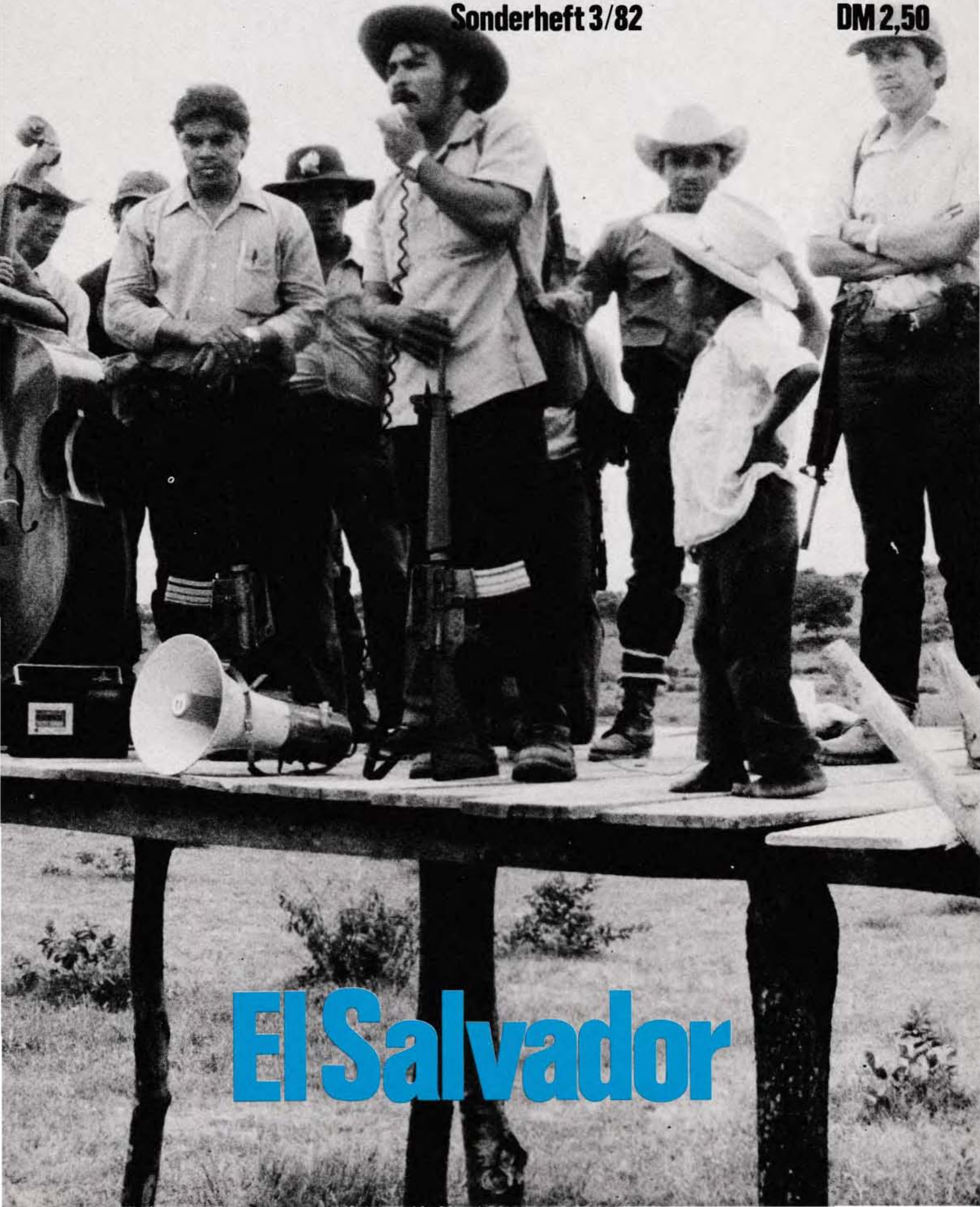


# AIB

Sonderheft 3/82

DM 2,50



# El Salvador



## Inhalt

El Salvador –  
Kein neues Vietnam 25

Veronika Sieglin  
Soziale Veränderungen  
im Griff der Oligarchie 27  
El-Salvador-Daten 30

Wolfram Brönner /  
Heinz-Jürgen Nieth  
Von der „Reform“-junta  
zum Krieg gegen das Volk 32  
G. Garcia: „Darum handeln  
wir so entschieden!“ 35

Wolfram Brönner /  
Heinz-Jürgen Nieth  
Der Befreiungskampf  
der FMLN/FDR 37  
Programm der FDR 46  
Gespräche mit Commandante  
R. Gutierrez über die Volks-  
macht in den kontrollierten  
Gebieten 49  
Ex-CIA-Agent Barnes  
packt aus 55  
FMLN/FDR-Vorschlag zu  
Friedensverhandlungen 57

Wolf Breugel  
Die Bundesregierung und  
El Salvador – ein wider-  
sprüchliches Verhältnis 58  
Und wo steht die  
CDU/CSU? 58  
Französisch-mexikanische  
Erklärung 59

Aktions- und Materialspiel 60

## ASK-Materialien zu El Salvador/Mittelamerika



Plakat „Nein zur US-Intervention in Mittelamerika“ (s.o.), DIN-A2-Langformat, dreifarbig, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,30 DM (Best.-Nr. B-0505)

Info El Salvador, mit Artikeln zum US-Interventionskurs in Mittelamerika, Zu den „Wahlen“, Rede Ortegas vor der UNO, Stellungnahme der FDR/FMLN, UNO-Resolution usw., DIN-A4, 20 Seiten, Preis 2,- DM, ab 10 Ex. 1,70 DM (Best.-Nr. B-0105)

Grafikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal und Vega, DIN-A4-Überformat, schwarz-weiß, Preis: 10,- DM, ab 10 Ex. 8,- DM (Best.-Nr. B-0504)

Zur ASK-Kampagne der materiellen Solidarität mit den von der FMLN kontrollierten Gebieten „Brot für El Salvador“:

Aufruf, DIN-A4, Rückseite frei für Eindruck, Preis je 100 Ex. 3,- DM (Best.-Nr. B-0101)

Faltblatt, DIN-A5, 6 Seiten, Preis: 0,20 DM, ab 10 Ex. 0,15 DM (Best.-Nr. B-0102)

Plakat, DIN-A2, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,20 DM (Best.-Nr. B-0501)

Broschüre „Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des 'Komitees von Santa Fe' für den Präsidentschaftskandidaten Reagan, DIN-A5, 48 Seiten, Preis: 3,- DM, ab 10 Ex. 2,70 DM (Best.-Nr. B-0106)

Diese Materialien, eine umfangreiche Materialliste zu El Salvador sowie einen umfassenden Katalog gibt es bei:

Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika  
Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. (0611) 234659,

Spendenkonto: Prof. Erich Wulff, Nr. 527055-602, PschA. Frankfurt/Main, Kenn-  
wort: El Salvador

### Impressum

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postcheckkonto 312093-607, Postcheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönner (verantw.) Nico

Biver, Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: E. Alsdorf, A. J. Arndt, M. Dautermann, P. Garcia, P. Grund, V. Klose, C. Klotz, A. Krajczek, N. Noisser, H. Mayer, U. Rupp, G. Schmidt-Bollmann, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zustimmung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 15. 6. 1982

Anzeigen: J. H. W. Dietz Verlag, Z-ZAMBON, BUKO, Roderberg Verlag, ASK, elan, Informationsstelle El Salvador.



# EL Salvador: Kein neues Vietnam zulassen!

Die Reagan-Administration hat 1981 El Salvador zum „Testfall“ ihres globalen Konfrontationskurses erklärt. Das ausgreifende Engagement der USA in El Salvador/Mittelamerika soll den Beweis erbringen, daß die Schlappe der Weltmacht Nr. 1 im Vietnamkrieg (1964-73) lediglich ein „vermeidbarer“ Betriebsunfall gewesen sei. Laut US-Außenminister Alexander Haig, ehemals NATO-Oberkommandierender und als Offizier im Vietnamkrieg dabei, lassen sich die in Indochina begangenen Fehler in El Salvador vermeiden, hätten doch „die Vereinigten Staaten dort militärisch gewinnen können, wenn sie nur schneller und entschiedener zugeschlagen hätten“.

Genau darauf steuern A. Haig/R. Reagan heute im Kampf um El Salvador zu. Und nur eine starke Protestbewegung, in den USA und weltweit, wird sie davon abhalten können, im Fall einer greifbaren Niederlage des salvadorianischen Diktaturregimes selbst militärisch noch „schneller und entschiedener zuzuschlagen“.

Noch, weil sie längst direkt gegen die Aufstandsbewegung in El Salvador und im Grenzgebiet zu Honduras intervenieren (siehe Beitrag von A.I. Barrios). Und von da ist es nicht mehr weit zur Entsendung regulärer US-Kampftrouppen wie dereinst in Indochina (zeitweilig 500.000 Mann!), zum totalen US-Bombenkrieg oder zum multinationalen Invasionsheer – Varianten, die in Washington lauthals diskutiert werden. Die ersten Schritte zur Kriegeskalation in und um El Salvador (siehe auch AIB 4/1982, S. 4ff. und AIB-Sonderheft 2/1982 zum Antiinterventionskongreß in Münster) sind längst getan.

## A. Haig: „Entschiedener zuschlagen als in Vietnam“!

Daß in den USA die Menschen seit Vietnam – sieht man von der Atomrüstung ab – nichts mehr derart aufrüttelte wie El Salvador, hat also gute Gründe: Die negativen Eigenerfahrungen mit dem verlorengegangenen Vietnamkrieg (1964-73) sind noch sehr lebendig, die Parallelen beider Engagements zu offensichtlich. Worin bestehen sie? Auch in Vietnam stand am Anfang die Entsendung einiger Dutzend US-Militärs, von Ausbildern der „Green Berets“ und Beraterstäben, für die Aufstandsbekämpfung. Auch im Fall Vietnam legitimierte Washington das zunehmende militärische Eingreifen mit einer vermeintlichen „kommunistischen Intervention“, damals seitens Nordvietnams, diesmal seitens Kubas, Nikaraguas und der Sowjetunion. Auch zu Anfang ihrer Überlebenshilfe für das Regime in Südvietnam drohte eine republikanische US-Regierung an, sie werde mit militärischen Gegenmaßnahmen nötigenfalls bis zu den „Quellen“ des Befreiungskampfes gehen. Was folgte, war ein Bombenkrieg gegen Nordvietnam, war die Ausdehnung der US-Kriegsführung auf Kambodscha und Laos. Die Reagan-Administration vertieft nur den Argwohn, wenn sie das „Vietnam-Syndrom“ für längst überwunden erklärt, wenn sie jede Ähnlichkeit zwischen ihrer damaligen Verstrickung in Indochina und der gegenwärtigen in Mittelamerika ablehnet.

Ihre aktuelle Argumentation läuft darauf hinaus, den Kampf um El Salvador als eher gewinnbar (!) und noch wichtiger erscheinen zu lassen: Zunächst einmal liege – so W.J. Casey/A. Haig – El Salvador vor der „Haustüre“ der USA, wohingegen Vietnam 9.000 km entfernt gewesen sei. Im Unterschied zu Vietnam gehe es in Mittelamerika und der Karibik um gefährdete Lebensinteressen der USA, weshalb ein „Domino-Effekt“ hier bis zum Inneren der USA durchzuschlagen drohe. Ronald Reagan: „Die Terroristen zielen nicht nur auf El Salvador ab. Sie zielen auf das gesamte Mittel- und später möglicherweise Südamerika, und, da bin ich sicher, eventuell Nordamerika ab. Was wir machen, ist der Versuch, den Export dieser destabilisierenden Kraft der Guerilla-Kriegsführung und Revolution nach hierhin zu unterbinden.“

Kein Wunder, daß sich heute in den USA selbst und gerade auch in Westeuropa eine Antiinterventionsbewegung zu El Salvador/Mittelamerika formiert, die in Vielem an die Antikriegsbewegung zu Vietnam Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre erinnert.

Seit den Tagen der US-Weihnachtsbombardements 1972/73 gab es keine antiimperialistischen Solidaritätsaktionen solchen Massencharakters in den USA und Westeuropa. Ein Ausdruck dessen: Im März 1982 gingen bei nationalen Manifestationen in Washington 50-80.000, in Frankfurt 25-30.000 Menschen auf die Straße. Ihr Leitspruch: „Kein neues Vietnam in El Salvador! Gegen die US-Intervention in Mittelamerika!“

Seit Vietnam und Chile (1973) hat auch die Opposition gegen Interventionspraktiken in der Dritten Welt nicht mehr derart breite Kreise erfaßt. In den USA, wo mittlerweile mehr als 300 El-Salvador-Komitees landesweit agieren, reicht der Widerstand gegen R. Reagans Mit-

telamerikapolitik von der Linken über das Gesamtspektrum der Kirchen bis in die Zentralgewerkschaft AFL/CIO und den Kongreß in Washington hinein. Bei einer Umfrage des Gallup-Instituts vom Februar 1982 wandten sich 89% der befragten US-Bürger gegen eine Truppenentsendung nach El Salvador, 54% gegen jede Überlebenshilfe für die Junta.

Damals unterstützte rund 1/4 der Abgeordneten im Kongreß eine Resolution, in welcher die Feststellung R. Reagans, man könne von „Fortschritten“ in der Menschenrechtsfrage in El Salvador ausgehen, als unhaltbar bezeichnet und eine vorläufige Einstellung der Hilfe gefordert wurde. Nachdem Ende Mai d.J. der Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen der Reagan-Administration die geforderte Erhöhung der US-Militärhilfe für San Salvador verweigerte, sind ähnliche Voten des Kongresses (die nächsten Bewilligungen stehen im Juli und Dezember 1982 an) nicht mehr völlig auszuschließen.

Wirkung zeitigt auch die weitgehende internationale Ablehnung dieses US-Interventionismus. Gegen ihn erklärten sich in jüngster Zeit eine Reihe von Schlüsselstaaten Amerikas und Westeuropas, darunter die Regierungen Mexikos, Kanadas, Brasiliens, Frankreichs, Griechenlands, Hollands und Schwedens. Sie lehnten allesamt die – von Washington erbetene – Entsendung von Wahlbeobachtern zum 28. März 1982 nach El Salvador ab und sprachen sich für eine politische Verhandlungslösung auf der Grundlage der französisch-mexikanischen Erklärung vom August 1981 und der regionalen Friedensinitiative Lopez Portillos vom Februar 1982 aus.

Auch Bonn muß durch vermehrten Druck der Solidaritätsbewegung dazu gezwungen werden, eine solche Verhandlungslösung ausdrücklich zu unterstützen. Es muß dazu gezwungen werden, sich unmißverständlich gegen den Interventionskurs Washingtons in El Salvador und der Region zu wenden. Ein neues Vietnam in El Salvador zu vereiteln, hieße die von Washington heraufbeschwörte „Gefahr eines überregionalen, wenn nicht sogar weltweiten Konflikts“ (so der Münsteraner Antiinterventionskongreß) zu bannen. Und das ist wohl, abgesehen von der bereits ansehnlichen materiellen Hilfe für die FMLN/FDR, der gegenwärtig wichtigste Auftrag der hiesigen El-Salvador-Solidaritätsbewegung überhaupt.



Salvadorianisches Volk zu R. Reagan, der eine Kerze für Polen ins Fenster stellt: „Wie war's mit einer Kerze für uns, mein Herr?“



## Alfons I. Bresche

# Wo liegen die Ursachen des El-Salvador-Konflikts?



Worum es beim Konflikt in und um El Salvador in Wahrheit geht, welche realen Ursachen dieser Konflikt hat, das zu durchschauen, fällt hierzulande nicht leicht. Es wird dem Bundesbürger von den Massenmedien auf doppelte Weise schwer gemacht. Da werden nicht nur die Verbrechen des salvadorianischen Regimes gegen das eigene Volk an den Rand gedrängt, heruntergespielt, verdrängt. Da wird auch gar zu gerne darüber hinweggesehen, daß sich dieses Killerregime in San Salvador nur dank einer überdimensionalen Militär- und Wirtschaftshilfe seitens der USA an der Macht zu halten vermag. Die Verantwortlichen für den Kriegszustand in El Salvador, die wirklichen Gewaltverursacher sollen im Dunkeln bleiben. Und mit ihnen die eigentlichen Wurzeln der salvadorianischen Krise und Volksrebellion.

Die Frage nach den Ursachen des El-Salvador-Konflikts und die nach den Interventen hängen hautnah zusammen. Dafür sorgten allein schon die Irreführungsversuche der Reagan-Administration.

Für sie handelt es sich schlicht um einen von Außen eingeschleusten, einen von fremden Mächten nach El Salvador/Mittelamerika exportierten Konflikt. In ihren Augen herrschte bis zum Revolutionsauftritt in Nicaragua, Grenada (1979) und El Salvador in der mittelamerikanisch-karibischen Region noch eine heile Welt. Eine heile Welt, das sind für den konservativen US-Präsidenten „freies Unternehmertum“ und „demokratische Regierungen“, anstelle einer „weitere(n) Ausbreitung der politischen Gewalt“, des „eisernen Griff(s) der totalitären Linken in Grenada und in Nicaragua sowie ... die sich ausweitende Unterstützung für gewaltsame Revolutionen in Mittelamerika – begünstigt von der Sowjetunion, dirigiert von Kuba.“ Also sei, schlußfolgernd Ronald Reagan, die Wurzel der mittelamerikanisch-karibischen Krise im „importierten Terrorismus und bewaffneten Angriff“ zu suchen.<sup>1</sup>

Für den denkenden Rest der Welt, von dem 1981 abgelösten US-Botschafter in San Salvador, Robert White, bis zu den Revolutionären Lateinamerikas, sind die Ursachen der Rebellion in El Salvador und der Region vorort zu suchen. In ihren Augen ist diese Rebellion die Antwort auf eine unerträgliche soziale Ungerechtigkeit und Not, auf die Gewaltorgien alteingesessener Militärdiktaturen und auf die neokolonialistische Gängelung durch die regionale Vormacht USA. Die Rebellion hat vorrangig interne Wurzeln, aber nicht nur...

Daniel Ortega Saavedra, Sandinistaführer und Regierungskordinator des revolutionären Nicaragua, illustrierte den geschichtlichen Hintergrund der aktuellen Krise in Mittelamerika/El Salvador. In seiner Rede vor der 36. Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) im Oktober 1981 machte der Sandinistaführer den geschichtlichen Ursprung der Krise in Mittelamerika/El Salvador an drei Punkten fest: a) an der jahrhundertelangen Ausbeutung der mittelamerikanischen Länder durch die entwickelten kapitalistischen Staaten, insbesondere durch die dominierenden USA; b) an der Stützung volksfeindlicher Diktaturregimes, die ausbeuterische Minderheiten repräsentieren, welche „wie Eunuchen den Interessen der internationalen Ausbeutung dienen“; c) an der fortgesetzten Verteidigung der „brutalen wirtschaftlichen Ausbeutung“ durch eine nicht abreißende Kette von Interventionsakten und anderen Verletzungen der Souveränitätsrechte der Länder Lateinamerikas seitens der USA. Und diese Geschichte des US-Interventionismus begann – so Daniel Ortega Saavedra weiter – lange bevor das sozialistische Lager, bevor die Sowjetunion und das revolutionäre Kuba überhaupt existieren.<sup>2</sup>

Ein Gutteil der Verantwortung für die unerträgliche Lage der unterprivilegierten Massen liegt bei den Westmächten, ihren Konzernen und Regierungen.

In der Tat erklärt sich nicht zuletzt aus dieser vereinten Verteidigung eines überholten Status quo, daß die soziale Ungerechtigkeit und Elendssituation breiter Massen in diesen Ländern besonders kraß ausfällt. Sie drückte sich Ende der 70er Jahre darin aus, daß von insgesamt 20 Mio Mittelamerikanern rund 8,5 Mio in extremer Armut lebten, 12 Mio keine menschenwürdige Unterkunft fanden, rund 1/3 arbeitslos und mehr als die Hälfte der Bevölkerung über 15 Jahre Analphabeten waren, 15% aller Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben. Sie drückt sich heute in El Salvador darin aus, daß die Bevölkerungsmehrheit unterernährt ist, während 2% der Bevölkerung die Hälfte des Landes und den Großteil der Reichtümer des Landes besitzen.

Hierin und in den Gewaltexzessen der Diktatoren sind die Wurzeln der revolutionären Krisen in Nicaragua (1978/79), El Salvador und Guatemala zu suchen. Sie brauchten nicht importiert zu werden. Sie bergen genügend innere Ursachen und Konfliktstoff – eine Einsicht, die auch Ed Broadbent, der kanadische Beauftragte der Sozialistischen Internationale aus El Salvador mitbrachte:

„Zuerst und vor allem war und ist El Salvador gekennzeichnet durch eine extreme soziale und politische Unterdrückung, die in der extremen wirtschaftlichen Ungleichheit wurzelt.(...)Die Unterdrückung demokratischer Bewegungen wurde in El Salvador institutionalisiert und im Laufe der ganzen Geschichte des Landes verschärften die herrschenden Kräfte generell durch massive Gewaltakte die Unterdrückung gegen die Bevölkerung.“<sup>3</sup>

Anmerkungen:

1) AIB 4/1982, S.7

2) Siehe Wortlaut in: AIB 1/1982, S. 4-6

3) Socialist Affairs, London, Nr. 5/1981, S.196



## Veronika Sieglin

# Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie

Schien in den ersten Wochen nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung (28. März 1982) eine Beteiligung der Christdemokratie an einer Regierung aus Vertretern der rechtsradikalen Parteien und des Militärs noch fragwürdig, so kam ein solches Regierungsbündnis unter dem Druck der USA nun doch zustande. Damit wurde – zwangsweise – zwischen Teilen der Mittelklassen, repräsentiert durch die Christdemokratie, und der Oligarchie erneut ein politisches Bündnis geschlossen.

Diesem rechten herrschenden politischen Block steht in Gestalt der FDR/FMLN eine breite Mitte-Links-Bewegung gegenüber, die sowohl revolutionäre Massenorganisationen wie auch bürgerlich-demokratische Parteien umfaßt (siehe nachstehenden Beitrag).

In beiden Blöcken existieren aufgrund ihrer sozialen Streubreite vielfältige, teilweise sogar widersprüchliche Interessen nebeneinander. Die weitere politische Entwicklung El Salvadors wird daher nicht allein vom militärischen Moment abhängig sein, sondern auch davon, inwiefern es den Befreiungskräften gelingt, innerhalb des herrschenden Blocks Widersprüche zu fördern, bestimmte Klassen oder Schichten (z.B. Kleinbourgeoisie, Teile der abhängigen Zwischenschichten) aus dem herrschenden Block herauszuberechnen.

Im folgenden soll versucht werden, die wirtschaftlich-sozialen Grundlagen der beiden gegnerischen Lager und ihren Veränderungsprozeß nachzuzeichnen.

Bis Mitte der 40er Jahre dieses Jahrhunderts basierte die Einbeziehung El Salvadors in den kapitalistischen Weltmarkt auf so gut wie nur einem Exportprodukt, Kaffee. Der Kaffeeanteil an den Gesamtausfuhren des Landes lag durchschnittlich bei 90-95%. Zwar ging im Zuge einer stärkeren Diversifizierung der Agrarexportproduktion seit Ende des 2. Weltkrieges die absolute Bedeutung des Kaffees für die

Volkswirtschaft zurück, Kaffee blieb jedoch nach wie vor mit einem Anteil von 40-50% wichtigstes Exporterzeugnis. Durch die Industrialisierung wurde zwar die Bedeutung des Agrarsektors bei der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geringer – sein Anteil am BIP verminderte sich von 34 % im Jahr 1950 auf 21% im Jahr 1977<sup>1</sup> –, er blieb aber aufgrund des hohen Anteils der Agrarprodukte an den Gesamtexporten (ca. 70-75%) wichtigster Devisenbringer. Diese Schlüsselposition des Agrarexportsektors, insbesondere der Kaffeeproduktion, für die Entwicklung der salvadorianischen Volkswirtschaft ist die Grundlage für die Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Macht eines großen Teils der herrschenden Klasse, der sog. Agraroligarchie.

## Kaffee – Machtquelle der herrschenden Familien

Seit Jahrhunderten wird Herrschaft in El Salvador von einigen wenigen Familien ausgeübt, die sich entweder durch ihre unmittelbare Verbindung mit dem Weltmarkt entscheidende Anteile des außer Landes realisierten Mehrprodukts aneignen (Exporteure) und/oder das wichtigste Produktionsmittel, den Grund und Boden, in ihren Händen konzentrieren konnten (Kaffeeexport-, später auch Baumwoll- und Zuckerrohrproduzenten).

Allerdings kann dabei nicht von einer in sich homogenen Klasse ausgegangen werden. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts läßt sich ein Prozeß zunehmender Uneinheitlichkeit beobachten, der in erster Linie auf der Erschließung neuer Akkumulationsquellen durch Teile der Kaffeeoligarchie fußt. Einige Cafetalero (Kaffeepflanzer)-Familien begannen zu diesem Zeitpunkt zusätzlich noch mit der Verarbeitung des Kaffees in sog. Beneficios (Kaffeemöhlen) und mit dem Anbau von Baumwolle und Zuckerrohr für den Binnenmarkt. Bis Mitte der 60er Jahre hatten von den 36 größten Cafetalero-Familien ca. ein Drittel (14 Familien) ihre Produktion in dieser Weise diversifiziert.

Ihnen war es gleichzeitig auch gelungen, sich beim Export von Kaffee entscheidende Positionen zu sichern. Da sich das Mehrprodukt erst in der Zirkulationssphäre realisiert, kontrollieren diese Familien zugleich auch in entscheidendem Maße seine Verteilung.

Bereits in den 20er Jahren zeigten die Baumwoll- und Zuckerrohrproduzenten ein starkes Interesse am Aufbau einer an der Verarbeitung dieser Produkte orientierten Industrie. Damit verknüpften sie die Bereitschaft zu begrenzten Reformen der Besitz- und Eigentumsverhältnisse im Agrarsektor, stießen aber – wie auch heute noch – auf den erbitterten Widerstand der traditionellen Teile der Agraroligarchie, deren ökonomischer Schwerpunkt auch heute noch nach wie vor im Kaffeeanbau liegt. Ihren Widerstand gegenüber einer Industrialisierung gab die traditionelle Kaffeeoligarchie erst zu Beginn der 50er Jahre auf, als mit der Gründung des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes eine Industrialisierung nicht mehr unmittelbar an eine Erweiterung des Binnenmarktes und damit an Strukturrefor-



Die Verschiffung von Kaffee erfolgt in den Häfen La Unión, Acajutla



men im Agrarsektor gebunden schien.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß innerhalb der Agraroligarchie zum Teil sehr starke Interessenunterschiede und sogar Gegensätze bestehen, denen letztendlich unterschiedliche Akkumulationsbedingungen in den wirtschaftlichen Sektoren zugrunde liegen, in denen diese beiden Fraktionen schwerpunktmäßig tätig sind.

Die Industriebourgeoisie ist teilweise mit der Agraroligarchie identisch. In ihr lassen sich 3 Gruppen festhalten: a) diejenigen Teile der Agraroligarchie, die inzwischen schwerpunktmäßig auch weiterhin im Agrarsektor und vor allem in der Kaffeeproduktion tätig sind, und die sich allen Reformansätzen widersetzen, die die industrielle Entwicklung vortreiben könnten; b) diejenigen Teile der Agraroligarchie, die inzwischen sehr stark in den Industriesektor investiert haben, d.h. der „reformistische“ Flügel der Agraroligarchie. Dieser Teil der Industriebourgeoisie setzt sich aus ca. 75 Familien zusammen, die ungefähr 2/3 des Aktienkapitals kontrollieren; c) eine nichtagrarische Fraktion, ca. 38 Familien, die 19% des Aktienkapitals kontrollieren.<sup>2</sup>

Ihrer Herkunft nach scheint sich diese Fraktion aus den wirtschaftlich potentesten Teilen der Kleinbourgeoisie zu rekrutieren, denen nach Beseitigung der restriktiven Industriegesetzgebung unter dem Diktator Hernandez Martinez (1931-1944) im Bündnis mit der reformorientierten Fraktion der Agraroligarchie der wirtschaftliche Aufstieg gelang. Dieser Flügel selbst war jedoch nie mächtig genug, um seine noch weitergehenden Reformvorstellungen durchsetzen zu können, sondern ordnete sich entsprechend der „reformistischen“ Fraktion der Agraroligarchie in den Auseinandersetzungen mit den konservativen Teilen der Agraroligarchie unter.

Im Verlauf der Industrialisierung gewann das Auslandskapital in El Salvador, speziell seit den 60er Jahren, sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich eine stärkere Bedeutung (siehe auch Beitrag von W. Bröner/H.J. Nieth zum US-Interventionismus). Da die salvadorianische Agraroligarchie offensichtlich das Eindringen ausländischer Unternehmen in ihren Tätigkeitsbereich erfolgreich verhindern konnte – 1973 flossen lediglich 1,8% aller ausländischen Direktinvestitionen in den Agrarsektor –, konzentrierten sich Auslandsinvestitionen in erster Linie auf den Industriesektor (55%), den Handel (13%) und den Dienstleistungsbereich (23,5%).

Dabei fällt auf, daß allein 80% der ausländischen Direktinvestitionen in Unternehmen des „reformistischen“ agrarischen Flügels der Industriebourgeoisie flossen. Aus einer Untersuchung David Menas geht hervor, daß das vielfach skizzierte Idyll von Gemischtunternehmen (Joint ventures) zwischen nationalem und ausländischem Kapital der salva-



General Hernandez Martinez (M.), 1932 der Retter der Kaffeecoligarchie

dorianischen Realität nicht entspricht. Im Großteil der untersuchten Unternehmen besitzt das Auslandskapital eine Aktienmehrheit oder zumindest eine Sperrminorität.<sup>3</sup>

Aus der Konzentration des Auslandskapitals auf den nicht-agrarischen Sektor und aus seiner Verbindung mit der politisch stärkeren agrarischen Fraktion der Industriebourgeoisie erklärt sich einerseits die Unterstützung, die den Reformprojekten dieser Fraktion durch das Auslandskapital zukommen und andererseits die Tatsache, daß diese Reformvorstellungen zumindest zeit- und teilweise realisiert werden konnten.

Während es Industriebourgeoisie und Auslandskapital einerseits und der Agrarbourgeoisie andererseits nach dem 2. Weltkrieg gelang, insbesondere durch die Eröffnung des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes (MCCA, gegr. 1961) eine kurzfristige Lösung ihrer Interessengegensätze zu finden, spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen beiden Fraktionen der herrschenden Klasse nach dem Krieg mit Honduras 1969 erneut zu. Der Industriesektor war von dieser Krise besonders stark betroffen (1969 wurden allein 40% aller industriellen Exportgüter in den MCCA ausgeführt) und eine stärkere Konzentration der industriellen Exportproduktion auf außerregionale Märkte (Lateinamerika, USA, Europäische Gemeinschaft) bot wegen zahlreicher Zollschränken, dem geringen Qualitätsniveau salvadorianischer Erzeugnisse und durch den Status des Zuspätkommenen auf diesen Märkten keine mittel- oder langfristige Möglichkeit zur Bewältigung der Krise.

Also wurden seit Anfang der 70er Jahre unter der mit der reformistischen Fraktion liierten Regierung Molina (1972-77) erneut Pläne für eine Agrarreform entworfen. Auf diese Weise sollte vor allem die Kaufkraft der Landbevölkerung gestärkt und damit die Absatzbedingungen auf dem Binnenmarkt verbessert werden.

## Die Anbindung der Militärdiktatoren

Die Anwendung dieser Reformpläne konnte jedoch von der konservativen Fraktion der Agrarbourgeoisie verhindert werden. Sie initiierte durch die von ihr kontrollierten Massenmedien eine Propagandakampagne gegen die Reformprojekte der Regierung Molina. Und sie konnte bei den Präsidentschaftswahlen 1977 durch Wahlbetrug einen Vertreter ihrer Interessen, General Carlos Humberto Romero in das Präsidentenamt bringen. Nachdem sich die Regierung Romero als nicht fähig erwies, sowohl die schwere wirtschaftliche als auch politische Krise (Hegemonieschwund der herrschenden Klasse; Radikalisierung der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung, von Teilen der Intelligenz; Aufschwung der revolutionären Massenorganisationen) zu lösen, wurde sie am 15. Oktober 1979 durch einen Putsch liberaler Militärs, der sog. Juventud Militar, gestürzt.

Hierin deutet sich bereits ein Charakteristikum salvadorianischer Herrschaftsausübung und die Form, in der inneroligarchische Konflikte reguliert werden, an: der **Militärputsch**.

So fand 1948 ein Putsch liberaler Offiziere (Angehörige der Juventud Militar) statt, mit dem die politischen Rahmenbedingungen für eine Modernisierung der Produktionsstrukturen gelegt wurden. 1961 wurde der konservative Präsident Lemus, 1956 an die Macht gekommen, wiederum von liberalen Offizieren gestürzt. Das diesem Putsch folgende demokratische Intermezzo wurde jedoch schon 3 Monate später durch einen konservativen Gegenputsch abgebrochen. 1972 gelang es wiederum einem mit der „reformistischen“ Fraktion der Oligarchie sympathisierenden Militär, Oberst Arturo Armando Molina, durch Wahlbetrug in das Präsiden-





«Das nächste Mal schneiden wir euren Kindern die Köpfe ab»

Die Leiche des Perical  
hinterläßt die Witwe mit  
drei Kindern und  
eine große Anzahl von  
Schwestern die Armut zu  
überleben helfen. Das Foto ist  
ein Tag zuvor entstanden.  
Perical war die Landbevölkerung  
gefallen, denn der Staat  
schätzte seinen Beitrag zu  
Leben und die Armut hat  
sich nicht mehr zu überleben  
der Perical die Witwe  
hinterläßt die Kinder mit  
Schwestern.

Trauer in Perical um den von Nationalgardisten erschlagenen Landarbeiter José Villas, der seine Frau mit drei Kindern (M.) hinterläßt

tenamt zu kommen. Dasselbe Spiel wiederholte sich bei seinem konservativen Nachfolger C. Humberto Romero.

Damit ist ein weiteres Merkmal salvadorianischer Herrschaftspraxis beschrieben: die **Institutionalisierung der Militärdiktatur**. Seit 1931, als die mit der Weltwirtschaftskrise verschärften Klassenauseinandersetzungen auf einen Aufstand (im Januar 1932) zutrieben, vermittelt sich die Herrschaft der Oligarchie durch das Militär. Die Präsenz der Militärs in Staatsfunktionen beschränkte sich nicht nur auf das Präsidentenamt, sondern umfaßt alle wichtigen Funktionen innerhalb der öffentlichen Verwaltung.

Die Bindung des Militärs an die Oligarchie wurde durch Gewährung bürokratischer Privilegien sowie die Vergabe von Konzessionen und Lizenzen für Privatgeschäfte hergestellt. Um eine zu starke Machtkonzentration bei einzelnen militärischen Führern zu verhindern, wurde Anfang der 50er Jahre eine Funktionsaufteilung innerhalb des Militärs vorgenommen, d.h. bestimmten Gruppen innerhalb des Militärs wurden bestimmte Teilfunktionen zugewiesen (z.B. entstanden dadurch die Nationalgarde und die Haciendapolizei, die für die Kontrolle der Landbevölkerung zuständig sind). Die Führung dieser verschiedenen Gruppen rivalisierten so stark miteinander, daß die Entwicklung eines zu starken militärischen Führers und eine zu große Machtkonzentration bei einzelnen Militärs verhindert werden konnte.<sup>4</sup>

Die Stabilisierung und Sicherung des oligarchischen Herrschaftssystems vollzog sich über eine stetige Unterdrückung, aber nicht ausschließlich über sie. In einem gewissen Maße läßt sich auch der Versuch feststellen, die Mittelschichten indirekt an das herrschende System anzubinden.

Im Zuge der Industrialisierung und der allgemeinen Modernisierung der Produktionsstruktur waren die Mittelschichten (insbesondere aber die abhängigen Zwischenschichten wie Beamte, Techniker, Lehrer usw.) stark angewachsen. Diese Schichten erhoben schon früh höhere Ansprüche an gesellschaftliche wie politische Beteiligungsmöglichkeiten. Bereits

Mitte der 50er Jahre begannen sie ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zu artikulieren.

Die ihnen von der herrschenden Klasse in den 60er Jahren zugestandenen Möglichkeiten sich politisch zu organisieren, stellten den Versuch dar, diese Schichten indirekt an das bestehende System zu binden.

Diese „Anbindungsstrategie“ erwies sich jedoch nur solange als wirksam, wie es der herrschenden Klasse gelang, diesen Bevölkerungsteilen den Schein eines demokratisch-parlamentarischen Weges aufrechtzuerhalten. Zu Beginn der 70er Jahre zeigte sich jedoch, daß Oligarchie und Militärs dies nur begrenzt duldeten. Sie erwiesen sich nur bereit, oppositionelle demokratische Parteien zuzulassen und ihnen Möglichkeiten zur Teilnahme an Wahlen einzuräumen, solange diese Parteien ihre Vormachtstellungen nicht gefährdeten. Parteien, deren Programmatik den fundamentalen Interessen der herrschenden Klasse widersprachen, wurden entweder verboten (z.B. die Partei der Erneuernden Aktion – PAR 1967) oder gar nicht erst zugelassen (die Kommunistische Partei). Wahlsiege der Opposition wurden 1972 und 1977 durch Wahlbetrügereien verhindert.

### Stürmische Proletarisierung in Stadt und Land

Auf gewerkschaftlicher Ebene versuchte die Oligarchie, Teile der Arbeiterklasse in regierungskonformen Gewerkschaften zu organisieren. Der Einfluß dieser Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse darf dabei nicht unterschätzt werden. 1979 waren in ihnen ca. 40% aller gewerkschaftlich organisierten zusammengefaßt.<sup>5</sup> Auf der anderen Seite wurden seit Mitte der 50er Jahre nach einer kurzen liberalen Reformphase (etwa 1948-52) Anstrengungen unternommen, die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung zu spalten, sie zu verfolgen und zu verbieten.



# El-Salvador-Daten



**Territorium:** 21.393 qkm (Hessen 21.110 qkm, rund 1/10 der Fläche der Bundesrepublik); kleinstes Land auf dem amerikanischen Festland

**Bevölkerung:** rund 4,9 Mio. 84% der Salvadorianer sind Mestizen, 10% Weiße (Kreolen), 6% Indios. Mit 200 Einwohnern pro qkm ist El Salvador das dichtestbesiedelte Land Mittelamerikas

**Hauptstadt:** San Salvador, mit nahezu 900.000 Einwohnern

**Sprache:** Spanisch. Etwa 10% sprechen noch indianische Sprachen  
**Religion:** zu 96% römisch-katholisch

**Währung:** Colon (C); 1 C = 0,96 DM (Stand März 1982)

**Staatsform:** Präsidiale Republik

**Wirtschaft/Soziales:** Kapitalistischer Agrar-Industriestaat von mittlerem Entwicklungsniveau. Durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Einkommen (Bruttosozialprodukt pro Kopf 1979): 670 Dollar (Honduras 530, Guatemala 1.020). Über die Hälfte des kultivierten Landes ist in Händen von weniger als 2% der Bevölkerung, der „14 Familien“. Sie vereinnahmen auch rund 50-60% der Exporterlöse, die auf das Kaffee- und Baumwollgeschäft entfallen. Wichtigste Anbauprodukte: Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Mais, Sorghum (Hirse), Reis, Bohnen, Weizen, Kakao, Zitrusfrüchte, Tabak und Balsam. Die Vorkommen an Bodenschätzen sind gering: Gold, Silber, Steinkohle, Kalk, Salz. El Salvador hat den höchsten Industrialisierungsgrad Mittelamerikas, wobei die Branchen Nahrungsmittel-, Textil- und chemische Industrie überwiegen.

Das Lohnniveau El Salvadors ist das niedrigste Mittelamerikas. 1/4 der Erwerbsfähigen sind arbeitslos. In der Landwirtschaft sind 51% aller Erwerbsfähigen beschäftigt. 65% der Familien auf dem Land besitzen keinen Boden. 80% der salvadorianischen Bevölkerung leben unter dem Existenzminimum. 3/4 aller Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt. 2 von 5 Salvadorianern sind Analphabeten. In den Genuß einer Sozialversicherung kommen nur 4,7% der Bevölkerung.

**Geschichte:**

- 1524/25 Unterwerfung der Mayas und Nahuas unter die Kolonialherrschaft Spaniens
- 1821 Unabhängigkeitserklärung
- 1823-38 Bestandteil der Vereinigten Staaten Mittelamerikas
- 1931-44 Militärdiktatur unter General Martinez
- 1932 Niederschlagung eines Volksaufstands. 30.000 Masakrierte. Hinrichtung Farabundo Martis
- 1944 Generalstreik erzwingt Sturz des Martinez-Regimes
- 1950-79 Modernisierung unter der Regierungspartei von Militärs und Oligarchie PRUD, seit 1961 PCN
- 1969 Krieg gegen Honduras
- 1972 u. 1977 Wahlsiege des Oppositionsbündnisses UNO werden von den Militärs nicht respektiert
- 1979 Eine zivilmilitärische Junta verspricht Reformen
- 1980 Gründung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN). Ermordung Erzbischof Romero und der FDR-Führung
- 1981 Januaroffensive der Befreiungsbewegung
- 1982 Erfolg der Ultrarechten bei den Märzahlen

Diese Formen, in denen die herrschende Klasse versuchte, ihre politische Hegemonie aufrechtzuerhalten, zeigten sich gerade noch in den 70er Jahren als wirksam, als sich trotz starker Verelendungstendenzen in den städtischen Unter- klassen zumindest noch bis Mitte der 70er Jahre beträchtliche Teile der Bevölkerung noch nicht radikalisiert hatten. So gelang es z.B. auch bis heute kaum, die Kleinbourgeoisie aus dem Bündnis mit der Oligarchie herauszubrechen.

Trotzdem konnte dieser Radikalisierungsprozeß nicht auf- gehalten werden. Die neue revolutionäre Linke gewann zu- nehmend an Einfluß, während der Einfluß der bürgerlichen Parteien und Verbände in der Bevölkerung relativ stark zu- rückging.

Diesem rechten politischen Block stellte sich mit Gründung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) im April 1980 eine relativ einheitliche demokratisch-revolutionäre Gegenbewegung entgegen. Sie setzt sich vor allem aus gro- ßen Teilen der Arbeiterklasse, der Campesinobewegung (Bauern und Landarbeiter), Marginalisierten (Elendsviertel- bewohner, Arbeitslose usw.), großen Teilen der Intelligenz und anderen Teilen der Mittelschichten zusammen. Damit unterscheidet sich dieser linksdemokratische Block insofern von allen vorangegangenen Emanzipationsbewegungen, als er zum ersten Mal unterschiedliche Klassen und Schichten, Stadt- und Landbevölkerung zusammenfaßt, während alle früheren Bewegungen immer nur bestimmte Gruppen er- faßten. Die Herausbildung dieser Bewegung beruht u.a. auf tiefgreifenden Veränderungen in der Sozialstruktur, die sich seit Anfang der 50er Jahre in Stadt und Land vollzogen.

In der Landwirtschaft wurde die Agrarexportproduktion (Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr) sowohl flächenmäßig aus- gedeht als auch mechanisiert und dem internationalen Stand der Produktivkraftentwicklung angepaßt. Damit kamen bis dahin noch verbreitete halbfeudale Abhänge- keits- und Beschäftigungsformen (wie das Colonato- und Aparceria-System) zur Auflösung. Diese Kleinproduzenten, die bis dahin als Entgelt für ihre Arbeit auf den Plantagen ein kleines Stück Land zur Subsistenzproduktion bewirt- schafteten, wurden von ihrem Grund und Boden vertrieben. Ein Teil der ehemaligen Colonos und Aparceros erschloß wenig fruchtbare Ländereien zur eigenen Subsistenzprodu- ction (Selbstversorgung), ein anderer Teil hing fast vollstän- dig vom Verkauf seiner Arbeitskraft an die Exportprodu- zenten ab. Ein weiterer Teil wanderte in die städtischen Zentren ab, in der Hoffnung, in der Industrie einen Arbeits- platz zu finden.

## Die Verelendung – eine Massenerscheinung

Der Proletarisierungsprozeß vollzog sich jedoch auf dem Lande sehr widersprüchlich, da die Nachfrage nach Arbeits- kräften auf den Exportplantagen außerhalb der Erntezeiten relativ gering ist. Entsprechend groß ist die **Unterbeschäfti- gung** der Landbevölkerung. 1975 fanden nur 37% der wirt- schaftlich aktiven Landbevölkerung einen festen Arbeits- platz. 14% waren 9 Monate lang, 19% 6 Monate lang und 30% sogar nur 2-3 Monate lang beschäftigt.<sup>6</sup>

Daraus läßt sich schließen, daß auf dem Stand der Entwick- lung der Agrarexportproduktion die Trennung der Arbeit von ihren Produktionsmitteln nicht nur mit der Schaffung eines Heeres freier Lohnarbeiter einherging, sondern daß Teile dieser Landbevölkerung gänzlich aus der Produktion ausgeschlossen, d.h. marginalisiert wurden.

Die unkontinuierliche Beschäftigung und die geringe Höhe des Arbeitslohnes reichten jedoch nicht aus, um die Repro- duktion der landlosen Familien zu sichern. Sie waren zusätz- lich auf die Erschließung neuer Selbstversorgungsquellen



angewiesen (Verkauf wildwachsender Früchte, Kleinhandel, Handwerk usw.), die ca. 50% ihrer Reproduktionskosten deckten.

Insgesamt läßt sich seit 1965 eine deutliche **Verschlechterung der sozialen Lage** der Landbevölkerung feststellen. Zwischen 1965 und 1970 ging das Jahreseinkommen einer landlosen Familie von 715 Colones um 8% auf 660 Colones zurück. Minifundistas bis zu 1 ha Land verfügten über ca. 2% weniger Einkommen.<sup>7</sup> Bis 1975 besaßen 75% der Landbevölkerung weniger als 1.332 Colones, d.h. sie lagen unter dem von der Regierung ermittelten Existenzminimum.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich in den Städten ab. Parallel zur Modernisierung der Agrarexportproduktion wurde die **Industrialisierung** El Salvadors in Angriff genommen. Durch die Weigerung der konservativen Agraroligarchie grundlegende strukturelle Reformen im Agrarsektor zuzulassen, waren die Möglichkeiten zur Erschließung des Binnenmarktes stark begrenzt. So war die salvadorianische Industrie schon früh auf den Export ihrer Erzeugnisse angewiesen: Zunächst gingen sie in den Gemeinsamen Zentralamerikanischen Markt, seit Mitte der 70er Jahre verstärkt auf Märkte in den USA, der EG und in Lateinamerika.



Die Landarbeiter machen heute rund zwei Drittel aller in der Landwirtschaft Beschäftigten aus

Die Exportorientierung bestimmte in entscheidendem Maße die Struktur des Industriesektors. Wurde in den 40er Jahren noch der größte Teil industrieller Erzeugnisse in Klein-, Mittel- und Handwerksbetrieben gefertigt, zeigte sich bereits Mitte der 50er Jahre eine verhältnismäßig starke Konzentration in wenigen Großbetrieben, die sich in den folgenden Jahrzehnten noch beschleunigte. Der größte Teil der Industriearbeiterschaft (52%) war jedoch 1975 immer noch in der Kleinindustrie und im Handwerk tätig.

Daraus läßt sich schließen, daß die Beschäftigungseffekte der industriellen Großbetriebe relativ gering sind. Dies ist das Ergebnis einer im Vergleich zu Klein- und Handwerksbetrieben verhältnismäßig hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals als Folge der Anpassung der Produktionsmethoden in der Exportindustrie (den Großbetrieben) an das internationale Entwicklungsniveau. Neben dieser „organischen“ Begrenzung einer Erweiterung der industriellen Beschäftigungskapazitäten wirkten sich Anfang der 70er Jahre der Zerfall des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes und die depressive Entwicklung der Weltwirtschaft seit 1974 zusätzlich negativ auf die Arbeitsmarktsituation aus: 1975 lag ca. 1/3 der industriellen Kapazitäten brach.

Hinsichtlich der Entwicklung der städtischen Unterklassen läßt sich daher konstatieren, daß die Ausdehnung der industriellen Beschäftigungskapazitäten (ca. 1,5% jährlich zwischen 1961 und 1972) weit unter dem durchschnittlichen

natürlichen Bevölkerungswachstum (3,5%) und unter der Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung von 3,9% jährlich lag.

Im Verlauf der Industrialisierung entstand daher eine nur kleine **Industriearbeiterschaft**, die wenig mehr als ein Viertel (26,4%) des Gesamtpotentials der städtischen Arbeiterklasse ausmacht (1975). Die Mehrheit der städtischen Arbeiterklasse (54%) konzentriert sich im Bereich der persönlichen Dienstleistungen (29%), im Handel (14%), im Transport- und Kommunikationswesen (ca. 9%) und im Finanz- und Versicherungswesen.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft verschlechterte sich seit Anfang der 70er Jahre die soziale Lage der städtischen Arbeiterklasse. Zwischen 1970 und 1978 ging der Reallohn um ca. 13% im Industriesektor zurück. Innerhalb der Industriearbeiterschaft waren vor allem Frauen (sie verdienten durchschnittlich 40-45% weniger als Männer)<sup>8</sup> und in der Kleinindustrie und im Handwerk Beschäftigte besonders stark betroffen. Während in der Großindustrie im Gebiet von San Salvador 1974 ca. 30% der Arbeiter weniger als den gesetzlichen Mindestlohn von 200 Colones verdienten, waren es in der Kleinindustrie noch 60%.<sup>9</sup>

Ein ähnliches Gefälle läßt sich zwischen Industriearbeiterschaft und den im Tertiärbereich beschäftigten Teilen der Arbeiterklasse, insbesondere im Dienstleistungsbereich, feststellen. Aber obwohl die Industriearbeiterschaft im Gegensatz zu anderen Teilen der Arbeiterklasse besser organisiert war, gelang es ihr nicht, den Verelendungsprozeß aufzuhalten.

Die erwähnte geringe Aufsaugfähigkeit der Industrie hatte zur Folge, daß nicht nur wachsende Teile der städtischen erwerbsfähigen Bevölkerung nicht in die Produktion eingegliedert werden konnten, sondern daß auch Zuwanderer vom Land in den Städten kaum noch Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Der Anteil der marginalisierten Bevölkerungsteile (kleine Schuhmacher, Straßenhändler, Prostituierte usw.) an der wirtschaftlich aktiven Stadtbevölkerung lag 1978 bei rund 19%.

Das Heer marginalisierter Personen steht in der städtischen Einkommenshierarchie an unterster Stelle. Sie sind in den 30% ärmsten Familien repräsentiert, die 1974 über weniger als 200 Colones monatlich oder über nur 3,4% des gesamten städtischen Familieneinkommens verfügten. Die Einkommen der ärmsten Familien (10%) lagen sogar zu 50% unter dem der ärmsten ländlichen Familien. Entsprechend diesem starken Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land kam die Landflucht Ende der 60er Jahre zu einem Stillstand.

Der Proletarisierungs- und Verelendungsprozeß der unterprivilegierten Massen in Stadt und Land vermehrte das soziale Protestpotential in El Salvador einschneidend.

#### Anmerkungen:

- 1) S.O. Brand, La economía salvadoreña y la evolución demográfica en el período 1950-1968, in: Economía Salvadoreña, San Salvador, Nr. 39/40, 1969, S. 7-37, hier S.13
- 2) Vgl. D. Mena, Inversion Extranjera y Grupos Economicos en El Salvador, II Congreso Centroamericano de Sociología, Panama 1976, S. 1 f.
- 3) Vgl. ebenda, S. 8 ff.
- 4) Vgl. G. von Werlhof, Prozesse der Unterentwicklung in El Salvador und Costa Rica, 1975, S. 189
- 5) Vgl. I. Lopez-Vallecillos, Fuerzas Sociales y Cambios Social en El Salvador, in: Estudios Centroamericanos, San Salvador, Nr. 369/370, 1979, S. 557-590, hier S.580
- 6) Vgl. S.A. Peñate, Las perspectivas del desarrollo a agropecuario en relación con la tenencia de la tierra, in: Estudios Centroamericanos, Nr. 379, 1980, S. 445-462, hier Tab. 15, S.462
- 7) E. Colindres, La tenencia de la tierra en El Salvador, in: Estudios Centroamericanos, Nr. 335/336, 1976, Ab. 5
- 8) Vgl. International Labour Organisation, Statistical Yearbook 1980, Tab. 18, S. 444 u. Tab. 23, S. 582
- 9) International Labour Office, Growth, Employment and Basic Needs in Latin America and the Caribbean, Genf 1979, S.58





Im Oktober 1979 gebildete „Reform“junta (v. l. n. r.): Majano, Quiros, Gutierrez, Andino, Ungo; Armeeinheit und verstümmelte Opfer

## Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth Von der „Reform“junta zum Krieg gegen das Volk

„Die Streitkräfte El Salvadors sind sich ihrer heiligen Pflicht gegenüber dem salvadorianischen Volk bewußt und sind ergriffen von der Anklage seiner Bevölkerung gegen eine Regierung, die:

1. sämtliche Menschenrechte verletzt hat,
2. die Korruption in der öffentlichen Verwaltung und in der Justiz gefördert und geduldet hat,
3. ein wahres wirtschaftliches und soziales Chaos herbeigeführt hat,
4. das Land und die ehrenhaften Streitkräfte zutiefst in Mißkredit gebracht hat.

Sie sind überzeugt davon, daß die zuvor genannten Probleme das Ergebnis veralteter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Strukturen sind, die seit jeher das Land bestimmen und die der Mehrheit der Bevölkerung nicht die minimalsten Bedingungen bieten, sich wie menschliche Wesen zu entwickeln.“

Das verkündeten die reformwilligen Armeeeoffiziere um Oberst Adolfo Arnoldo Majano, die den Putsch gegen Präsident Humberto Romero angeführt hatten, in der Proklamation der Streitkräfte vom 15. Oktober 1979. In ihrem Dringlichkeitsprogramm fanden sich ähnlich vielversprechende Zielsetzungen: die Beendigung der Korruption, die Auflösung der ultrarechten Organisation ORDEN, die Gewährleistung der Organisations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, eine Generalamnestie, das Schaffen von Voraussetzungen für wirklich freie Wahlen und eine Agrarreform, gleichmäßigere Verteilung des Reichtums, Reformmaßnahmen auf dem Gebiet des Außenhandels, im Banken- und Steuerwesen.<sup>1</sup>

Die Offiziere boten der demokratischen Opposition und den Unternehmerverbänden die Teilnahme an den Regierungsgeschäften an. Der fünfköpfigen „Reform“junta gehörten an: Oberst Adolfo Arnoldo Majano; Oberst Jaime Abdul Gutierrez; der Sozialdemokrat Guillermo Manuel Ungo, stellvertretend für das Oppositionsbündnis; der Jesuit und linksliberale Rektor der Zentralamerikanischen Universität von San Salvador, Roman Mayorga Quiroz; sowie Mario Antonio Andino, Manager der salvadorianischen Tochtergesellschaft der Phelps-Dodge Corporation und Interessenvertreter des modernistischen, eng mit dem Fremdkapital ver-

bundenen Teils der Bourgeoisie.

Im neuen Regierungskabinett bekleideten alle Parteien des Volksforums Ministerposten.

Für Guillermo Ungo, den Vorsitzenden der MNR, war „die erste Junta ein Risiko, aber wir mußten es eingehen. Es war die letzte Möglichkeit für einen friedlichen Wandel.“<sup>2</sup> Die letzte Möglichkeit aber schwand dahin, da die progressiven Militärs der Juventud Militar sich nicht gegen den konservativen Offiziersflügel durchzusetzen vermochten.

Letztere, die sog. „Technokraten“ um Oberst Gutierrez und Verteidigungsminister Oberst José Guillermo Garcia, waren stark durch die USA beeinflußt. Und sie stellten sich von Anbeginn schützend vor die faschistischen Kräfte der Streit- und Sicherheitskräfte, die paramilitärischen Banden (ORDEN, Todesschwadron) und die Oligarchie.

Sie trat für einen Vernichtungskurs gegen alles „Subversive“ ein.

Die rechten Militärs ordneten über die Köpfe der Junta hinweg Gewalteinsetze gegen Demonstranten an. So überstieg schon zum Jahresende 1979 die Tötungsrate jene unter der Romero-Diktatur. Nachdem G. Manuel Ungo und R. Mayorga Quiroz Ende Dezember 1979 vergeblich die Absetzung J. Guillermo Garcias und einmal mehr die Einlösung der Reformversprechen gefordert hatten, verließen sie am 2. Januar 1980 die Junta. Mit ihnen traten auch der Juntarepräsentant der Unternehmer, M. Antonio Andino, und alle Regierungsmitglieder zurück – ausgenommen Oberst Garcia. Die „Reform“junta war gescheitert. Der „starke Mann“, J. Guillermo Garcia, forcierte in der Folgezeit die Verdrängung der progressiven Militärs aus den Schlüsselpositionen und die Liquidierung demokratischer Spielräume.

An der zweiten Junta und Regierung beteiligte sich, abgesehen von den Militärs Gutierrez und Majano, nur noch eine Partei, die Christdemokratische Partei (PDC). Ihre aus dem Exil heimgekehrten rechten Führer wie der PDC-Vorsitzende José Napoleon Duarte und Antonio Morales Ehrlich brachten wichtige Eigenschaften in die Junta ein: ein Image als „gemäßigte“ kleinbürgerliche Reformer und die Unterstützung der internationalen Christdemokratie für die Junta. Gerade auch die US-Regierung brauchte das Prestige der Christdemokraten, sollte sie ihren Mythos, sie unterstütze



ein „gemäßigtes Reformregime“ gegen rechts- und links-extreme Gewalttäter, aufrechterhalten.

Die rechte PDC-Führung wiederum baute auf die Rücken- deckung Washingtons bei der Durchsetzung ihres gemein- samen Anliegens, nämlich der anschwelenden revolutionä- ren Massenbewegung durch ein Minimum an Reformen den Wind aus den Segeln zu nehmen – ohne die ultrarechten Kräfte zu entmachten. Am 11. Februar 1980 verkündete die zweite Junta die Nationalisierung der privaten Banken (ein- schließlich der ausländischen), die staatliche Kontrolle über die Exportgeschäfte und ihre Absicht, in Kürze ein Agrar- reformprogramm vorzulegen.

Die Unternehmerverbände klagten die Nationalisierung als Schritt ins „Chaos“ an, die Kapitalflucht stieg steil an. Roberto D'Aubuisson, der Wortführer des ultrarechten Lagers und Kopf der ORDEN-Nachfolgeorganisation Breite Nationale Front wie der Todesschwadronen, forderte die Ent- fernung der Christdemokraten von den Regierungsgeschäf- ten und eine chilenische Lösung der salvadorianischen Krise. In einem Fernsehauftritt Mitte Februar 1980 trat er mit einer Liste von Personen auf, die er der Kollaboration mit der revolutionären Linken bezichtigte. Unter ihnen befand sich das PDC-Führungsmitglied Mario Zamora Rivas, der sich als Werber für die Parteibeteiligung an der zweiten Jun- ta und als Mittler zwischen rechtem und linkem Flügel der Christdemokratie hervorgetan hatte. Einige Tage später wur- de M. Zamora Rivas von einem Kommando erschossen. Am 24. März 1980 folgte der Mord an Erzbischof Romero. Roberto D'Aubuisson, der diese Gangsterstücke – und im Mai 1982 einen Putschversuch – inszenierte, blieb unbehel- ligt.

## Die Mörder bleiben unbestraft

Da sich die PDC-Führung dennoch für den Verbleib in der Junta entschied, zerbrach die Einheit der Christdemokratie und mit ihr die zweite Junta. Das christdemokratische Juntamitglied Hector Dada Hirezi stellte in seiner Rück- trittserklärung vom 3. März 1980 fest: „Wir waren nicht in der Lage die Repression zu stoppen. Und jene, die die Repressionsakte verübten, ... gehen ungestraft aus. Der ver- sprochene Dialog mit den Volksorganisationen ließ sich nicht verwirklichen. Die Chance, Reformen mit der Unter- stützung des Volkes durchzuführen, ist unerreichbar gewor- den.“<sup>3</sup> Fünf christdemokratische Regierungsmitglieder folg- ten dem Beispiel Dada Hirezis.

Der linke Parteiflügel der PDC lehnte die Unterstützung „eines Programms von 'Reformen und Repression'“ und einer „wachsenden Unterdrückung der Volksorganisationen und des Volkes im allgemeinen“<sup>4</sup> ab. Er verließ die Partei und schloß sich der im April 1980 gegründeten Demokra- tisch-Revolutionären Front (FDR) an.

Anfang März 1980 trat der PDC-Vorsitzende José Napoleon Duarte selbst in die Junta ein.

Die dritte Junta verkündete mit ihrem Amtsantritt am 6. März 1980 das Grundgesetz der Agrarreform (Dekret 153) und verhängte den – am 15. Oktober 1979 aufgehobenen – Ausnahmezustand über das ganze Land. Zum Auftakt der Landverteilung machten Nationalgardisten, Polizisten und ORDEN-Aktivistinnen Jagd auf „subversionsverdächtige“ Landarbeiter und Bauern. Armeenheiten assistierten mit Bombenangriffen und Hubschraubereinsätzen. Im März 1980 fielen – nach Angaben des erzbischöflichen Rechts- hilfebüros – innerhalb einer einzigen Woche 798 Salvado- rianer diesen Operationen zum Opfer. Von den Ermordeten waren 681 Bauern und Landarbeiter.<sup>5</sup>

Auf Betreiben des Hauptverantwortlichen, Verteidigungs-

minister Garcia, entzog man A. Arnaldo Majano den Arme- oberbefehl und übertrug ihn dem konservativen Juntaoffi- zier J. A. Gutierrez. Im November 1980 wurde Oberst Maja- no aus der Junta und der Armee ausgeschlossen, dann ver- haftet und ins Exil abgeschoben. Das ultrarechte Lager konnte damit im Machtkampf innerhalb der Streitkräfte einen definitiven Sieg verbuchen.

Damit schwanden die Chancen für jedwede sozialreformisti- sche Vorhaben dahin, wenngleich die PDC in Worten weiter an ihnen festhielt. Im Oktober 1980, knapp ein Jahr nach dem Antritt der „Reform“-Junta, starteten die Juntatruppen ihre erste Großoffensive in der Provinz Morazán. Ihre Taktik der „verbrannten Erde“ verdeutlichte den Übergang des Regimes zum Krieg gegen das Volk. Mit der Ermordung der dialogbereiten FDR-Führung am 27. November 1980 schlug die Junta auch die letzte Türe zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu.

## Die Agrarreform – eine Totgeburt

Was versprach und hielt die im März 1980 eröffnete Agrar- reform, die da als „beispiellos“ für Lateinamerika (R. Rea- gan) oder als „die tiefgreifendste Agrarreform Amerikas“ (J.N. Duarte)<sup>6</sup> gepriesen wurde? Sie soll angeblich die Lebenslage von 1,25 Mio ehemals landlosen Bauern gründ- lich verbessert haben...

Das Agrarreform-Dekret vom 6. März 1980 ermächtigte den Staat zur abgestuften Enteignung von Landbesitz gegen Ent- schädigungszahlungen und zu dessen Aushändigung an Bau- ernkooperativen. In einer ersten Phase sollte aller Groß- grundbesitz über 500 ha enteignet werden, und zwar gegen Gutscheine mit einer Laufzeit von 20-30 Jahren. Dies betraf eigentlich rund 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche oder 238 Ländereien. Doch ein gleichzeitig gewährtes „Vor- behaltsrechts“ machte es den alten Landbesitzern möglich, je 150 ha als „Reserve“ zurückzubehalten. Somit vermin- derte sich der enteignete Boden auf 10% und vermochten die Großgrundbesitzer ihr bestes Land zu halten.

In einer zweiten Phase sollte der Landbesitz zwischen 500 und 150 ha enteignet werden, der insgesamt 23% des kultiv- ierbaren Bodens umfaßt. Diese Ländereien machen rund 2/3 der Kaffeeplantagen aus, auf die sich der Reichtum der salvadorianischen Oligarchie gründet. Die im Dekret 153 projektierte Enteignung und Überführung in (etwa 1.700-1.800) staatlich kontrollierte Kooperativen hätte die Machtgrundlagen der kaffeegestützten Oligarchie ernsthaft erschüttert. Daher mochte sie sich auch nicht mit einer ver- sprochenen Barentschädigung zu 25% (der Rest in Gutschei- nen) besänftigen lassen. Daher lief sie Sturm gegen die An- wendung dieser Phase II – mit Erfolg.

Am 28. April 1980 erklärte die salvadorianische Junta sie aus „technischen“ Gründen für aufgeschoben, also beendet. Stattdessen proklamierte sie, zur Überraschung aller Betei- ligten, mit dem Dekret 207 den Übergang zu einer dritten Phase der Agrarreform, die nach dem Prinzip verfahren soll- te: „Das Land gehört dem, der es bearbeitet.“ Die „Neue- rer“ kamen aus den USA (siehe US-Interventionismus). Die dritte Phase der salvadorianischen Agrarreform sah vor, daß die Pächter von Bodenparzellen unter 7 ha – innerhalb von 30 Jahren – zu Besitzern des bewirtschafteten Bodens werden sollten. Der Abschluß dieses Übertragungsprozesses war bis zum März 1982 vorgesehen. 150.000 salvadoriani- sche Pächter sollten zu seinen Nutznießern werden. Doch knapp eineinhalb Jahre nach Verkündung des Dekrets 207 hatten ganze 13.000 Pächter ihre Besitztitel erhalten. Mehr als 5.000 Mitglieder selbst der regierungsnahen und vom AIFLD beeinflussten Bauernvereinigung UCS waren vom



Pachtland vertrieben worden. 83 UCS-Mitglieder erhielten statt der geforderten Besitztitel den Todesschuß. Im Endeffekt übergab der salvadorianische Staat bestenfalls 10-12% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Rahmen der ersten Agrarreformphase an sog. „Modell“-Farmen. Nach offiziellen Angaben gehören diesen 34.000 Bauern an, doch erhielt die Mehrzahl dieser rund 320 neuen Farmen nie Eigentumsrechte. Diese potentiellen Kleinbauern teilten damit die soziale Unsicherheit von Zehntausenden Pächtern, die durch die dritte Phase scheinbar „beschenkt“ worden waren.

Die in der Propaganda Washingtons behaupteten „1,25 Mio ehemals landlosen“ Nutznießer der salvadorianischen Agrarreform gehören so gesehen ins Reich der Fabel. Die große Masse der Landarbeiter und Tagelöhne ging bei der Anwendung des Dekrets 153 leer aus und war von Dekret 207 ohnehin ausgeschlossen. Zudem drohte den wirklichen bäu-



Salvadorianische Truppen beim „Routine“gang

erlichen Nutznießern des Programms ohnehin die Rückeroberung des bewirtschafteten Landes durch die alten Besitzer (bis Anfang 1982 in 68 Fällen geschehen) oder die Liquidierung durch staatliche (!) Mordkommandos. Ein christdemokratischer Unterstaatssekretär des Landwirtschaftsministeriums bezeugte: „In Wirklichkeit sahen wir vom ersten Moment der Agrarreform an, daß die offizielle Gewalt gegen die Bauern, die die vermuteten Begünstigten des Prozesses waren, scharf anwuchs... Alle diese blutigen Taten sind von uniformierten Mitgliedern der Nationalgarde und der Zollpolizei, unter Teilnahme von zivilen Mitgliedern der ORDEN, verübt worden.“<sup>7</sup>

Die Landreform fungierte in erster Linie als Vehikel einer breitgefächerten „Säuberungs“welle auf dem Land. Die monatliche Tötungsrate erhöhte sich just mit dem Einsetzen der ersten Agrarreformmaßnahmen sprunghaft: von 487 im März 1980 auf 1.000 im Juni 1980. Die Agrarreform wurde instrumentalisiert zur Aufstandsbekämpfung, die von der systematischen Ausrottung organisierter Landarbeiter,

Kleinbauern, Dorflehrer usw. bis hin zu periodischen Massakern selbst an der unbeteiligten Zivilbevölkerung (Kinder, Frauen, Greise) reichte.

Auf der anderen Seite kamen die wirklich eingeleiteten Reformschritte nicht einmal 10% der in der Landwirtschaft Beschäftigten (keine 200.000) zugute, verschlimmerte sich noch die Lebenslage der großen Mehrheit.

Da das Herzstück der am 6. März 1980 verkündeten Agrarreform, die Enteignungs- und Landverteilungsphase II, gar nicht erst in Angriff genommen wurde, beschränkten sich die Veränderungen auf Randbereiche. Die Säulen des Reichtums und der Machtfülle der salvadorianischen Oligarchie, die Kaffee- und Baumwoll-Plantagenwirtschaften, blieben weitgehend unangetastet. Ihr Roll Back (Zurückrollen) gegen bäuerliche „Nutznießer“ lief 1981 auf vollen Touren. Und noch unter Präsident Duarte gab die salvadorianische Junta im März 1982 bekannt, daß die Agrarreform erst einmal für die nächsten 5 bis 10 Jahre „ausgesetzt“ sei.

Die Regierung Magaña, die im Mai 1982 installiert wurde, dekretierte sodann das Aus der Reform. Die Restbestände an Bauernkooperativen sind aufzulösen. Sie sind ebenso wie die Besitztitel von Kleinpächtern an die alten Eigentümer zurückzugeben.<sup>8</sup> Die salvadorianische Agrarreform – eine „beispiellose“ Totgeburt.

Phantasterei ist auch die Behauptung, die Machthaber in San Salvador seien für den alltäglichen Terror nicht zuständig. Das wäre neu für El Salvador, wo die ultrarechten Banden (ORDEN und Todesschwadron) vor und während der Romero-Diktatur vom Offizierskorps der Streitkräfte und Nationalgarde dirigiert wurden.

Ermittlungen verschiedenster Institutionen ergaben übereinstimmend, daß die direkten Verantwortlichen der Mord- und Verschleppungsaktionen zu 80-90% (so Ed Broadbent, der Beauftragte der Sozialistischen Internationale Mitte 1981) bzw. „in der größten Mehrheit der Fälle wiedererkannte Mitglieder der Sicherheitskräfte und des Militärs“ sind (so das Rechtshilfebüro des Erzbistums von San Salvador). Selbst die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) klagte im November 1981 die Repression in El Salvador als „staatlichen Terrorismus“ an.<sup>9</sup>

## Berge von Leichen

Auf dem Lavafeld La Playon, nahe San Salvadors, entdeckte man Mitte 1981 ein Leichenfeld mit rund 1.000 ermordeten Verschwundenen. Nahezu alle wiesen Zeichen barbarischer Folterungen auf. Das Totenfeld liegt inmitten dreier Kasernen, und der Zugang ist ohne Zutun der Armee gar nicht möglich.<sup>10</sup>

Seit dem 3.12.1980 existiert ein **Ausnahmegesetz**, das Dekret 507. Danach ist die Folter erlaubt, um Geständnisse zu erzwingen. Das Gesetz 507 hat keine festgelegten Grenzen der Anwendbarkeit, so daß es sogar für Kinder und Jugendliche beansprucht wird. Es erlaubt die totale Isolation gefangener Regimegegner. Es ermächtigt die Behörden zur Verhaftung eines Jeden aufgrund der geringsten Vorwürfe oder einer Denunziation. Das Verfahren findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Verhöre und Ermittlungen können bis zu 180 Tage dauern, bevor der Gefangene möglicherweise freigelassen wird. Viele sterben während der Folter, die meisten werden nach der Folter ermordet.

Ansonsten verfahren die Killer vornehmlich nach staatlich gefertigten **Todeslisten**, auf denen sich das gesamte Spektrum der Opposition, FDR-Führer, Gewerkschafter, Priester, Hochschulrektoren usw. wiederfindet.

Die schlimmsten Massaker aber verübten salvadorianische Juntatruppen in den Provinzen (Morazán, Chalatenango,





General J. G. Garcia (r.) am Kampfschauplatz

## Verteidigungsminister Guillermo Garcia: „Darum handeln wir so entschieden!“

Verteidigungsminister José Guillermo García, einziges verbliebenes Regierungsmitglied der „Reform“-Junta vom Oktober 1979 und neuerdings Armeegeneral, gilt als der alte „starke Mann“ des Regimes (der andere, neue „starke Mann“ ist seit den Märzahlen 1982 Roberto D'Aubuisson).

Eine bundesdeutsche Delegation unter Leitung von Helmut Frenz, Generalsekretär von Amnesty International, die im Dezember 1981 in El Salvador weilte, sprach mit J. Guillermo Garcia im militärischen Hauptquartier Estado Mayo. Sie traf auf den „eigentlichen Herrscher im Staate El Salvador“, der ihnen eine halbstündige Aussprache bescherte. Helmut Frenz vermittelt Ausschnitte und Eindrücke:

(...) Wir bedanken uns und wollen uns erheben... Wir waren fest entschlossen, jetzt aufzubrechen. Doch Garcia hält uns noch zurück. In meinem Tagebuch habe ich die nun folgende Ansprache festgehalten:

„Sie, liebe Freunde, sind gläubige Christen. Auch ich glaube an Gott wie Sie. Ich bin ein treues Glied der Kirche und den Bischöfen dieses Landes in Freundschaft verbunden. Wir wollen endlich Frieden. Die Campesinos wollen Frieden! Die Leute in der Stadt wollen Frieden! Meine Soldaten wollen Frieden! Es gibt aber Menschen, die keinen Frieden wollen. Das sind die Kommunisten – überall auf der Welt. Die gibt es jetzt leider auch in unserem Lande. Sie haben etliche vergiftet. Sie sind Terroristen; und wir werden sie vernichten und ausrotten!“

Diese letzten Sätze spricht er in kaltem Stakkato. Dann fährt er mit sanfter Stimme fort:

„Wir werden unser Volk vor diesen Terroristen beschützen. Ich habe mir diese edle Aufgabe nicht selber gestellt. Gott hat mich beauftragt, unser Volk vor dem Kommunismus zu beschützen. Darum handeln wir so entschieden.“

„Wir sind uns mit den Bischöfen in diesem Lande einig, daß wir die Kommunisten vernichten müssen, denn sie sind Gift für unser gläubiges Volk. Ich treffe mich mindestens einmal im Monat mit den Bischöfen. Sie helfen mir. Sie beraten mich. Ich bin ihr Schüler. Bei Bischof Aparicio bin ich früher zur Schule gegangen.“

Wir werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten ungestraft ihre Lügenpropaganda verbreiten. In den kranken Gehirnen (‘cerebros podridos!’) der Kommunisten entstehen die Greuelgeschichten, die Berichte von angeblichen Massakern, die meine Soldaten am Rio Sumpul angerichtet haben sollen. Sie hätten Säuglinge in die Luft geworfen und mit Maschinenpistolen auf sie geschossen.“

Dabei vollführt Garcia die Geste des Werfens und Schießens, so daß die Szene lebendig wird. Mir läuft eine Gänsehaut über den Rücken. Immer wieder fallen die Worte „vernichten“, „ausrotten“. Der zu Vernichtende wird verteufelt und als Untermensch dargestellt. Wer so denkt und redet, hat damit schon den ersten Schritt zu Folter und Völkermord getan. Wenn dann noch der Wahn einer göttlichen Sendung hinzukommt, muß der Gedanke notwendig zur Tat werden. Hitler ist ein Beispiel hierfür; Garcia ein weiteres. (...)

(Quelle: H. Frenz u.a., El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit, Reinbek 1982, S. 106-107)

Cabañas, Usulután), die weitgehend die Guerilla kontrolliert. Drei dieser Schlächtereien an der Zivilbevölkerung seien herausgegriffen:

- Am 14. Mai 1980 richteten salvadorianische und honduranische Truppen am Rio Sumpul ein Blutbad unter flüchtigen Salvadorianern an. Mit Flugzeugen, Kampfhubschraubern und Maschinengewehren nahmen sie Hunderte von Bauern, Frauen, Jugendliche und Kinder beim Versuch des Überquerens des Grenzflusses unter Feuer. Rund 600 Tote blieben zurück.

- Am 7. April 1981 ermordeten Militäreinheiten in Arambala und Umgebung rund 1.500 Greise, Frauen und Kinder, die größtenteils vor den Luftangriffen der salvadorianischen Armee in Höhlen Zuflucht gesucht hatten. Sie wurden von der Soldateska erstickt und zusammengeschossen.<sup>11</sup>

- Im Rahmen ihrer Dezemberoffensive 1981 in der Provinz Morazán massakrierten salvadorianische Juntatruppen mehr als 1.100 Zivilisten, in ihrer Mehrzahl Kinder, Frauen und Greise. Sie wurden erschossen, erschlagen, erhängt oder bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Mordkommandos fielen über Orte her, die bisher als „Niemandland“ galten, die keine der beide Seiten ständig kontrollierte, die sich als „Unbeteiligte“ am Kriegsgeschehen gefühlt hatten. Nach dem Massaker zählte man in La Joya 193 Tote, darunter 133 Kinder. In Cerro Pando fand man 180 Leichen und im Dorf El Mozote 472, davon etwa die Hälfte jünger als 15 Jahre.

Ein später von Guerilleros gefangengenommener Soldat, der die Aktion miterlebte, sagte in Radio Venceremos: „Ich habe die Leichen der Kinder gesehen, Berge von Leichen...“ Im Dorf El Mozote, das am 12. Dezember 1981 ausgelöscht wurde, ließen die Täter ihr Markezeichen zurück. In der Sakristei der zerstörten Dorfkirche fand sich neben Leichenbergen die Inschrift: „Hier kam das Bataillon Atlacatl vorbei, die Engel der Hölle.“ Atlacatl, das ist eine von US-Militärs für die Aufstandsbekämpfung getrimmte Eliteeinheit.

Und die Verantwortlichen? Verteidigungsminister Garcia gab den Einsatzbefehl für die sog. „Operation Hammer und Amboß“ in der Provinz Morazán. Das Oberkommando führte Generalstabschef Flores Lima. „Hammer“, das waren 4.000 Mann der Armee einschließlich der gesamten Luftwaffe, der Nationalgarde und paramilitärischer Banden. „Amboß“, das waren nach Aussagen von J. Guillermo Garcia die „terroristischen Gruppen“, also die Guerilla und ihr Sender Radio Venceremos, deren beider „völlige Zerstörung“ der Verteidigungsminister Mitte Dezember 1981 vorzeitig verkündete. In Wahrheit zerstört wurden Zivilisten und Dörfer im Raum um El Mozote.<sup>12</sup>

In diesem wie in anderen Fällen gehen die Killereinsätze und Massaker am Volk nicht auf unabhängig operierende, „private“ Todesschwadronen der Ultrarechten zurück. Dort wo sie die Verbrechen ausführen, handeln sie in der Regel – so bezeugte der Armeehauptmann Ricardo Fiallos im Mai 1981 vor einem Ausschuß des US-Kongresses – nach der „Planung hochrangiger Militäroffiziere und in Gemeinschaftsarbeit mit Mitgliedern der Sicherheitskräfte“.<sup>13</sup> Sie täten dies, egal, ob es sich um Attentate, Verschleppungen, Folterungen oder Willkürmorde drehe.

Die Konsequenzen des Vernichtungskrieges lassen sich in Zahlen fassen: Seit der Machtübernahme der salvadorianischen Junta vom Oktober 1979 gab es mehr als 30.000 Ermordete, die in Kriegshandlungen gefallenen Soldaten und Guerilleros (geschätzte 3.000) nicht eingerechnet. Allein im Jahr 1981 wurden 15.709 Salvadorianer umgebracht. Von den davon 10.517 bislang identifizierten Opfern waren 8.222 Bauern, 885 Arbeiter, 577 Studenten/Schüler und 397 Angestellte.





R. D'Aubuisson (l.) in der Nationalversammlung; Übergangspräsident A. Magaña

Opfer des Vernichtungskrieges sind ferner Tausende von Verschwundenen und politischen Gefangenen, sowie Hunderttausende von Flüchtlingen bzw. Vertriebenen. Anfang 1982 bezifferte man die Flüchtigen im Inland auf 300.000, im Ausland auf 329.000.<sup>14</sup>

Der Ausgang der Wahlen am 28. März 1982 bestärkte den Vernichtungskurs des Regimes. Von den insgesamt 60 Sitzen der Verfassungsgebenden Versammlung eroberte die PDC als – mit 40% der Stimmen – stärkste Partei zwar 24 Sitze, aber die absolute Mehrheit fiel mit insgesamt 36 Sitzen den vier vertretenen Rechtsparteien zu.

An ihre Spitze schob sich die erst ein halbes Jahr zuvor gegründete **Republikanisch-Nationalistische Partei (ARENA)** des Majors Roberto D'Aubuisson (29%, 19 Sitze), der vom rechten Flügel der Oligarchie finanziert und zum „starken Mann“ aufgebaut wurde. Er hatte im Wahlkampf verkündet, den Reformexperimenten (Nationalisierung von Banken und Außenhandel, Agrarreform) des Napoleon Duarte, die die Ursache der wirtschaftlichen Misere seien, den Garaus zu machen.

### Nach den Märzahlen: Faschisten am Zug

Unmittelbar nach seinem Wahltriumph drängte Roberto D'Aubuisson auf die Bildung einer puren Regierung der Ultrarechten und erklärte der FMLN/FDR den „totalen Krieg“. Doch unter dem Druck der Reagan-Administration kamen die ARENA, die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN, rund 17% der Stimmen, 14 Sitze) und die anderen Rechtsparteien nicht umhin, auch der „gemäßigten Mitte“ Platz in der Regierungskoalition einzuräumen. Ronald Reagan muß wenigstens den „demokratischen Schein“ wahren, um die je halbjährlich zu bewilligende Überlebenshilfe an San Salvador im Kongreß durchbringen zu können (so im Juli und Dezember 1982).

R. D'Aubuisson wurde mit der einflußreichen Funktion des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung betraut. Er mußte aber auch Anfang Mai d.J. die Regierungspräsenz der PDC und die Wahl eines „gemäßigten“ Kompromißkandidaten, des rechtsunabhängigen Bankiers Alvaro Magaña Borge zum Übergangspräsidenten hinnehmen. A. Magaña bringt familiäre Bande zum modernistischen Flügel der Oligarchie und enge Beziehungen zum Militär mit. In der neuformierten Regierung stellte die ARENA vier Vertreter, die PCN und PDC je drei, zuzüglich vier Unabhängigen. General Garcia behielt sein Amt als Verteidigungsminister, in die anderen Schlüsselpositionen teilten sich die Rechtsparteien. Noch im Mai 1982 setzten sie in der Verfassungsgebenden Versammlung den Beschluß der faktischen Liquidierung der Agrarreform durch.

Die äußere Rechte um Roberto D'Aubuisson betreibt zielgerichtet und offen die Liquidation der Reformüberbleibsel,

ohne sich viel um die dadurch vermehrten Legitimierungsschwierigkeiten Washingtons zu scheren. Sie baut darauf, daß die verbündeten USA es sich angesichts der Stärke der FMLN/FDR und der prekären militärisch-wirtschaftlichen Lage in El Salvador einfach nicht leisten können, ihren Hilfsstrom versiegen zu lassen.

Wie sonst auch sollten die Löcher gestopft werden, die durch eine **dramatische Wirtschaftskrise** und die enormen Kriegskosten aufgerissen sind? Die einheimische Bourgeoisie und die Auslandskonzerne sorgten mit der Schließung von über 200 Betrieben, einer Kapitalflucht von mehr als 2 Mrd Dollar seit 1979 sowie mit der einschneidenden Senkung der Investitionsrate (um 14,7% im Jahr 1979, 38,7% im Jahr 1980) für die rasante Zuspitzung der Krise. Diese Wirtschaftskrise äußert sich im Absinken des Bruttoinlandsprodukts um 3,2% (1979) und um 15% (1981), oder im gleichzeitigen Anstieg der jährlichen Inflationsrate von 13,7% auf 24,8%.

Sie äußert sich im ähnlich deutlichen Absinken der Exporte und einem Zahlungsbilanzdefizit, das 1981 auf 241 Mio Dollar anwuchs. Sie äußert sich ferner im raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit oder darin, daß der öffentliche Dienst Anfang Juni 1982 Lohnrückstände gegenüber seinen Arbeitern und Angestellten von zwei oder mehr Monaten aufwies. Aus gleichem Grund streikten im Mai d.J. 7.000 Bauarbeiter. Die Lehrgewerkschaft ANDES protestierte im Mai d.J. gegen den Lohnstopp und die Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte und forderte eine Gehaltsaufbesserung um mindestens 50% angesichts des Anstiegs der Lebenshaltungskosten.<sup>15</sup>

Ein Ausweg aus dieser Krise scheint unter der neuen Regierung kaum in Sicht, da in ihr – mit der faschistischen ARENA – die unnachgiebigsten Verfechter einer Kriegseskalation und der oligarchischen Privilegien das Übergewicht haben. Allerdings sind vehemente Konflikte zwischen ihnen und den gemäßigteren Kräften der Armeespitze (hier spielt auch die Rivalität zur Nationalgarde, der Stütze D'Aubuissons hinein) bzw. der Regierungskoalition schon vorprogrammiert. Die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung dürfte das Konfliktpotential dieser künstlerlichen, von außen aufgenötigten Allianz mehren. Den versprochenen sozialen Frieden bzw. einen blitzartigen Endsieg über die FMLN dürfte die Equipe um Roberto D'Aubuisson und General Garcia kaum wahr machen können.

#### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Lateinamerika Nachrichten (LAN), Berlin-West, Sondernummer zu El Salvador, Mai 1980, S. 133f.
- 2) Zit. nach: NACLA. Report on the Americas, New York, Nr. 4/Juli-August 1980, S.9
- 3) NACLA, a.a.O., S. 14
- 4) So hieß es in der Austrittserklärung von 7 Mitgliedern der PDC-Parteiführung. Washington Post, Washington, 1.7.1980
- 5) The Nation, Washington, 18.4.1981, S. 455
- 6) Nach: AIB 4/1982, S. 7 und Der Spiegel, 1.2.1982
- 7) A.A. Guha/F. Nuscheler, Revolution und Reaktion in El Salvador, in: Vorgänge, Nr. 54/Dezember 1981, S. 51-64, hier S. 63
- 8) Dialogo Social, Panama, Nr. 142/Februar 1982, S.31; NACLA, a.a.O., S.17 und International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 5.1.1982
- 9) Laut: Bericht des Rechtshilfebüros der Erzdiözese San Salvador, San Salvador, Nr. 4180/16.11.1980 und Socialist Affairs, London, Nr. 5/1981, S.196
- 10) Eine detaillierte Beschreibung und Erläuterung zu La Playon siehe in: H. Frenz u.a., El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit, Reinbek 1982, S. 88-92
- 11) Nach: Dialogo Social, a.a.O., S.31
- 12) Ebenda; IDES, Berlin-West, Nr. 66/8.1.1982; H. Frenz u.a., El Salvador – Massaker..., a.a.O., S. 32; AIB 2/1982, S.11
- 13) Zit. nach: NACLA, Nr. 3/Mai-Juni 1981, S.18
- 14) Daten nach: Dialogo Social, a.a.O., S.31; AIB 4/1982, S. 12 und Frankfurter Rundschau, 20.1.1982
- 15) Daten nach: Latin American Weekly Report, London, 28.5.1982; SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 10/3.1.1982; IDES, Nr. 84/14.5.1982





FMLN-Führer S. Cayetano Carpio verlas im Januar 1981 den Aufruf zur Generaloffensive; Kämpfer der aufständischen Armee in Morazan

## Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth Der Befreiungskampf der FMLN/FDR

„Die Vereinigte Revolutionäre Führung der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) traf zusammen im Hauptquartier des Generalstabs der revolutionären bewaffneten Kräfte der fünf Organisationen, die die FMLN, die Avantgarde des heroischen Volkes von El Salvador, bilden. Arbeiter und Bauern, revolutionäre Männer und Frauen, Demokraten und Patrioten – die Zeit ist gekommen, die entscheidenden militärischen und aufständischen Kämpfe zu beginnen, damit das Volk die Macht übernehmen und eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung errichten kann. Jahre des Leidens, über 50 Jahre Militärdiktatur können für immer durch den Kampf des Volkes zerschlagen werden. (...)

Wir rufen das ganze Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben, und mit allen Kampfmitteln, nach den Befehlen ihrer unmittelbaren Vorgesetzten, an allen Kriegsfrenten und im ganzen Land tapfer zu kämpfen bis das unterdrückerische und völkermörderische Regime der einheimischen Oligarchie und des Imperialismus gestürzt ist.“<sup>1</sup> Mit diesem Aufruf der FMLN-Führung vom 10. Januar 1981 begann die Generaloffensive des bewaffneten Widerstandes in El Salvador. Die Volkserhebung erfaßte das ganze Land. Die Wahlbetrügereien der Militärs (1972 und 1977) und die unerhörte Mordpolitik der salvadorianischen Junta im Jahr 1980 – zuletzt die Liquidierung der dialogbereiten Führungsspitze der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) im November 1980 – ließen den Volkskräften keine andere

### Schwerer Neubeginn nach 1932

Wahl als den allgemeinen bewaffneten Widerstand. Damit traten die Befreiungskämpfer der FMLN/FDR das Erbe jener Arbeiter und Bauern an, die sich am 22. Januar 1932 zum bewaffneten Aufstand gegen die Militärdiktatur Herandez Martinez erhoben. Angeführt von der Gewerkschaftszentrale Regionale Föderation der Arbeiter El Salvadors und der Kommunistischen Partei El Salvadors (PCS, gegr. 1930) hatte sich eingangs der 30er Jahre eine revolutionäre Massenbewegung in Stadt und Land herausgebildet. Agustin Farabundo Martí (1893-1932), PCS-Generalsekretär und militärischer Kopf des Volksaufstands, wurde jedoch zusammen mit anderen Aufstandsführern vom Regime gefaßt und hingerichtet. Mit ihm starben 30.000 Aufständische. Die PCS und die Gewerkschaften wurden weitgehend zerschlagen und verboten. Doch das Vermächtnis Farabun-

do Martis blieb ebenso lebendig wie jenes des Generals Sandino in Nicaragua, in dessen Guerillaverbänden in den Jahren 1928/29 Farabundo Martí gekämpft hatte. Seine legendäre Aussage: „Wenn man die Geschichte nicht mit der Feder schreiben kann, muß man sie mit dem Gewehr schreiben.“<sup>2</sup> machten sich die salvadorianischen Befreiungskämpfer der FMLN zueigen.

Als die Martinez-Diktatur 1944 stürzte, vermochte die PCS, seinerzeit die einzige Linksorganisation, sich im Lande zu reorganisieren und neue Kräfte im Untergrund zu sammeln. Daß dabei trotz des Fehlens von Gewerkschaften im April 1944 ein Generalstreik organisiert wurde, zeigte das Wiedererwachen der Kampfbereitschaft der salvadorianischen Arbeiterklasse an. Im November 1945 unterstrich dies ein spontaner Eisenbahnerstreik.

Das Diktaturregime General S. Castaneda Castros (1945-48) reagierte mit der Illegalisierung aller Streiks und der Inhaftierung Hunderter streikender Arbeiter der Brotfabriken und anderer Betriebe im Jahr 1946. Am 15. September 1946 wurde eine Protestversammlung auf der Plaza Libertad in San Salvador, die sich gegen die Kriminalisierung von Arbeitskämpfen richtete, von Uniformierten zusammengeschossen. Im September 1947 ging das Komitee zur Reorganisation der Arbeitergewerkschaft El Salvadors (CROSS) daran, die Gewerkschaftsbewegung im Untergrund wieder aufzubauen. Als CROSS-Generalsekretär agierte das PCS-Führungsmitglied Salvador Cayetano Carpio.

Unter der Regierung Osorio (1948-56) gestand man den städtischen Arbeitern gewerkschaftliche Aktivitäten zu, führte einen Mindestlohn ein und suchte sie erstmals mit Sozialprogrammen (Wohnungsbau, Sozialversicherung) zu integrieren. Der PCS gewährte man ein legales Zwischenspiel. Auf dem Lande wurde freilich weiterhin jeder Organisationsversuch von Landarbeitern und Bauern erstickt. Und schon 1952 ging das Regime wiederum zur Züchtigung der Volksbewegung über. Es ließ Gewerkschaftsführer inhaftieren, foltern und ausweisen. Und es verbot die PCS.

Daß die Konsolidierung der Arbeiterbewegung dennoch voranschritt, veranschaulichte der erste nationale Gewerkschaftskongreß im Jahr 1957, der die progressive Gewerk-



schaftszentrale Generalföderation der Arbeiter El Salvadors (CGTS) hervorbrachte. Das Lemus-Regime (1956-60) konterte postwendend, indem es mit der Generalföderation der Gewerkschaften (CGS) eine gelbe, regierungstreue Gewerkschaft aus der Taufe hob. Die Spaltung bewirkte in den 60er Jahren eine Lähmung der Gewerkschaftsbewegung.

Protestaktivitäten gegen die Repression und das soziale Elend initiierte zwischenzeitlich vor allem die Nationale Front Ziviler Orientierung (FNOC), die 1957 von der Partei der Erneuernden Aktion (PAR) und drei anderen antidiktatorischen Gruppierungen gegründet worden war. Sie unterstützte die zivilmilitärische Junta, die im Oktober 1960 eine dreimonatige Demokratisierung inszenierte, bevor ein rechter Gegenputsch den Status quo wiederherstellte.

Mit der kontrollierten demokratischen Öffnung unter Oberst Rivera (1962-67) kamen neue Elemente ins Spiel. Zum einen ließ die regierende Partei der Nationalen Versöhnung (PCN) erstmals demokratische Oppositionsparteien zu, ausgenommen die Kommunistische Partei. Die Christdemokratische Partei (PDC, gegr. 1960) vermochte sich rasch als Anwalt der anwachsenden Mittelschicht zu profilieren, da sie für Strukturreformen und eine weitergehende Demokratisierung der Staatsorgane eintrat.

Im Jahr 1965 formierte sich die sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR), die sich hauptsächlich aus Intellektuellen und Freiberuflichen rekrutierte. Die Anhänger dieser zahlenmäßig kleinen Partei finden sich ebenfalls vorrangig im städtischen Kleinbürgertum. Die MNR ist Mitglied der Sozialistischen Internationale.

### Radikalisierung der Volksbewegung...

Von der Partei der Erneuernden Aktion (PAR) drohte der Regierungspartei PCN in den 60er Jahren allerdings die größte Gefahr. Als traditionelle liberale Oppositionspartei (gegr. 1944) durchlief sie in den 60er Jahren, da Mitglieder der PCS und andere Linkskräfte in ihr wirkten, einen Radikalisierungsprozeß. Sie verlangte grundlegende antioligarchische Umgestaltungen wie eine Agrarreform, staatliche Sozialfürsorge für die ärmsten Bevölkerungsteile, Arbeitsbeschaffungsprogramme, eine progressive Besteuerung der Einkommen usw. Der Wahlerfolg der PAR bei den Präsidentschaftswahlen 1967, als ihr Kandidat Fabio Castillo trotz aller Behinderungen 1/3 der Stimmen eroberte, zeigte, welch starke Resonanz diese Partei in der städtischen Arbeiterklasse und in kleinbürgerlichen Kreisen fand. Das alarmierte Militärregime verfügte das Verbot der PAR.

1968 waren der linke PAR-Flügel und die PCS maßgeblich an der Gründung der Demokratisch-Nationalistischen Union (UDN) beteiligt. Sie wurde faktisch zur Massenorganisation der illegalen Kommunistischen Partei. Ihr Kampfziel definierte die UDN als demokratische, antioligarchische und antiimperialistische Revolution.

Ein wichtiges neues Element ist hier bereits mit der Herausbildung einer demokratischen Studentebewegung und der Radikalisierung der lohnabhängigen Intelligenz, vor allem der Lehrerschaft, angesprochen. Mit ihrem sprunghaften Anwachsen, das sich an der Erhöhung der Hochschulstudenten im Zeitraum 1960-80 von 3.000 auf 35.000 ablesen läßt, drängten seit den 60er Jahren auch zunehmend Kräfte klein-

bürgerlicher und proletarischer Herkunft in diesen Bereich. Die erste große Aktion an den salvadorianischen Hochschulen war ein von der Studentenversammlung der Nationalen Universität ausgerufenen Streik im Jahr 1971.

Ein weiteres neues Element kam in den 60er Jahren mit der Organisierung der Bauern und Landarbeiter ins Spiel. Das Regime selbst suchte seit 1962 mit dem Aufbau der Natio-



Streikposten der CUTS vor der Textilfabrik Cosinter

naldemokratischen Organisation (ORDEN) und der kleinbäuerlichen Salvadorianischen Kommunalen Union (UCS) einen Teil der Landarmut an sich zu binden. Mit ihrer Ausbreitung sozialer Lockmittel hoffte man, eine eigenständige Bauernbewegung auf Dauer abblocken, mit paramilitärischen ORDEN-Banden fortan Unruhen noch effektiver ersticken zu können. Doch diese Rechnung ging nicht auf.

Katholische Priester trugen in den 60er/70er Jahren die Theologie der Befreiung aufs Land und vermochten sie in christlichen Basisgruppen der Kleinbauern und Landarbeiter einzubringen.

Ein anderes Gegengewicht entstand 1967 mit der von der Christdemokratischen Partei beeinflussten Christlichen Föderation Salvadorianischer Bauern (FECCAS). FECCAS wuchs mit dem Aufschwung der Arbeitskämpfe 1973-75 nicht nur zahlenmäßig stark an, sondern machte auch einen Radikalisierungsprozeß durch. 1975, als sich die revolutionären, marxistisch orientierten Kräfte endgültig in ihr durchgesetzt hatten, fusionierte die FECCAS mit der progressiven Union der Landarbeiter (UTC) zur Föderation der Landarbeiter (FTC). Sie zählte Ende der 70er Jahre rund 80.000 Mitglieder. Zum erstenmal seit dem Volksaufstand 1932 gab es wieder eine organisierte revolutionäre Landarbeiter- und Bauernbewegung mit Massencharakter.<sup>3</sup>

### ...in den 60er/70er Jahren

Ein neues Element war ferner die Radikalisierung der städtischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ab Mitte der 60er Jahre. In den Jahren 1965-68 bahnte sich ein Umschwung hin zur Reaktivierung der Arbeiterbewegung an. 1965 formierte sich aus der aufgelösten CGTS und verschiedenen unabhängigen Einzelgewerkschaften die Gewerkschaftliche Einheitsföderation El Salvadors (FUSS). Sie tat sich mit der Unterstützung der erfolgreichen Streikkämpfe der Kraftfahrer 1966/67, der Textilarbeiter im Februar 1967 und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Busfahrer, Müllarbeiter, Facharbeiter u.a.) hervor. Sie war Organisator eines Generalstreiks, der aus Solidarität mit der streikenden Belegschaft des Stahlwerks Acero S.A. (nahe Zacatecoluca) im April 1967 ausgerufen wurde. Er endete mit einem grandiosen Erfolg der gesamten Arbeiterbewegung, denn sie erkämpfte mit ihm das Streikrecht. In der Folgezeit vermochte die FUSS etliche Einzelgewerkschaften der gelben Gewerkschaft CGS zu sich herüberzuziehen.

Zur Jahreswende 1967/68 traten die in der Gewerkschaft ANDES 21. Juni organisierten Lehrer in einen mehrtätigen Streik und besetzten über zwei Monate lang das Erziehungsministerium. Es kam zu Solidaritätsstreiks der öffentlichen Bediensteten und Textilarbeiter.

So vollzog sich in den 70er Jahren ein Prozeß des mehrheitlichen Übergangs der Gewerkschaftsbewegung auf klassen-





Städtische Volksmilizionäre der FMLN

kämpferische Positionen, der sich im übrigen nicht auf die von revolutionären Kräften dominierten Gewerkschaften beschränkte.

Während mit dem Aufschwung der Klassenkämpfe seit Mitte der 70er Jahre die regierungstreuen Verbände CGS und CNT rasch an Bedeutung verloren, avancierte die **Einheitskonföderation der Salvadorianischen Arbeiter (CUTS)** zur stärksten Gewerkschaftszentrale des Landes. In ihr fanden die von der Kommunistischen Partei geführte FUSC und die von den revolutionären Volksorganisationen radikalisierten Verbände, die **Nationale Gewerkschaftsföderation der Arbeiter El Salvadors (FENASTRAS)** und die Gewerkschaftsföderation der Arbeiter der Lebensmittel-, Bekleidungs- und Textilindustrie (**FESTIAVTSCEs**), ein Koordinationsorgan.<sup>4</sup>

Der Radikalisierungsprozeß der salvadorianischen Bevölkerung spiegelte sich bereits bei den **Präsidentenwahlen 1972** deutlich wider. Hatte sich 1967 die regierende Partei der **Nationalen Versöhnung (PCN)** noch mit 60% der Stimmen (die Linkspartei **PAR** erzielte rund 1/3) souverän behauptet, so gewann diesmal der Kandidat der **Nationalen Oppositionsunion (UNO)**, José Napoleon Duarte, mit überwältigender Mehrheit. Doch die UNO, ein Wahlbündnis der Christdemokratischen Partei, der Demokratisch-Nationalistischen Union und der sozialdemokratischen MNR wurde um ihren Sieg betrogen.

Bei den **Präsidentenwahlen 1977** respektierte das Militärregime den Sieg des UNO-Kandidaten, des Obersten i.R. Ernesto Claramount, wiederum nicht. Uniformierte erschossen damals 200 Demonstranten, verletzten Hunderte, verhafteten und verschleppten 6.000 Menschen.<sup>5</sup> Für weite Teile des salvadorianischen Volkes erstarb damit die Hoffnung, über Wahlen ihr Los verändern zu können.

## Die Herausbildung der Guerilla

Die erste politisch-militärische Linksorganisation, die **Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL)**, entstanden im Jahr 1970, als sich aus der Kommunistischen Partei El Salvadors (PCS) der Minderheitsflügel um Generalsekretär Salvador Cayetano Carpio abspaltete. Den Ausschlag gab eine unterschiedliche Sicht der Frage, ob die Zeit reif sei für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Die Gründer der FPL sahen den unmittelbaren Aufbau von ersten bewaffneten Widerstandsgruppen als erforderlich an.

Der FPL gelang es verhältnismäßig rasch Kader und Einfluß unter Industriearbeitern, Studenten und –anfänglich besonders – Lehrern zu gewinnen. Dann, ab 1974, war sie in der Lage, eine Vielzahl von Landarbeitern und Bauern zu organisieren. Sie konzentrierte sich nun darauf, neben Guerillagruppen (FAPL) auch Selbstverteidigungseinheiten und

Volksmilizen aufzubauen, um die Massenbewegung gegenüber dem Staatsterrorismus verteidigungsfähig zu machen. Die FPL organisierte sich in einem Netzwerk von Zellen (Produktions-, Orts- und Spezialzellen) und definierte sich als marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse.<sup>6</sup>

Als zweite bewaffnete Linksorganisation entstand im Jahr 1971 das **Revolutionäre Volksheer (ERP)**. Sie rekrutierte sich aus radikalisierten Christdemokraten und Intellektuellen. Mitte der 70er Jahre kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der ERP, wobei der Wortführer einer vorrangig politischen Strategie, der bekannte Schriftsteller Roque Dalton, umgebracht wurde. Seine Anhänger des Minderheitsflügels verließen daraufhin 1975 die ERP. Noch im selben Jahr gründeten sie die **Streitkräfte des Nationalen Widerstands (FARN)**, deren Kommando Eduardo Sancho Castaneda (Ferman Cienfuegos) führt. Sie schuf sich mit dem Nationalen Widerstand (RN) eine politische Partei. Die ERP löste sich ihrerseits im Jahr 1977 vom „Militarismus“ (J. Villalobos), der Überbetonung des militärischen Aspekts und gründete die Partei der Salvadorianischen Revolution (PRS), der die Guerilla unterstellt wurde.

Die ERP und FARN machten durch serienweises Kidnapping von Repräsentanten der Oligarchie wie internationaler Konzerne von sich reden.

Alle drei revolutionären Linksorganisationen, FPL, PRS und RN, haben heute ein marxistisches Selbstverständnis. Gemeinsam ist ihnen das Ziel des Sozialismus, das sie über eine umfassende Volksallianz, eine demokratisch-revolutionäre Volksregierung und eine echte Volksdemokratie anstreben.<sup>7</sup>

## Die Volksorganisationen

Die erste revolutionäre Volksorganisation wurde im Jahr 1974 mit der **Front der Vereinigten Volksaktion (FAPU)** gegründet. Zunächst verstand sie sich als Sammelbecken für Gewerkschaften, andere Massenorganisationen, Parteien (PDC, MNR, PCS), progressive Kräfte der Kirche u.a. Ihr Programm hob auf die Durchsetzung elementarer wirtschaftlicher Forderungen, demokratischer Rechte und Reformen und auf die Kombination von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf ab.

Mit der Radikalisierung der Massenbewegung auf dem Land kam es zur Spaltung der FAPU. Die Landarbeiter- und Bauernorganisationen FECCAS und UTC sowie die Lehrgewerkschaft ANDES traten 1975 aus, um sich mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen zum **Revolutionären Volksblock (BPR)** zusammenschließen. FAPU und BPR führten Besetzungsaktionen von Fabriken, Botschaften oder Haciendas (Landgütern) durch. Sie inszenierten „wilde“ und Solidaritätsstreiks. Die BPR avancierte dank ihrer dominierenden Verankerung auf dem Land, zur mit Abstand größten Volksorganisation, die 1979 an die 100.000 Mitglieder zählte. Sie ist heute die Massenorganisation der FPL und teilt deren strategische Ausrichtung. Die FAPU ist am stärksten unter der Industriearbeiterschaft verankert und dominiert mit der Gewerkschaftsföderation FENASTRAS eine der größten Gewerkschaftsverbände. Sie versteht sich heute als Massenfront der politisch-militärischen Organisation RN/FARN.

Als dritte revolutionäre Volksorganisation entstanden im Jahre 1978 die **Volksligen 28. Februar (LP-28)**, deren Namen an das Massaker der Nationalgarde auf der Plaza Libertad in San Salvador im Jahre 1977 erinnert. Sie definierte sich als revolutionäre Massenfront der PRS/ERP.

Die Kommunistische Partei El Salvadors (PCS), die über ihre Massenfront Demokratisch-Nationalistische Union (UDN)



# Abo-Kampagne 1981/82 in der Schlußphase

Im Juli 1982 läuft unsere Abo-Kampagne aus. Zum Redaktionsschluß dieses Heftes (15. Juni 1982) dauerte die Endspurphase noch an, war noch alles drin. Im Juli letzten Jahres fiel der Startschuß. Anfang Juni 1982 hatten wir genau 852 neue Abonnenten. Wenn wir jetzt noch einen Zahn zulegen, können wir bis Ende Juli die 1.000 schaffen. Natürlich nur mit der Unterstützung unserer Leser.

Wer mit unserem Sonderheft „Ein Jahr Reagan“ werben möchte, dem senden wir gerne Probeexemplare kostenlos zur Weiterverteilung zu. Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit einem erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein. Und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.

## Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönnner/Heinz-Jürgen Nieth  
**Der Kampf um El Salvador.**  
Volkserhebung und Intervention  
ca. 250 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

**Guatemala.**  
**Der lange Weg zur Freiheit**  
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing  
**Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung**  
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)  
**Der Reagan Report.**  
**Weltmacht USA in Nöten**  
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv  
**AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden**  
Band 1 oder 2  
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan  
**Die Türkei — Republik unter Wölfen**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano  
**Die offenen Adern Lateinamerikas**  
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt  
**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.**  
**Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?**  
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld  
**Land der Reisfelder.**  
**Vietnam, Laos, Kampuchea**  
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Lore Schultz-Wild  
**Die zweite Befreiung.**  
**Alphabetisierung in Nicaragua**  
Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal  
204 Seiten, Jugenddienst 1981

Sergio Ramirez  
**Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**  
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer  
**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und Befreiungskampf heute**  
219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Günter Amendt  
**Das Sexbuch**  
249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)  
**Bonn 10. 10. 81**  
**Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa — Reden, Fotos ...**  
224 Seiten, Lamuv 1981

Ernesto Cardenal  
**In Kuba. Bericht von einer Reise**  
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)  
**Befreiungsbewegungen in Afrika.**  
**Politische Programme ...**  
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Frederik Vahle  
**Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta  
**Der Aufstand**  
218 Seiten, Peter Hammer 1981

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis  
**Das neue Äthiopien.**  
**Vom Kaiserreich zur Revolution**  
196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez  
**Vom Vergnügen des Präsidenten.**  
**Erzählungen aus Nicaragua**  
141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)  
**Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.**  
**Aktionshandbuch 3**  
192 Seiten, Lamuv 1982

**Ein Vierteljahrhundert mit Allende.**  
**Erinnerungen seines Privatsekretärs**  
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

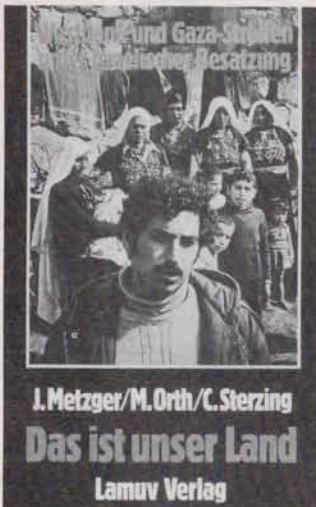
Ernesto Cardenal  
**Die Stunde Null**  
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Plácido Erdozain  
**San Romero de America.**  
**Die Geschichte des Bischofs von San Salvador**  
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Hermann Kohn  
**El Salvador/Nicaragua.**  
**Aufstand im US-Hinterhof**  
191 Seiten, Weltkreis 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler  
**Südafrika.**  
**Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**  
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

**Bestellkarte in der Mitte des Heftes benutzen!**







- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 3/1982 zu El Salvador (2 DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1982 zum Mittelamerika-Antiinterventionskongreß (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (2 DM)
- ... Exemplar(e) Sonderbroschüre zum Reagan-Besuch (5 DM)
- Ich abonniere das AIB ab Nr. ... bis auf Widerruf\*
- Ich bestelle AIB Nr. ...
- Ich möchte Probeexemplare, Register (Jahr: .....

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.

BLZ

\*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr): ... DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr; Kündigungsfrist 2 Monate



## Prämie für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg  
**Der Mensch stirbt nicht am Brot allein**  
 Lesebuch zum Film „Septemberweizen“  
 192 Seiten, Großformat, Peter Hammer  
 1981

Autorenkollektiv  
**Länder der Erde.**  
 Politisch-ökonomisches Handbuch  
 7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein  
 1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet  
**Ich liebe mein Land**  
 30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun  
**UMBRAL**  
 30-cm-LP, Verlag Pläne



Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Ich habe den neuen AIB-Abonnenten geworben

Mein Name: .....

Meine Adresse: .....

Mein Prämienvorschlag: .....

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die  
Zeitgenossen,  
Bongi Makeba, Jabula  
**Konzert für Soweto**  
30-cm-Doppel-LP  
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal  
**Unser Land mit den Menschen  
die wir lieben**  
Gedichte. Mit Bildern aus  
Solentiname und dem neuen Nicaragua  
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp  
**Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft**  
144 Seiten, reich illustriert  
Weltkreis 1978

Miriam Makeba  
**Country Girl**  
30-cm-LP, Verlag Pläne





# Wer hilft mit? ...bei der Befreiung El Salvadors

## Wie geht das?

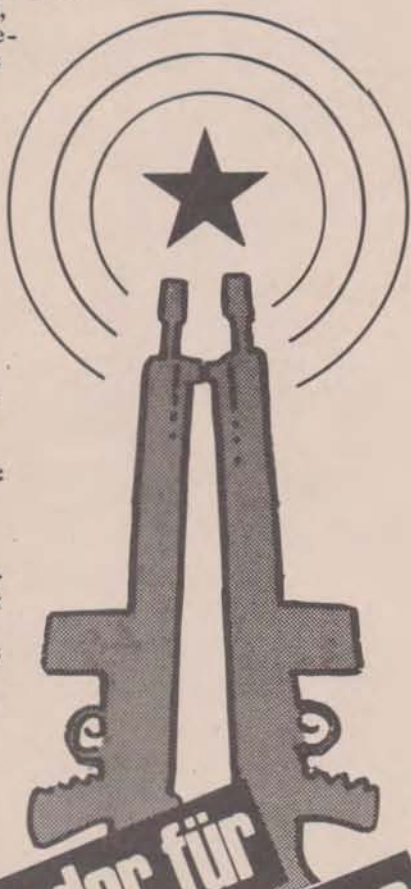
### Aufruf von Radio Venceremos

„In El Salvador sind alle kritischen Stimmen in der Presse, im Rundfunk, in den Kirchen und Gewerkschaften zum Schweigen gebracht worden. Pressezensur durch Todeskommandos, Bomben, Folter.

Alle Stimmen – bis auf eine, die nicht zum Schweigen gebracht werden kann, weil es die Stimme der neuen Volksmacht ist, die in weiten Teilen des Landes schon die Kontrolle übernommen hat:

Radio Venceremos... Was anfang mit einer kleinen Sendeanlage in den Bergen von Morazán, ist in elf Monaten Arbeit zu einem komplexen Apparat geworden, der große Aufwendungen in die Technik und Organisation erfordert, um seine Aufgabe erfüllen zu können: einer Bewegung Ausdruck und Orientierung zu geben, die sich in den ländlichen Kriegsfronten wie im Untergrund der Städte vorbereitet auf den Aufstand, auf die endgültige Beseitigung eines politisch, wirtschaftlich und moralisch schon bankrotten

→  
Weiter auf der  
Rückseite



elan-  
Aktion  
Ein Sender für  
Radio Venceremos  
El Salvador



und nur noch von den Waffen der USA am Leben gehaltenen Regimes... Tragen wir bei zu der Erhaltung des Senders der FMLN, der letzten freien Stimme unter der Diktatur und der ersten der Volksmacht! In der Erwartung, daß dieser

Aufruf überall in der Welt, wo die Stimme von Radio Venceremos gehört wird, ebenfalls Solidarität und Unterstützung erweckt, und in der Gewißheit, vereint den Sieg zu erringen!

Radio Venceremos  
Morazán, El Salvador"

## Was braucht Radio Venceremos?

Politische und materielle Solidarität

## Was kann man tun?

Mitmachen bei der Solidaritätskampagne des Jugendmagazins elan:

# ★ Ein Sender für ★ Radio Venceremos

## Sonderkonto Radio Venceremos

Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44 050 199)

**Konto-Nr.: 171 004 683** (G. v. Randow)

Postscheckamt Dortmund

**Konto-Nr.: 33339-467**

bisher  
123000  
DM

## Was noch dazugehört:



Poster, zweifarbig, 2,- DM.



Button, dreifarbig,  
3-DM-Solipreis, mehr  
als 50 Prozent gehen  
aufs Solikonto.



Postkarten. 2 Motive,  
4 Stück für 3,- DM.  
Damit kann man eine  
Spendenlawine auslösen.



Wir haben den heißen  
Draht zum Sender.  
Monatlich neue In-  
formationen und Re-  
portagen. Einzelheft  
1,50 DM, Jahresabo  
nur 18,- DM.

Am besten einen Scheck beilegen oder  
Geldscheine. Zu bestellen bei:

Redaktion elan Postfach 789 4600 Dortmund 1



weiterhin einen bedeutenden Einfluß in der Industriearbeiterschaft ausübt, begann erst im Frühjahr 1979 mit dem Aufbau eigener bewaffneter Formationen.

Aus ersten 1971 gebildeten bewaffneten Zellen ging im Jahr 1975 eine weitere politisch-militärische Linksorganisation, der salvadorianische Zweig der Revolutionären Partei der Mittelamerikanischen Arbeiter (PRTC) hervor. Sie bekennt sich zum Befreiungskampf und orientiert auf den Sozialismus für Mittelamerika. Ihre Volksorganisation ist die 1979 gegründete **Befreiungsbewegung des Volkes (MLP)**, die sich offenbar vorwiegend aus Studenten- und Intellektuellenkreisen rekrutiert.<sup>8</sup>

Bis Ende der 70er Jahre formierten sich in Stadt und Land Tausende von Volksmiliz- und Selbstverteidigungsgruppen. Sie verliehen den Massenorganisationen Schutz und ein erhöhtes Durchsetzungsvermögen. Die Guerilla verfügte jetzt über Versorgungsquellen, militärisches Wissen, Kampferfahrungen und Volksunterstützung. Damit war ein allgemeiner Stärkezuwachs der Volksbewegung verbunden, die im März 1979 das Romero-Regime zur Rücknahme seines Ausnahmegesetzes (vom November 1977) zwang.

Mitte 1979 bildete sich ein breites antidiktatorisches Bündnis, das **Volksforum**. Es vereinte erstmals die traditionellen Oppositionsparteien UDN, MNR, PDC mit Teilen der revolutionären Volksorganisationen. Neben den Volksligen 28. Februar schlossen sich ihm auch der von der FAPU dominierte Gewerkschaftsverband FENASTRAS, die übergreifende Gewerkschaftszentrale CUTS und sechs weitere Gewerkschaftsverbände an. Nur der Revolutionäre Volksblock blieb fern. Das Volksforum verabschiedete im September 1979 eine gemeinsame Plattform. In dieser stellte man „eine akute politische Krise im Lande“ fest und rief zur Aktionseinheit aller Volkskräfte auf, um einen „echten Demokratisierungsprozeß und ein neues politisches Regime“ zu erkämpfen.<sup>9</sup>

### Von der Revolutionären Koordination...

Als am 15. Oktober 1979 das Romero-Regime gestürzt wurde, arbeitete das Volksforum zunächst in und mit der „Reform“junta. Doch im Zeitraum Januar bis März 1980 brach das gesamte Spektrum der demokratischen Volksbewegung mit der Junta (siehe Beitrag zur „Reform“junta), bis hinein in die Christdemokratie, deren linker Flügel das Repressionsregime und die PDC verließ.

Gleichzeitig tat die revolutionäre Linke seit der Jahreswende 1979/80 Riesenschritte hin zu ihrer Vereinigung. Mit ihrer ersten gemeinsamen Großdemonstration der 200.000 am 22. Januar 1980 in San Salvador stellte sie ihre Stärke unter Beweis. Die revolutionären Linksorganisationen waren es auch, die die Initiative zum Zusammenschluß aller revolutionären und demokratischen Kräfte unter einem Dach ergriffen.

Am 10. Januar 1980 veröffentlichten sie ihre Proklamation der revolutionären Einheit, in der sie die Mission der **Revolutionären Koordination** so festhielten: „Wir, der Nationale Widerstand (RN), die Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL) und die Kommunistische Partei El Salvadors (PCS) (...) streben (wir) den fortschreitenden organisatorischen Zusammenschluß unserer Gruppen an. Und allen wahrhaft revolutionären Organisationen unseres Landes steht es offen, sich daran zu beteiligen.“

Ihre strategische Zielsetzung faßten sie so zusammen: „Um Irrtümer auszuschließen, sei noch einmal betont: Die einzig wirkliche und wirksame Alternative zur Lösung der nationalen Krise zum Wohle des Volkes ist die bewaffnete Volksrevolution, deren Kräfte im Kampf vervielfacht werden. (...)

Die(se) großen Aufgaben können nur realisiert werden, wenn zuvor die Revolution triumphiert, d.h. wenn sie die Macht erringt, die schimpfliche, korrupte und blutige Maschinerie der Militärtyrannie zerstört und auf der Grundlage der Volksmacht eine revolutionäre, demokratische und anti-imperialistische Regierung errichtet.“<sup>10</sup>

Unmittelbar nach der Unterzeichnung dieser Einheitsproklamation trat auch die Partei der Salvadorianischen Revolution/Revolutionäres Volkshier (PRS/ERP) dem neuen Koordinationsorgan bei.

### ...zur FDR und FMLN

Noch in der ersten Januarhälfte 1980 schlossen sich die revolutionären Massenorganisationen zu einem quasilegalen Koordinierungskomitee, der **Revolutionären Koordination der Massen (CRM)** zusammen. Am 23. Februar 1980 unterzeichneten in San Salvador alle vier Mitgliedsorganisationen der Revolutionären Koordination der Massen ihr offizielles Programm. Es muß, da die vier Massenorganisationen faktisch als legale Armee der revolutionären Untergrundorganisationen FPL, RN, PCS und PRS/ERP fungieren, auch als deren beider gemeinsamer Nenner angesehen werden.

In dieser „Programmatischen Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung“ wird der **Charakter der Revolution** so zu Papier gebracht: „Diese Revolution ist somit auf das Volk gegründet, ist demokratisch, antioligarchisch und bestrebt, die wahre und tatsächliche nationale Unabhängigkeit zu erobern.“ (siehe Kasten)



Demonstration der 200 000 anläßlich der CRM-Gründung im Januar 1980 in San Salvador

Der Dialog der revolutionären Koordinierungskomitees mit den demokratischen Kräften kam im März/April 1980 schnell voran. Anfang April 1980 fanden sich die sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR), die linkschristdemokratische Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC) sowie mehrere Berufs- und Gewerkschaftsverbände zur Demokratischen Front zusammen.

Am 18. April 1980 vollzogen sie und die Revolutionäre Koordination der Massen den größten Schritt zur Einheitsfront der revolutionären und demokratischen Kräfte El Salvadors, die Gründung der **Demokratisch-Revolutionären Front (FDR)**. Die FDR machte sich als politisches Programm die CRM-Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung vom 23. Februar 1980 zueigen. Bis Anfang 1982 traten der Front 118 Organisationen und Institutionen bei.

Am 22. Mai 1980 einigten sich die vier politisch-militärischen Untergrundorganisationen FPL, RN, PCS und PRS/ERP darauf, eine **Vereinigte Revolutionäre Leitung (DRU)** zu bilden. In ihrem Gründungsmanifest stellte sich die DRU hinter die Programmatische Plattform der FDR. Mit der DRU gaben sich die bewaffneten Linksorganisationen „eine einzige Führung, einen einzigen militärischen Plan und eine einzige nationale und internationale politische Linie“.<sup>11</sup>



# Programm der Demokratisch-Revolutionären Front



Am 18. April 1980 konstituierte sich in San Salvador die Demokratisch-Revolutionäre Front El Salvadors (FDR). Sie erklärte die Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung zu ihrem politischen Programm. Als sich im Oktober 1980 durch die Vereinigung der politisch-militärischen Linksorganisationen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) formierte, brachte sie ihre volle Übereinstimmung mit dieser Plattform zum Ausdruck.

(...) Die wirtschaftliche und politische Krise der herrschenden Klassen einerseits und die Stärke der Volksbewegung andererseits – entscheidende politische Kraft unseres Landes – haben einen revolutionären Prozeß ausgelöst und Bedingungen geschaffen, unter denen das Volk die Macht übernehmen wird. (...)

Diese Revolution ist somit auf das Volk gegründet, ist demokratisch, antioligarchisch und bestrebt, die wahre und tatsächliche nationale Unabhängigkeit zu erobert. Nur der Sieg der Revolution wird die verbrecherische Unterdrückung beenden und dem Volk den Frieden ermöglichen, den es heute nicht hat; einen stabilen Frieden, gegründet auf der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Unabhängigkeit.

Diese Revolution, die schon im Gange ist, ist nicht – und kann nicht – das Werk einer Gruppe von Verschwörern sein; im Gegenteil, sie ist das Ergebnis des Kampfes des ganzen Volkes, d.h. der Arbeiter, Bauern, der Mittelschichten im allgemeinen und aller aufrichtig demokratischen und patriotischen Menschen. Die bewußtesten und organisierten Teile des salvadorianischen Volkes, die schon sehr zahlreich sind, kämpfen ständig umfassender und einheitlicher. Mit Kampfgeist, Bewußtsein, Festigkeit, Organisation und Opferbereitschaft für den Sieg des Volkes hat das Bündnis der Arbeiter und Bauern bewiesen, daß es die stärkste Garantie für Entschlossenheit und Festigkeit der Bewegung bis zur Befreiung ist. In ihm vereinen sich – als Ausdruck der Einheit des ganzen Volkes – die revolutionären und die demokratischen Kräfte, die beiden großen Strömungen, die am Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes beteiligt sind.

Die entscheidende Aufgabe der Revolution, von der die Erfüllung aller anderen Aufgaben und Ziele abhängt, ist die Eroberung der Macht und die Einsetzung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung, die an der Spitze des Volkes den Aufbau einer neuen Gesellschaft unternimmt.

## Aufgaben und Ziele der Revolution

Die Aufgaben und Ziele der Revolution in El Salvador sind die folgenden:

1. Zerschlagung der reaktionären Militärdiktatur der Oligarchie und des US-Imperialismus, die seit fast 50 Jahren gegen den Willen des salvadorianischen Volkes an der Macht ist; Zerstörung ihres kriminellen politisch-militärischen Apparats und Einsetzung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung, die sich auf die Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte, von Volksheer und salvadorianischem Volk gründet.
2. Beendigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorherrschaft der großen Besitzer von Kapital und Land.
3. Endgültige Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit unseres Landes vom US-Imperialismus.
4. Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten für das ganze Volk, vor allem für die Massen der Arbeiter, die sie bisher am wenigsten genossen haben.
5. Übertragung der wichtigsten Mittel der Produktion und Verteidigung, die bisher von der Oligarchie und den US-Monopolen in Händen gehalten werden, an das Volk mittels Nationalisierung und Schaffung von Gemeinschaften und Genossenschaftsbetrieben: d.h. das Land der Großgrundbesitzer, der Produktions- und Verteilungsunternehmen der Bereiche Elektrizität und Erdölraffinerie, Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Besitz der Monopole, der Außenhandel, die Banken und die großen Transportunternehmen. Dies, ohne die kleinen und mittleren Privatunternehmen anzutasten, denen Anreize und Hilfe in jedem Sinne in den verschiedensten Bereichen der nationalen Wirtschaft zukommen sollen.
6. Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung.
7. Schaffung der neuen Armee unseres Landes, die sich vor allem auf der Grundlage des Volksheeres aufbaut, das im Laufe des revo-

lutionären Prozesses entsteht und dem sich aufrechte patriotische und würdige Elemente des gegenwärtigen Heeres anschließen können.

8. Förderung der Organisation des Volkes in allen Ebenen, Bereichen und Formen, um seine aktive, kreative und demokratische Beteiligung am revolutionären Prozeß sicherzustellen und die größtmögliche Einheit zwischen dem Volk und seiner Regierung zu erreichen.

9. Orientierung der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen unseres Landes nach den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, der Solidarität, des friedlichen Zusammenlebens, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung zwischen Staaten.

10. Mit all dem, Sicherung des Friedens, der Freiheit, des Wohlergehens des Volkes und der fortschreitenden sozialen Gerechtigkeit in unserem Land.

## Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung, ihre Zusammensetzung und ihr Programm des politischen, strukturellen und sozialen Wandels

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung bildet sich aus Vertretern der revolutionären Volksbewegung, d.h. der Parteien, Organisationen und der demokratischen Persönlichkeiten, die bereit sind, an der Verwirklichung des vorliegenden Programms mitzuarbeiten.

Diese Regierung wird sich auf eine breite soziale und politische Basis stützen, die an erster Stelle aus der Arbeiterklasse, den Landarbeitern und den fortgeschrittenen Mittelschichten besteht; eng mit diesen verbunden werden alle die sozialen Schichten sein, die dem Weg dieses Programms folgen wollen, kleine und mittlere Industrieunternehmer, Händler, Handwerker, wie auch Landwirte (kleine und mittlere Kaffeeproduzenten und andere Bereiche der Landwirtschaft und Viehzucht); selbstverständlich ehrliche Freiberufliche, fortschrittliche Priester, demokratische Parteien wie der MNR sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung und die fortgeschrittenen Sektoren der Christdemokratie, würdige und ehrliche Armeeoffiziere, die entschlossen sind, den Interessen des Volkes zu dienen, und alle anderen Bereiche, Gruppen, Persönlichkeiten oder Elemente, die für die breiteste Demokratie für die Volksmassen, für eine unabhängige Entwicklung und für die Befreiung des Volkes eintreten.

Alle diese Kräfte bemühen sich zur Zeit um die Vereinigung in einem demokratischen und revolutionären Bündnis, in dem die politische und religiöse Ansicht jedes einzelnen voll respektiert wird. Die organisatorische Form dieses freiwilligen Bündnisses zum Dienst für das salvadorianische Volk wird das Ergebnis einer Übereinstimmung aller derjenigen sein, die daran teilnehmen.

## I. Politische Sofortmaßnahmen

1. Schluß mit der Repression gegen das Volk in allen Formen und Freiheit für die politischen Gefangenen.
2. Aufklärung der Verhaftungen und der Schicksale der Verschwundenen seit 1972 und Bestrafung der (militärischen oder zivilen) Verantwortlichen von Verbrechen gegen das Volk.
3. Entwaffnung und vollständige Auflösung der Repressionsorgane ANESAL, ORDEN, Nationalgarde, Nationale Polizei, Landpolizei, Grenzpolizei und ihrer jeweiligen „Sondereinheiten“; der „Schule für Aufstandsbekämpfung“ in Gotera und des sog. „Ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungszentrums der Streitkräfte (CIFA)“ in Zacateculuca, der Militärstreifen auf regionaler und Stadtviertel-ebene, der privaten paramilitärischen Banden der Oligarchie und jeder Art von Organisation, die tatsächlich oder dem Namen nach kriminelle Aktionen und Verleumdungen gegen das Volk und seine Organisationen unternimmt.  
Die fälschlich so genannten Sicherheitsorgane werden durch eine Zivilpolizei ersetzt.
4. Auflösung der gegenwärtigen staatlichen Gewalten (Exekutive, Legislative und Justiz), Aufhebung der Verfassung und aller Gesetze zur Änderung oder Ergänzung derselben.  
Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung wird ein Verfassungsgesetz erlassen und den Staat und seine Aktivitäten mit dem Ziel organisieren, die Rechte und Freiheiten des Volkes und die Verwirklichung der anderen Ziele und Aufgaben zu garantieren. (...)



## II. Strukturelle Veränderungen

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung wird:

1. das gesamte Bank- und Finanzwesen nationalisieren. Diese Maßnahme wird die Spareinlagen und andere öffentliche Interessen nicht berühren;
2. den Außenhandel nationalisieren;
3. die Stromversorgung und die entsprechenden in privater Hand befindlichen Produktionsunternehmen nationalisieren;
4. die Erdölraffinerie nationalisieren;
5. gemäß dem nationalen Nutzen die Enteignung der Monopolbetriebe in Industrie, Handel und Dienstleistungssektor verwirklichen;
6. eine grundlegende Landreform verwirklichen, die das Land, das sich bislang in Händen einiger Großgrundbesitzer befindet, den breiten Massen zur Verfügung stellen wird, die es bearbeiten. Dies wird nach einem wirksamen Plan geschehen, der die große Mehrheit der armen und mittleren Bauern und der bezahlten Landarbeiter begünstigt und die Produktionsentwicklung in Landwirtschaft und Viehzucht fördert. Die Landreform wird die Interessen der kleinen und mittleren Landeigentümer nicht berühren, die Anreiz und Hilfe erhalten werden, damit sie ständig besser produzieren können;
7. eine Stadtreform zugunsten der großen Mehrheit durchführen, ohne kleinen und mittleren Immobilienbesitz anzutasten;
8. das Steuersystem von Grund auf so umgestalten, daß die Zahlung von Abgaben die Arbeiter nicht verschuldet. Indirekte Abgaben auf Waren und Dienstleistungen des Massenkonsums werden gesenkt. Dies wird nicht nur durch die Reform des Steuersystems möglich werden, sondern auch, weil der Staat über hohe Einnahmen aus der Tätigkeit des nationalisierten Sektors der Volkswirtschaft verfügen wird;
9. wirksame Mechanismen der Kredithilfe, wirtschaftlichen und technischen Förderung der kleinen und mittleren Privatunternehmen in allen Wirtschaftsbereichen einrichten;
10. ein System der wirksamen Planung der nationalen Wirtschaft errichten, das eine ausgeglichene Entwicklung ermöglicht.

## III. Maßnahmen im sozialen Bereich

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung wird ihre Arbeit im sozialen Bereich an folgenden Zielen ausrichten:

1. Schaffung von genügend Arbeitsplätzen, um die Arbeitslosigkeit schnellstmöglich zu beseitigen.
2. Effektive Durchführung einer gerechten Lohnpolitik, die beruht auf:
  - a) Regulierung der Löhne unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten,
  - b) durchgreifender Kontrolle und Senkung der Preise von Waren und Dienstleistungen im Bereich der Grundbedürfnisse,
  - c) einschneidender Vermehrung der sozialen Dienstleistungen für die große Mehrheit des Volkes (soziale Sicherheit, Erziehung, Freizeitangebote, Gesundheit usw.).
3. Beginn eines umfassenden Wohnungsbauprogramms für das Volk.
4. Schaffung eines einheitlichen nationalen Gesundheitsdienstes, der der gesamten Bevölkerung (in der Stadt und auf dem Land) wirksame medizinische Versorgung garantiert, die vor allem auch vorbeugend sein soll.
5. Durchführung einer umfassenden Alphabetisierungskampagne, die schnellstmöglich die soziale Krankheit des Analphabetentums ausrottet. (...)

Nur die Oligarchie, der US-Imperialismus und jene, die ihren anti-patriotischen Interessen dienen, wehren sich und arbeiten gegen diese Veränderungen. Seit dem 15. Oktober 1979 haben einige Parteien und Bereiche den vergeblichen Versuch gemacht, aus der Regierung heraus weite Teile der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen in Gang zu setzen, ohne vorher die alte reaktionäre Macht zu zerschlagen und ohne eine tatsächliche revolutionäre Volksmacht aufzubauen. Diese Erfahrung hat mit aller Klarheit bewiesen, daß diese Umwälzung nur von der vereinigten revolutionären Bewegung im Bündnis mit allen demokratischen Kräften bewerkstelligt werden kann.

Die Stunde des historischen Sieges der Freiheit, für die das salvadorianische Volk gekämpft und so viel Blut vergossen hat, ist nahe. Nichts und niemand kann das verhindern.

Für die Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte!

Vorwärts zur Demokratisch-Revolutionären Regierung!

(Quelle: Frente Democrático Revolucionario, Programmatische Plattform, Hrsg. Informationsstelle El Salvador e.V., München, o.J., S. 7-21)

Die DRU schuf sich umgehend ein Oberkommando, zusammengesetzt aus S. Cayetano Carpio (FPL), Ernesto Jovel und später Ferman Cienfuegos (RN), Shafiq Jorge Handal (PCS) und Joaquin Villalobos (PRS/ERP), und andere beigestellte Organe wie etwa den Generalstab.

Am 10. Oktober 1980 erklärte die Linksorganisationen ihre Absicht, eine einheitliche aufständische Armee, die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) zu formieren. Diesem Vorhaben schloß sich kurz darauf die Revolutionäre Partei der Arbeiter Mittelamerikas (PRTC) an. Die nunmehr fünf militärisch-politischen Linksorganisationen unterzeichneten schließlich am 5. Dezember 1980 ein Abkommen, mit dem die Vereinigung der verschiedenen Guerillagruppierungen zu einer FMLN-Streitmacht unter einem einheitlichen Oberkommando (der DRU) endgültig festgemacht wurde.

Noch im gleichen Monat bildeten die FMLN und FDR ein gemeinsames Führungsorgan, die Politisch-Diplomatische Kommission der FMLN/FDR. Sie ist autorisiert, beide Fronten nach außen hin zu repräsentieren. Ihre zur Jahreswende 1980/81 eröffnete diplomatische Offensive trug wesentlich zu dem internationalen Durchbruch bei, den die salvadorianische Befreiungsbewegung im Jahr 1981 erzielen konnte.

## Radikale Veränderungen durch die Offensiven 1981

Ein weiteres Element dieses Einigungsprozesses ist die Gründung des progressiven gewerkschaftlichen Dachverbandes Komitee für Gewerkschaftliche Einheit El Salvadors (CUSS) im Mai 1980. Die CUSS repräsentiert rund 85% aller organisierten Industriearbeiter und spielt damit die Schlüsselrolle bei der Organisation nationaler Streiks der städtischen Lohnabhängigen.

Der Gewalteininsatz gegen die Gewerkschaftsbewegung nahm überhand, just nachdem diese mit zwei Generalstreiks vom 24./25. Juni und vom 13.-15. August 1980 die Wirtschaft und das öffentliche Leben El Salvadors weitgehend lahmgelegt hatte. Beide Male hatte die FDR zu der landesweiten Aktion aufgerufen. Nach der Januaroffensive 1981 wurde die Verfolgung jeder gewerkschaftlichen Aktivität zur Regel. Die Selbstverteidigungsanstrengungen der Arbeiter wurden erhöht, viele Gewerkschafter gingen zur Guerilla.

Mit ihrer Generaloffensive, die die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti am 10. Januar 1981 eröffnete, setzte eine radikale Kräfteverschiebung im Lande ein.

Die FMLN führte in diesen Tagen gleichzeitig größere Operationen in 2/3 des Landes durch. Immer noch eine „Armee im Entstehen“, sammelte die FMLN wertvolle Erfahrungen im Kombinieren von Guerillaaktionen mit größer angelegten Angriffen der aufständischen Armee. Der FMLN gelang es ferner, größere Waffenkontingente zu erbeuten, ihr Stützpunktnetz auszubauen und die von ihr fest kontrollierten Gebiete in mehreren Landesteilen zu erweitern, insbesondere in den Provinzen Morazán und Chalatenango.

Die FMLN war in diese Auseinandersetzungen mit rund 4.000 Guerilleros und über 5.000 Volksmilizionären gegangen und konnte deren Zahl und Schlagkraft deutlich erhöhen, ihre Verankerung in der Bevölkerung ausbauen.

Damit ist eine Seite beschrieben, die die Erkämpfung kontrollierter Gebiete im Laufe des Jahres 1981 in Morazán, Chalatenango, Cabañas, Cuscatlán (Guazapa-Vulkan), San Salvador, Usulután, San Vicente (Vulkan von San Vicente), San Miguel und La Unión so bedeutend macht. Sie dienen als feste Rückzugs-, Nachschub- und als Ausgangsgebiete für sporadische Ausfälle in angrenzende Landesteile.

Von diesen auf 9 Provinzen (von insgesamt 14 in El Salvador) verteilten kontrollierten Zonen aus konnte die FMLN





darangehen, die militärische Infrastruktur im nichtkontrollierten Bereich aufzubauen bzw. zu reorganisieren (so in San Salvador) und der vom Staatsterrorismus tagtäglich attackierten zivilen Opposition größeren Schutz und Selbstverteidigungsfähigkeit zu geben.

Da die Streitkräfte bei ihren Gegenoffensiven in zunehmendem Maße zum breitangelegten Artilleriebeschuss, zum Hubschraubereinsatz, zu Bombenangriffen und zur Taktik der „verbrannten Erde“ (einschließlich Massakern, Massenvertreibungen der Zivilbevölkerung) übergingen, mußte die FMLN neue Kampftechniken entwickeln und bevorzugte sie einen variablen Bewegungskrieg. Beispielsweise setzte sie dem Luftkrieg und Ansturm von bis zu 5.000 Juntasoldaten Überlebens- und Schutztechniken nach vietnamesischem Vorbild entgegen, so mit dem Anlegen von Tunnelsystemen.

## Die Ausweitung der Volksmacht

Andere klassische Methoden des revolutionären Volkskrieges sollten im Zuge einer neuen **Offensive im Juli/August 1981** zur Anwendung gebracht werden. Konsequenzen: Die Anlagen der nationalen Energieversorgung (Hochspannungsmasten, Leitungen, Kraftwerke) wurden in dieser Phase durch Sabotageakte zeitweise zu 3/4 lahmgelegt. Bis Ende 1981 gelang es der Guerilla die Hälfte der Eisenbahnlokomotiven außer Gefecht zu setzen und 20 Brücken zu sprengen, darunter am 15.10.1981 die wichtige 1064 m lange Puente de Oro (Goldene Brücke).

Die FMLN verbuchte so in der zweiten Jahreshälfte 1981 stetige Positionsgewinne, und übernahm selbst die Initiative. Bei den „Säuberungs“aktionen der Juntatruppen demonstrierte die Guerilla ein ums andere Mal ihre größere Beweglichkeit, Kampfmoral und ihre stark verbesserte Koordination.<sup>12</sup>

Von **Januar-März 1982** ging die FMLN an verschiedenen Fronten erneut in die **Offensive**. Zu den spektakulärsten dieser Aktionen zählten: Die Einnahme der Städte Nueva Trinidad und San Fernando in Chalatenango, von Jocaitique, Sensembra und Corinta in Morazán sowie von Teilen Usulutans; die Stürmung des Militärflughafens Ilopanga am 27. Januar 1982, wobei 28 Flugzeuge und Hubschrauber der Armee und damit 2/3 ihres Bestandes zerstört wurden; am 25. März 1982 besetzten FMLN-Einheiten für rund 1 Woche die viertgrößte Stadt des Landes, Usulután, und am 28. März 1982, dem Tag der Wahlen, nahm die FMLN die Stadt Apopa, 12 km nördlich von San Salvador, sowie eine Reihe von Außenvierteln der Hauptstadt ein. Ebenfalls Ende März eroberte die Guerilla kurzweilig Stadtteile in den Provinzhauptstädten San Vicente, Zacatecoluca und Santa Ana. Hinter diesen Operationen wird ein weiteres neues Moment der FMLN-Strategie sichtbar. Ihr Eindringen in Stadtteile oder Orte, um sie vorübergehend zum Zweck der Organisation der Bevölkerung und ihrer Vorbereitung auf bewaffnete Aufstandsaktionen zu besetzen, wird zusehends zu einer landesweiten Erscheinung.

Die FMLN zählte bis zum Herbst 1981 rund 550 Verwundete und Gefallene (250), während die Vergleichszahlen bei der Juntatruppe die 2.000-Grenze weit überstiegen. Letztere sind offensichtlich trotz des ansteigenden Waffenüberhangs (infolge der US-Aufrüstungshilfen) stark demoralisiert, weshalb sie derzeit von ca. 20.000 auf über 25.000 Mann erweitert werden. Die FMLN kann demgegenüber heute – laut FMLN-Kommandant Ferman Cienfuegos – auf 6.000 Guerilleros bzw. Kämpfer der aufständischen Armee und 20.000 bewaffnete Volksmilizionäre verfügen und hat 20-25% des Landesterritoriums fest unter Kontrolle.<sup>13</sup> Sie kann auf eine weitaus größere Unterstützung durch die Bevölkerung und eine ungleich höhere Kampfmoral bauen.

Zum Jahresbeginn 1982 kämpfte die FMLN immerhin in 13 der 14 Provinzen El Salvadors. Fest kontrollierte Gebiete unterhielt sie in 9 Provinzen, die größtflächigsten in der nördlichen, an Honduras angrenzenden Region (Chalatenango, Cabañas, Morazán) und östlich des Rio Lempa (Usulután). In diesen kontrollierten Zonen (siehe nachstehendes Gespräch) gibt es Niederlassungen bzw. feststehende Lager der FMLN, von Selbstverteidigungseinheiten und Volksmilizen. Und hier entsteht die revolutionäre Volksmacht, bilden sich die Fundamente der neuen Gesellschaft heraus.

### Anmerkungen:

- 1) Granma. Weekly Review, Havanna, 25.1.1981
- 2) A. Gomez, Farabundo Marti. Volksaufstand in El Salvador 1932, München 1980, S.18
- 3) Vgl. SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 6/29.11.1981; NACLA, New York, Nr. 2/März-April 1980, S.16; Lateinamerika Nachrichten (LAN), Berlin-West, Sondernummer zu El Salvador, Mai 1980, S. 102ff. und 10ff.
- 4) Vgl. SALPRESS..., a.a.O.; Informationsdienst El Salvador (IDES), Berlin-West, Nr. 42/17.7.1981; Gewerkschafter in El Salvador, hrsg. vom Arbeitskreis Lateinamerika Düsseldorf, Köln 1982, S. 18-23; Interview mit S. Cayetano Carpio, in: Granma..., 30.3.1980
- 5) Laut Sh. Jorge Handal, in: Horizont, Berlin, Nr. 26/1977
- 6) Granma..., 30.3.1980
- 7) Vgl. Granma..., 30.3. und 18.5.1980; LAN, a.a.O., S. 173ff. und Por Esto, Mexiko-Stadt, 25.3.1982
- 8) Vgl. NACLA, a.a.O., S. 16-20; LAN, S. 56, 71-76 und 150ff.; und Nicaragua Aktuell (NA), Kiel, Nr. 16-17/1982, S. 12-14
- 9) Zit. nach: Plataforma Común, San Salvador, September 1979, S. 1-6 und AIB 4/1980, S.5
- 10) AIB 4/1980, S. 9-11
- 11) Manifest der DRU in: Granma..., 29.6.1980
- 12) Daten nach: Latin American Weekly Report, London, 4.9., 23.10. und 4.12.1981; AIB 11-12/1981, S.46; SALPRESS..., Nr. 9/20.12.1981-2.1.1982 und Nr. 8/13.12.1981; IDES, Nr. 66/8.1.1982
- 13) Daten nach: NA, Nr. 16-17/1982, S. 21ff.; Newsweek, New York, 4.1.1982; Le Monde, Paris, 6.12.1981



**Gespräch mit Comandante Ricardo Gutierrez**

# So wächst die Volksmacht inner- und außerhalb der kontrollierten Gebiete



An die 53 Tage, die die Kämpfe um den Vulkan Guazapa, 30 km nördlich von San Salvador, andauerten, werden sowohl die Nationalgardisten und regulären Armeesoldaten der Brigade Atlacatl als auch die beteiligten Kämpfer der zentralen Front „Modesto Ramirez“ der Nationalen Befreiungsfront Farabundo' Marti (FMLN) noch lange denken. Genau 53 Tage brauchten die Regierungstruppen mit einer Stärke von 4.000 Mann, unterstützt von Jagdbombern, Artilleriehubschraubern, Kanonen und Mörsern, um eine einzige Stellung der Aufständischen, El Roblar, zu erobern.

Beim Appell stellten die vollkommen überrumpelten Militärs 150 Mann Verluste in den eigenen Reihen fest. Einer der Offiziere, verantwortlich für die breitangelegte Operation, mußte zugeben, daß „wir gegen erfahrene Leute kämpfen, die eine hohe Kampfmentalität und ausgezeichnete Kenntnisse der Gegend und der Guerillataktik besitzen“. Der Stratege und Urheber der Taktik in Guazapa ist Comandante Ricardo Gutierrez, 30 Jahre, Mitglied des Generalstabs der zentralen Front „Modesto Ramirez“ der FMLN. Nur durch seinen Sachverstand, seine hohen militärischen Fähigkeiten und seine guten Kenntnisse der Gegend wie der Taktik des Juntaheeres war es möglich, daß sich seine Truppen aus der Umklammerung befreien und sich mit tausenden Zivilisten bei geringen Verlusten zurückziehen konnten.

Comandante Ricardo ist auch ein politischer Analysator mit viel Erfahrung. In der Zone, um die er sich zu kümmern hat, legt er speziellen Wert darauf, die Massen, die Milizen und die Organe der Selbstverteidigung dazu zu motivieren, sich dem Studium und der politisch-ideologischen Ausbildung zu widmen. Und man sagt, daß er einer der Organisatoren der Poder Popular (PP), der Volksmacht, in den Zonen sei, die von der FMLN politisch und militärisch kontrolliert werden. Davon handelt dieses Gespräch.

FRAGE: Welche Strukturen haben die Poder Popular (Volksmacht)?

COMANDANTE RICARDO: Es sind die Strukturen der Macht der Massen in den Gebieten, in denen sich die revolutionären Kräfte entwickeln. In der Praxis ersetzt die Volksmacht (PP) die politische, ökonomische, militärische und soziale Macht des Feindes im ganzen Gebiet. Auf dieser Basis wird die neue Volksorganisation aufgebaut.

Die Konkretisierung der PP ist nichts als die Errungenschaft des Volkes, Herr über sein Schicksal zu sein, die Organisation des politischen, sozialen, ökonomischen und militärischen Lebens in die eigenen Hände zu nehmen.

FRAGE: Was ist die Funktion der PP?

COMANDANTE RICARDO: Ökonomisch besteht die Funktion der PP darin, der Produktion und Verteilung Orientierungen zu geben, gleichzeitig die Kooperationsbeziehungen, die sich im Produktionsprozeß ergeben, zu koordinieren, und das alles im Krieg.

## Produktion und Selbstverteidigung

Die PP wacht auch über die Entwicklung des sozialen und familiären Lebens. Vor allem auf dem Lande ergeben sich aufgrund der sozialen Beziehungen unter dem früheren System eine Reihe von Verhaltensweisen, die Anlaß zu Zusammenstößen zwischen Familien und Personen geben. Dann hat die PP die Pflicht, zu vermitteln und auf gute soziale Beziehungen zu achten.

Außerdem gibt sie Anstöße zu Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, die im Augenblick in den Zonen, die wir unter Kontrolle haben, voll im Gange sind. Schließlich gibt die PP die Leitlinien aus für das politische Leben in den Zonen, die von den revolutionären Kräften kontrolliert wer-

den.

FRAGE: Was sind im Moment die wichtigsten Fortschritte der PP?

COMANDANTE RICARDO: Sie hat sich am besten und breitesten in den ländlichen Zonen entwickelt, dort gibt es die größten Fortschritte.

Die Alphabetisierungskampagnen waren in Chalatenango, San Vicente, Cabañas, Usulután, Guazapa und Morazán besonders erfolgreich. Dort nehmen die Guerilleros nächtliche Studienzirkel auf sich. In einigen Zonen existieren Luftschutzräume, die als Klassenzimmer benutzt werden, um die Alphabetisierung auf alle Fälle durchzuführen.

Auf dem Gebiet der Produktion hat die PP wichtige Aufgaben erfüllt. Mit der Verschärfung des Krieges haben viele große und mittlere Grundbesitzer ihre Ländereien verlassen, die in der Zone liegen, die von der Guerilla kontrolliert wird.

Der PP kommt die Aufgabe zu, die Ländereien entsprechend einem Produktionsplan, aus dem die ganze Gemeinschaft Nutzen zieht und der in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des Volksbefreiungsheeres steht, zu kontrollieren und zu verwalten. An allen Kriegsfrenten rechnet man schon mit dem Land, das für die Produktion von Lebensmitteln für die Bevölkerung und das Volksheer verwendet wird.

Auch Vieh wird verwaltet, allein in der Küstenregion von San Vicente gibt es mehr als 500 Stück Schlachtvieh und 60 Stück Milchvieh, alles der Oligarchie entrissen.

Die PP orientiert und leitet die Politik in den Zonen an, die von den revolutionären Kräften beherrscht werden. Wie ich schon gesagt habe, hat die PP ihre Strukturen vor allem auf dem Lande aufgebaut. Dort ist es ihr gelungen, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: Im Bereich der Bildung bei der Alphabetisierung hat sie sich gut entwickelt, die revolutionären



Schulen funktionieren. Wir haben auch unmittelbare Erfolge im Bereich der Fischerei und der Zuckerproduktion. Um all diese Arbeit durchführen zu können, gibt es natürlich einen entscheidenden Punkt, die führende Rolle der Partei gegenüber der PP. In unserem Falle hat die Organisation der FMLN die Bildung und Entwicklung der PP unter sich. Das heißt nicht, daß die PP dasselbe ist wie die FMLN, denn hier sprechen wir von einer neuen Volksorganisation, die breit ist und alle Aspekte umfaßt.

Und was die Beziehung zwischen PP und den bewaffneten revolutionären Kräften, den Milizen und revolutionären Heer angeht: Die Miliz ist in die PP eingegliedert, doch erhält die Miliz ihre Direktiven und Befehle von den Leitungsorganen der Streitkräfte. Aber sie ist zugleich Teil der PP, da sie die äußerst wichtige Aufgabe hat, die Massen bei der Verteidigung ihrer Güter und ihres Lebens zu sammeln und ihnen Orientierungen zu geben.

Hinzu kommt die Verbindung der PP mit anderen bewaffneten Kräften wie Guerilla und Heer, um verschiedene Aspekte abdecken zu können: Die Bedürfnisse der Guerilla und des Heeres an Lebensmitteln müssen befriedigt werden; in Bezug auf die Informationen, die die Bevölkerung erhält, und die sehr viel zum Handeln unserer Kräfte beitragen; für die Zusammenarbeit bei der Verlagerung der Kräfte bei Angriffen des Feindes; bei der Koordination, um jedesmal besser den Vernichtungsoffensiven, die die Juntatruppen durchführen, entgegenzutreten zu können. Hier ist es wichtig, die Entwicklung der PP zu sehen, die in Beziehung steht zur Entwicklung des Krieges in bestimmten Zonen und an bestimmten Orten, sowohl in den Siedlungen als auch auf dem Land und die sich besser in Zonen entwickelt, wo das Niveau der Leitung der Kräfte, das Kampfniveau fortgeschrittener ist.

FRAGE: Wie ist die Struktur der Volksmacht? Wer ist Teil der PP in der Gemeinde?

COMANDANTE RICARDO: Die PP hat eine Grundstruktur, die von der Volksversammlung gebildet wird, an der die gesamte Bevölkerung einer bestimmten Gegend teilnimmt. Dieses Organ wählt die Leitung der PP, die je nach der Entwicklung der Zone variiert. Eigentlich wird sie von der Volksversammlung eines Gebietes gewählt und besteht aus dem Vorsitzenden und außerdem 4-5 Genossen, je nach Um-

fang der Aufgaben und Aktivitäten aus den Bereichen Produktion, Erziehung und Soziales des jeweiligen Stützpunktes. Außerdem nehmen an ihr direkt der Führer der Milizen dieses Stützpunktes und der Verantwortliche der Partei, der FMLN, teil.

## Drei Arten von Kampfzonen

Zweifellos ist es keine homogene Struktur. Das kann sie zur jetzigen Zeit auch nicht sein, da sie der Kriegsentwicklung in den verschiedenen Teilen entspricht, d.h. wir finden hier drei Arten von Zonen vor:

1. **Zonen unter Kontrolle der Guerilla**, die zwischen dem Zentrum und Norden des Landes sind, in den Regionen, wo der Feind vom Land vertrieben wurde. An einigen Orten hält er nur die militärische Macht in den Kasernen, aber das Umland wird von der Guerilla kontrolliert. In diesen Zonen gelingt es, die PP zu entwickeln, sowohl in den Volksversammlungen, als auch in der Organisation, die wir erwähnt haben. (...)

2. **Die Zonen, die umkämpft sind**; sie befinden sich mehr im Landeszentrum. Es ist offensichtlich, daß die Entwicklung der Guerillaeinheiten und die Kontrolle des Geländes geringer sind. In diesen Zonen herrschen im wesentlichen dieselben Bedingungen wie in den Zonen, die von den revolutionären Kräften kontrolliert werden, doch gelingt es dem Feind gelegentlich, mit seinen Vernichtungsfeldzügen einzufallen und zeitweilig die Kontrolle über Teile der Zone zu erlangen.

Also muß die Entwicklung der Volksmacht flexibler und variabler in ihrer Form sein: Wir müssen ihre Arbeit sowohl zu Zeitpunkten betrachten, wo sie unter Kontrolle der revolutionären Bewegung ist als auch zu Zeiten, wo es dem Feind gelingt, einzudringen und sich die Streitkräfte und die Bewegung verlagern müssen und die Funktion ihrer Macht gewährleistet werden muß.

Grundsätzlich funktioniert sie mit demselben Aufbau, aber sie ist flexibler, da die Grundbesitzer und Kleinproduzenten Macht besitzen. Außerdem gibt es zahlreiche Fincas und Haciendas auch von großen Landbesitzern wie dem ISTA



Schneiderwerkstatt und Volksversammlung im von der FMLN kontrollierten Gebiet



FMLN-Meeting in kontrollierter Zone in Morazán



(staatliches Landwirtschaftsinstitut; d. Red.), die teilweise vom Gegner verlassen werden. Dann kontrolliert die PP sie und entwickelt eine Reihe von Produktionsformen. In diesem Sinne wird die Arbeit der PP mit den bewaffneten Kräften koordiniert, sowohl mit der Miliz als auch mit der Guerilla, die dort ständigen Angriffen des Feindes ausgesetzt sind.

3. Schließlich gibt es Zonen, die vorübergehend noch vom Gegner besetzt sind. Dort übt er noch hauptsächlich die Kontrolle aus.

Es sind vor allem die Städte wie San Salvador, San Miguel, Usulután, Suchitoto, Sonsonante. Dort wird die PP immer noch nach demselben Prinzip geführt, aber unter anderen Formen: Ihre Entwicklung muß vollkommen geheim vor sich gehen und in einem begrenzteren und vorsichtigeren Rahmen.

Es ist wichtig zu sehen, wie sich die Volksmacht in der Hauptstadt entwickelt hat, vor allem in den Außenbezirken, wo seit der Januaroffensive (1981; d. Red.) das Volk sich massenhaft der PP anschließt. Der Feind entfesselt große Offensiven: Es kommt dort der PP die Aufgabe zu, dem in sehr vielfältiger Form entgegenzuwirken und ihre Zusammenarbeit bei der Bildung von Guerillaeinheiten in den Städten und Dörfern zu entwickeln. Ich sage das, da die Arbeit im Geheimen verborgener, geheimere Verbindungen mit den bewaffneten revolutionären Kräften erfordert, um den Angriffen des Feindes zu begegnen.

In diesen Zonen nimmt die Macht mit der Verankerung in der Bevölkerung und der Entwicklung geheimer Organisationsformen in allen Orten einer Gegend zu. Es wird die Arbeit in einer Gegend und ihrem Hinterland aufgenommen nicht nur, um diejenige Zone zu entwickeln, sondern auch zur Hilfe und Zusammenarbeit mit den Zonen, die unter revolutionärer Kontrolle sind.

### Basen im Herzen des feindlichen Hinterlandes

Auf diese Art werden – unter sehr schweren Bedingungen – solide Basen in der Struktur der PP im Herzen des feindlichen Hinterlandes aufgebaut. Sehr wichtig und entscheidend ist hier wegen der Komplexität ihrer Entwicklung die stetige Führung durch die FMLN.

FRAGE: Kann man sagen, daß die außerordentliche Organisation der Massenbewegung, die in El Salvador existierte, sich in diese Struktur der PP verwandelt hat?

COMANDANTE RICARDO: Man kann nicht sagen, daß sie sich verwandelt haben. Man kann sagen, daß sie die Grundlage der Strukturen der PP sind in dem Sinne, daß die PP zu keinem Zeitpunkt die Verneinung oder Umwandlung der Massenorganisationen bedeutete, aber die Massenorganisationen sind die Basis der PP. Und die PP ihrerseits gibt Orientierungen aus und konkretisiert die Arbeit der Volksorganisationen, vor allem auf dem Land bei den Organisationen der Landarbeiter, in der Stadt bei den Volkskomitees der Stadtteile und bei den Arbeitersiedlungen sowie bei den Gewerkschaften und in den Fabriken. Ihre Arbeit reicht bis hin zur Beteiligung an der Studentenbewegung, gegen die eine repressive Offensive durchgeführt wird und die in dem Eingriff in die Universität gipfelt. Das macht die Koordinierung und Ausweitung der studentischen Arbeit in den Zentren schwierig, aber sie macht in den Stadtteilen und Dörfern eine Basis aus, auf der man aufbauen kann. Und dies spielt bei der Koordinierung eine wichtige Rolle.

Wir halten die Massenorganisationen für sehr breit und in diesem Sinne können wir diese offenen Strukturen nicht zerstören, noch haben wir das Recht, den Massen das Recht auf Bildung ihrer Gremien abzusprechen. Denn es sind diese

Gremien, mit denen sie sofortige ökonomische und soziale Fortschritte erkämpfen können.

FRAGE: Wie ist zur Zeit die nationale Entwicklung, wie das Niveau der Koordination der Volksmacht?

COMANDANTE RICARDO: Vor allem in den letzten Monaten hat die PP viel Kraft gewonnen, hauptsächlich in den Provinzen Chalatenango, im Norden von Cuscutlán, im Nordosten von San Salvador, in Cabañas, San Vicente, Usulután, im Norden von San Miguel und Morazán. Wir können sagen, daß sich die PP in diesen Gegenden entwickelt und konsolidiert, angefangen bei ihren grundlegenden und einfachsten Strukturen. (...)

In diesen Gebieten ist die PP ziemlich stark. Man kann sagen, daß in den Zonen im Norden von San Salvador, Usulután und in einigen Teilen von Cabañas und San Vicente große Gebiete von der Guerilla kontrolliert werden. Die Entwicklung und der Aufbau der PP schreiten dort schnell voran. Es ist wichtig zu sehen, daß trotz der feindlichen Angriffe auf Usulután die PP sich entwickelt und ihre Leitungsstrukturen gefestigt hat. Die Massen haben die Arbeit über die Volksversammlungen mit sehr viel Kreativität in Angriff genommen.

### Umkämpfte Zone auch um San Salvador

In San Salvador ist die PP relativ stark im Verhältnis zur Repression, die der Feind ausübt, denn die Hauptstadt wird von ihnen als ihr Hinterland angesehen. Hier ist es wichtig zu beachten, wie es der PP durch ihre Arbeit im Untergrund gelungen ist, eine relativ gute Kontrolle über die Vororte zu erlangen, vor allem im Norden und im Nordosten.

Im Westen El Salvadors, wo die Volkskräfte noch schwach sind, spielt sich die Entwicklung der PP vor allem in den Provinzen Santa Ana, La Libertad und Metapán ab. (...)

FRAGE: Wie ist die Entwicklung der Volksmacht (PP) in der Zone, die Sie kontrollieren?

COMANDANTE RICARDO: An der zentralen Front, die genauer gesagt San Salvador umfaßt, hat die PP eine Zone, die wir als umkämpft bezeichnen. Es ist die Umgebung der Hauptstadt in einem Umkreis von ungefähr 20-25 km; dann eine Zone, die unter Kontrolle der Guerilla ist, die den Norden umfaßt, vor allem Chalatenango, Cabañas und Cuscutlán.

In Chalatenango ist es uns gelungen, die PP stärker auszubauen und sie entspricht einer beträchtlichen Bewegung der revolutionären Kontrolle. Offensichtlich hat der Feind eine Offensive gegen diese Zone gestartet und versucht, die revolutionären Kräfte auszulöschen und die PP zu zerschlagen; zweifellos werden die breit angelegten Operationen eine nach der anderen niedergeschlagen. In der Zone im zentralen Norden, die Teile von San Salvador und Cuscutlán umfaßt und im westlichen Teil von Cabañas entwickelt sich die PP mehr im Untergrund, da der Feind große Vernichtungsaktionen und Aktionen zur Zerschlagung der Lebensgrundlagen der Massen durchgeführt hat.

Aber trotz der so schwierigen Bedingungen haben wir das ganze Erziehungs- und Gesundheitssystem angepaßt, auch an die Wirtschaft des Hinterlandes. Der Feind versuchte, unsere Kräfte zu vernichten und die Produktion zu zerstören, indem er Chemikalien abgeworfen hat (Napalm und weißen Phosphor). Doch hat es unser Erfindungsreichtum ermöglicht, uns unter großen Opfern weiterzuentwickeln.

Es geht weiter und eher früher als später werden wir die verbrecherische Maschinerie zerschlagen, die von den Verbrechern des nordamerikanischen Pentagon (US-Verteidigungsministerium; d. Red.) unterhalten wird.

(Quelle: Por Esto, Mexiko-Stadt, 17.12.1981, S. 24-28)



Alfonso I. Barrios

# Das Engagement der USA in El Salvador

„Je mehr Gewalt die salvadorianischen Streitkräfte anwenden, desto größer wird das Engagement der Reagan-Administration, desto größer wird die militärische US-Hilfe, aber diese Unterstützung wird nur die Zahl der Opfer erhöhen.“<sup>1</sup> Zu diesem Schluß kam der Rat für Angelegenheiten der Westlichen Hemisphäre (COHA), eine US-Institution, welche enge Beziehungen zum Kongreß in Washington unterhält.

Tatsächlich wurde von der Reagan-Administration nicht nur die Militär- und Wirtschaftshilfe für das salvadorianische Regime drastisch ausgeweitet, sondern auch das direkte Engagement der USA in dem mittelamerikanischen Land und in der Region. Längst zuvor aber wurden die Fundamente für den beherrschenden Einfluß der USA in El Salvador gelegt. Der politische Einfluß Washingtons wuchs mit dem beschleunigten Anstieg der US-Kapitalinvestitionen und der US-Militärhilfe seit Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre an.

Erst gegen Mitte der 50er Jahre gingen Kapitalinvestoren aus den imperialistischen Metropolen dazu über, auch Industriebetriebe in El Salvador zu errichten. Sie taten dies häufig in Gestalt von Gemischtunternehmen mit der salvadorianischen Bourgeoisie, angefangen bei der Schuhfabrik der US-Firma GENESCO (1953).

## US-Investitionsboom seit J.F. Kennedy

Der größte Teil der fremden Direktinvestitionen floß seit den 60er Jahren in dynamische Industriebranchen wie Chemie/Ölraffinerie (ESSO, Shell, Texaco), Pharmazie (Foremost, Bayer), Elektrogeräte (Westinghouse, Philips), Nahrungsmittel (Unilever) oder Papierproduktion (Kimberly-Clark). Gleichlaufend legten Auslandskonzerne beträchtliches Kapital in Vertriebsgesellschaften für diese Produkte an, um über solche Standortvorteile die Märkte El Salvadors und ganz Mittelamerikas zu erobern. Zu Anziehungspunkten für Fremdinvestoren wurden in El Salvador ferner die Kaffeevermarktung (Procter & Gamble) und der Bankensektor (First National City Bank 1964, Bank of America 1976).

Der Gesamtbestand ausländischer Direktinvestitionen in El Salvador stieg von 43 Mio Dollar im Jahr 1959 auf über 140 Mio Dollar im Jahr 1979 an, wovon laut vorliegenden Schätzwerten 50-60% allein aus den USA stammen dürften. Damit dominieren die US-Konzerne deutlich gegenüber den Konkurrenten aus Japan, Großbritannien, Holland, Kanada, Mexiko und der Bundesrepublik.<sup>2</sup>

Dieser Strom von Kapitaleporten nach El Salvador hing einerseits mit den Verlockungen zusammen, die man den Fremdinvestoren bot. Sie reichten von Steuer- und Zollvergünstigungen, dem Recht zur uneingeschränkten Rückführung der Reingewinne über langfristige Staatskredite bis hin zur Schaffung einer Freihandelszone in San Bartolo, wo die Regierung völlige Steuerfreiheit gewährte und ein Streikverbot verhängte. Eine vielleicht noch größere Attraktion für die internationalen Konzerne hat das bevölkerungsreiche El Salvador mit seinen Arbeitskräften zu bieten, da sie extrem billig (1980 lag der durchschnittliche Tageslohn bei 4 Dol-

lar) und in überschüssiger Zahl vorhanden sind.<sup>3</sup> Und noch etwas schätzen ausländische Unternehmer an ihren salvadorianischen Bediensteten: „Der Salvadorianer arbeitet gerne. Das ist ein nationaler Charakterzug.“ So die Worte eines Kleiderfabrikanten aus den USA.<sup>4</sup>

Der Einzug der US-Multis in El Salvador vollzog sich im Rahmen des Modernisierungsprogramms der sog. Allianz für den Fortschritt, das US-Präsident John F. Kennedy im Jahr 1961 den unterentwickelten Verbündeten im Süden verordnete. Mit rund 20 Mrd Dollar Außenhilfe und 80 Mrd Dollar Eigenaufkommen sollten Sozialreformen (Boden- und Steuerreformen!) angewandt und eine industrielle Entwicklung angekurbelt werden. Sozialen Explosionen wie auf Kuba sollte hiermit vorgebeugt werden.<sup>5</sup>

El Salvador wurde von J.F. Kennedy gar als Modellfall seiner Allianz für den Fortschritt hochgelobt: „Regierungen des zivilmilitärischen Typs El Salvadors sind die effektivsten in der Eindämmung des kommunistischen Vordringens in Lateinamerika.“<sup>6</sup>

Das Regime des Oberst Rivera (1962-67) war den in Washington regierenden Demokraten schon deshalb so sympathisch, weil es sich der Allianz für den Fortschritt mit Über-eifer anschloß: Die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN), die 1962 die abgewirtschaftete PRUD (Revolutionäre Partei der Demokratischen Vereinigung, gegr. 1945) als Regierungspartei ablöste, machte das Symbol von J.F. Kennedys Allianz zu ihrem offiziellen Parteisymbol. Als Partei der Militärs und des modernistischen Teils der Oligarchie ging die PCN den Weg der kontrollierten demokratischen Öffnung und großzügiger Infrastrukturinvestitionen.<sup>7</sup>

Die Folge: Die Multis halten in El Salvador zwar lediglich um die 15% des industriellen Kapitals, sind aber – wie eine Studie im Jahr 1974 ermittelte – an mindestens der Hälfte des „salvadorianischen Business“ beteiligt, teils in Form von Tochterunternehmen, teils in Form von Gemischtgesellschaften. In den modernen Branchen wie der Petrochemie, Elektro-, Düngemittel-, Fahrzeug- oder Metallindustrie fällt die dominierende Stellung der Multis, darunter solcher Weltspitzenreiter wie Esso (Exxon), Standard Oil, International Harvester oder U.S. Steel, noch deutlicher aus. Wichtige Positionen erlangte das US-Kapital bis Ende der 70er Jahre



Treffen von Juntapresident Duarte (r.) und R. Reagan 1981 in Washington



außerdem im Banken-, Fernmelde- und Transportsektor. Damit verbunden war der Abzug von Extraprofiten, von Hunderten Mio Dollars.

Damit verbunden war die Kontrolle weiter Teile der salvadorianischen Wirtschaft weniger im Interesse der nationalen Entwicklungsplanung, als im eigennützigen Profitinteresse der jeweiligen Muttergesellschaften. Diese neokolonialistische Abhängigkeit wurde noch verstärkt durch die Exportabhängigkeit von den USA, die Haupthandelspartner (Kaffeeabnehmer!) El Salvadors sind.

Monopolistische Positionen, aber auch Sperrminoritäten in wichtigen Wirtschaftszweigen geben den US-Multis eine beträchtliche Machtfülle. Sie traten als ein zweites, teils rivalisierendes Machtzentrum neben die „14 Familien“ El Salvadors. Und das wiederum erweiterte die Einwirkungsmöglichkeiten Washingtons namentlich auf den salvadorianischen Militär- und Sicherheitsapparat, den man zusehends in den Griff bekam.

Als „wichtigste politische Kraft des Landes“ bezeichnete das Pentagon (Verteidigungsministerium der USA) die Militärs El Salvadors. Man wußte Bescheid in Washington, hatten doch die USA seit dem Jahr 1957 – bis dahin hielten sie Offiziere aus Chile – die Monopolstellung bei der Ausbildung und Instruktion der salvadorianischen Armee, Nationalgarde, Nationalpolizei und Geheimdienste (insgesamt rund 20.000 Mann) inne. Mit einer Sicherheitshilfe von 16,7 Mio Dollar im Zeitraum 1950-79 war die Ausbildung von rund 2.000 salvadorianischen Offizieren durch US-Instrukteure, war deren durchgängige Modernisierung aller Repressionsorgane verbunden.

Sie wurden ausgebildet auf solchen Gebieten wie Aufstands-bekämpfung („Counterinsurgency“), militärische Geheimdiensttätigkeit oder Aufbau von Sondereinheiten zur Kontrolle von Unruhen bzw. „terroristischen Aktivitäten“.

Ab Mitte der 70er Jahre tätigten zwar auch Israel, Frankreich und Brasilien ansehnliche Rüstungsgeschäfte mit den salvadorianischen Diktatoren (darunter Kampfflugzeuge, Panzer, Maschinengewehre), doch blieben die USA weiterhin Waffenexporteur Nr. 1. Die Unterbrechung des Militärhilfeprogramms unter der Regierung Carter im Jahr 1977 wurde nach dem 15. Oktober 1979 mehr als ausgeglichen. Dank der Militärhilfe der USA wurde in den letzten 25 Jahren die Schlagkraft der Armeeteilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe, die insgesamt 7.000 bis 10.000 Mann zählen (zuzüglich 75.000 Reservisten), durchgängig erhöht.<sup>8</sup>

Diesen Einfluß machte die Carter-Administration geltend, als sie im benachbarten Nikaragua den Sieg der sandinistischen Volksrevolution (im Juli 1979) hinnehmen mußte und sich in El Salvador eine ähnliche Rebellion gegen die Militärdiktatur abzeichnete.

US-Unterstaatssekretär Viron Vaky, ein intimer Kenner El



US-Militärberater beim Unterweisen am Kampfhubschrauber in El Salvador

Salvadors, warnte damals vor einem Hearing des Kongresses: „Die zentrale Frage ist nicht, ob der Wandel sich ereignen, sondern ob er gewaltsam und radikal oder friedlich und evolutionär ablaufen wird.“ In einem Arbeitspapier für das State Departement (US-Außenministerium) erläuterte er, daß eine gewaltsame Lösung wegen der sehr weit fortgeschrittenen Polarisierung nicht mehr lange vermeidbar sei. Sein Vorschlag laute auf „Unterstützung von echten und seriösen Reformen durch Kooperation und gut angepaßte Hilfe“.<sup>9</sup>

Als der Diktator knapp einen Monat später, am 15. Oktober 1979, durch einen Militärputsch gestürzt und ins Exil USA ausgeflogen wurde, reagierte die Regierung Carter „erfreut“.<sup>10</sup>

Das State Departement sagte prompt folgende Hilfestellung für den Reformprozeß zu: „Wirtschaftshilfe von rund 50 Mio Dollar im Finanzjahr 1980 zur Förderung der Agrarreform und anderer Programme von direktem Nutzen für die Armen; Militärhilfe von 5,7 Mio Dollar im Finanzjahr 1980 in Form von Krediten zum Verkauf von Militärgütern, um die salvadorianische Armee zu befähigen, Nachrichten- und Transportausrüstungen zu kaufen, die ihnen helfen werden, die Durchführung der Agrarreform gegen Gewalt von rechts und links zu verteidigen. Wir würden sofort unsere Politik überprüfen, wenn es Anzeichen dafür gäbe, daß unsere Hilfe nicht dazu benützt würde, die Situation der Menschenrechte in El Salvador zu verbessern.“<sup>11</sup>

Natürlich hat die Carter-Administration vom Zusammenspiel von Sicherheitskräften, Armee, paramilitärischen ultrarechten Banden und von diesen mit US-Instrukteuren gewußt. Mehr noch, sie hat sie selbst vorangetrieben. Dieses Eingeständnis machten ca. 30 US-Regierungsbeamte im sog. Dissent Paper, einem Papier vom November 1980.<sup>12</sup>

### „Reform“hilfe der Carter-Administration

Die Carter-Administration untermauerte diese Aktivitäten mit einer dramatischen Ausweitung der Militär- und Sicherheitshilfe für die salvadorianische Junta. Keine drei Wochen nach deren Machtantritt stellte die US-Regierung 0,2 Mio Dollar für die Anschaffung von Tränengas, Gasmasken und kugelsicheren Westen für die Sicherheitskräfte bereit, um ihnen eine solidere Kontrolle von „Unruhen“ zu ermöglichen. Als Beigabe entsandte man ein sechsköpfiges US-Trainingsteam nach San Salvador.

Im Fiskaljahr 1980 (Oktober 1979 bis Oktober 1980) gewährte Washington der salvadorianischen Junta zudem 5,7 Mio Dollar für den Ankauf von militärischen Ausrüstungen, die darauf abgestellt waren, das Transport- und Kommunikationssystem der Aufstandsbekämpfung von Grund auf zu verbessern. Überdies autorisierte J. Carter im Dezember 1979 einen Etat von 0,3 Mio Dollar, der für die Ausbildung salvadorianischer Militärs in den USA bestimmt war.

Für das Fiskaljahr 1981 vergab die Regierung Carter 5 Mio Dollar für die Lieferung militärischer Ausrüstungen und 0,5 Mio Dollar zur Finanzierung militärischer Ausbildungsprogramme an El Salvador. Hinter letzterem verbarg sich die Entsendung von drei mobilen Ausbildungsteams der US-Armee (je 12 Mann), welche die salvadorianischen Juntatruppen in einem rotierenden Verfahren auf dem Gebiet des Nachrichtendienstes, der Logistik und der Kommunikation auf Vordermann bringen sollten.

Unter den bereitgestellten US-Rüstungsgütern befanden sich Kampfhubschrauber, Jeeps, Militärlastwagen, Patrouillenboote u.a. auf die Aufstands-Bekämpfung gemünzte Ausrüstungen. Alles in allem stellte die Carter-Administration der salvadorianischen „Reformjunta“ also im Zeitraum 1980/81 11,7 Mio Dollar an Militärhilfe zur Verfügung, zuzüglich einer Nothilfe von 15,3 Mio Dollar. Eine enorme



Summe verglichen mit den 16,7 Mio Dollar, die die USA diesem mittelamerikanischen Kleinstaat im gesamten Zeitraum 1950-79 gewährt hatten.

Sie wurde vervollständigt durch die von der Carter-Administration im Fiskaljahr 1980 verausgabte US-Wirtschaftshilfe von 50 Mio Dollar für El Salvador und durch von ihr erwirkte internationale Kreditvergaben in Höhe von 270 Mio Dollar: 110 Mio Dollar seitens der Weltbank und 160 Mio Dollar seitens der Interamerikanischen Entwicklungsbank.<sup>13</sup>

## Agrarreform – Vehikel zur Aufstandsbekämpfung

Ein Kapitel für sich war schließlich das US-Engagement in Sachen Agrarreform. Denn was da vom State Departement als Werk „für die Armen“ feilgeboten wurde, ist voller Ähnlichkeiten mit jenem „Befriedungsprogramm“, das unter der Regie des CIA während des US-Vietnamkrieges (1964-73) angewandt wurde:

Die Übereinstimmung beginnt bei der personellen Identität ihres Architekten, des Washingtoner Rechtsprofessors Roy Prostermann. Er, der seinerzeit das Agrarreformprogramm für Südvietnam entwarf und an dessen Durchführung vorort beteiligt war, nahm im Auftrag des Amerikanischen Instituts für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD) im Frühjahr 1980 das Reformprojekt in El Salvador in die Hand. Bei dieser Mission assistierten ihm weitere erfahrene AIFLD-Beamte wie Michael Hammer und Mark Pearlman. Seit den 60er Jahren ist es ein offenes Geheimnis, daß das AIFLD als „Frontorganisation“ des CIA fungiert und seine Finanzen vornehmlich von der US-Agentur für Internationale Entwicklung (AID) bezieht, also in die offizielle Außenpolitik Washingtons eingebunden ist.

Das von R. Prosterman neu eingebrachte Landreformkonzept wurde in Gestalt des Dekrets 207 am 28. April 1980 von der dritten salvadorianischen Junta, in der die ultrarechten Kräfte den Ton angaben, verkündet. Abgesehen von den Streitkräften, der Nationalgarde und den paramilitärischen ORDEN-Kommandos konnte sich R. Prostermans Team namentlich auf die kleinbäuerliche Salvadorianische Kommunale Union (UCS) stützen, die in den 60er Jahren von der AIFLD selbst gegründet worden war.



„Nutznießer“ der Agrarreform

Roy Prosterman selbst gab als oberstes Ziel einer solchen Landreform „die Erweiterung der Basis der Junta“ an, da „der Großteil des bäuerlichen Sektors in El Salvador unorganisiert oder von der extremen Linken radikalisiert“ sei. Falls jedoch „die Reformen erfolgreich durchgeführt werden“, so setzte R. Prosterman Mitte 1980 hinzu, „dann wird der Ansturm der bewaffneten Linken bis Ende 1980 endgültig eliminiert sein“.<sup>14</sup>

Mit der Anwendung dieses AIFLD-Programms, das für die Aufstandsbekämpfung im Dienste einer reformfeindlich geführten Junta maßgeschneidert war, kam es zur weiteren Verschärfung der Massenrepression.

Nach Ermittlungen kirchlicher Stellen stiegen in den von der Agrarreform erfaßten Gebieten (Cabañas, Chalatenango, Morazán) die monatlichen Mordziffern im Zeitraum März bis Juni 1980, der Auftaktphase der Reform, von rund 500 auf 1.000. Die Opfer waren Großteils Mitglieder oder mutmaßliche Sympathisanten der Volksorganisationen.<sup>15</sup> Das Verfahren lief in der Regel so ab, daß Juntatruppen mit vorgefertigten Listen über „Linksverdächtige“ in Dörfer bzw. Kooperativen eindringen, um diese an Ort und Stelle zu liquidieren.

Reform als Vehikel für systematischen Massenmord.

## „Entscheidungsschlacht“ unter R. Reagan

Die Reagan-Administration stellte unmittelbar nach ihrem Amtsantritt (20.1.1981) klar, daß sie das militärische Engagement auf seiten der salvadorianischen Junta auszuweiten gedente.

US-Außenminister A. Haig lancierte, gestützt auf gefälschtes Material (Weißbuch 1 und 2)<sup>16</sup>, Kampagnen gegen eine angebliche „kommunistische Intervention in El Salvador“. So hoffte man in Washington, meisterlich vom eigenen Interventionismus in diesem Land ablenken und zugleich den US-Kriegskurs gegen Nicaragua und Kuba legitimieren zu können.

Dahinein gehört die forcierte Nutzung von Honduras als Aufmarschbasis im Kampf gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung. Zunehmend assistieren honduranische Truppen der salvadorianischen Nationalgarde, Armee und paramilitärischen ORDEN-Banden bei Einsätzen gegen die Befreiungsbewegung FMLN im Nordosten El Salvadors oder gegen salvadorianische Flüchtlinge.

Geht es nach den honduranischen Militärs, so sollen alle salvadorianischen Flüchtlinge umgesiedelt oder vertrieben werden. Dahinter verbirgt sich – wie die Agentur SALPRESS berichtete – der offenbar zwischen den Alliierten Honduras, El Salvador und USA abgestimmte Plan, „die Grenze von Flüchtlingen (zu) säubern, um unbemerkt von ausländischen Beobachtern der internationalen Hilfsorganisationen, die in den Flüchtlingslagern tätig sind, in El Salvador eingreifen zu können, um die salvadorianische Guerilla im Norden des Landes von beiden Seiten in die Zange zu nehmen und auch um ein Aufmarschgebiet für eine wie auch immer zusammengesetzte interamerikanische 'Friedenstruppe' zu entwickeln. Vor wenigen Wochen hat die US-Administration der honduranischen Regierung 21 Millionen Dollar zum Ausbau von drei Flughäfen zur Verfügung gestellt. Über 100 US- und 22 argentinische Militärberater befinden sich bereits im Land.“<sup>17</sup>

Daß in solchen Aktivitäten eine regionale Kriegseskalation bewußt mit angelegt ist, wird deutlich auch aus der Kampfansage des Unterstaatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten Thomas O. Enders, abgegeben am 8.2.1982 vor dem außenpolitischen Senatsausschuß in Washington: „Es



besteht kein Zweifel darüber, daß die Entscheidungsschlacht um Mittelamerika in El Salvador stattfindet."<sup>18</sup>

Generalleutnant W.H. Nutting, der als Chef des Südkommandos der US-Armee (in Panama) Mitte Februar d.J. in El Salvador die Lage erkundete, empfahl, zur Rettung der salvadorianischen Junta den Einsatz fremder Truppen zügig vorzubereiten. Ronald Reagan, Alexander Haig, Larry Speaks und andere Washingtoner Regierungsvertreter mochten eine **Entsendung von US-Kampftruppen** nach El Salvador ausdrücklich nicht ausschließen. Nach Angaben des Mitglieds des FMLN-Generalkommandos, Sh. Jorge Handal, soll die Reagan-Administration für diesen Fall in den USA bereits fünf Marineinfanterie Brigaden in Gefechtsbereitschaft halten.<sup>19</sup>

Ende 1981 hatte die Regierung der USA u.a. auf einer inter-amerikanischen Armeetagung in Fort McNair und auf der OAS-Vollversammlung auf St. Lucia für kollektive Militäraktionen gegen die Hochburgen des „Terrorismus“ in Mittelamerika und der Karibik geworben. Inzwischen vereinbarten die Armeespitzen Guatemalas, Honduras' und El Salvadors ein Geheimabkommen, das den gemeinsamen Einsatz gegen die salvadorianische Guerilla beinhaltet.

Am drastischsten weitete die Regierung Reagan indessen das Engagement der USA auf dem Kampfschauplatz El Salvador aus. Sie rechtfertigte dies immer wieder mit der Zweckklüge, die salvadorianische Junta habe – wie es ein noch unter J. Carter verabschiedeter Kongreßentscheid verlangt – „kontinuierliche Fortschritte“ bei der Verwirklichung der Menschenrechte und „wichtiger wirtschaftlicher und politischer Reformen“ vorzuweisen, wie etwa Thomas O. Enders in einer Regierungserklärung vom 8.2.1982 feststellte.<sup>20</sup>

In Wahrheit hatte die salvadorianische Regierung längst, im Frühjahr 1981, die Phasen 2 und 3 der Agrarreform ausgesetzt – auf Betreiben der Reagan-Administration, die dringend eine Entschärfung der Widersprüche zwischen Junta und großgrundbesitzender Oligarchie anriet. In Wahrheit hatte sie darauf gedrängt, daß man in San Salvador das – von Jimmy Carter mitinitiierte – Reformbeiwerk zu den Akten legte, um alles für den Krieg gegen das eigene Volk zu mobilisieren. Angesichts der Tatsache, daß die salvadorianische Befreiungsbewegung 1981/82 einen stetigen Stärkezuwachs verzeichnen konnte und „die Regierung der Gemäßigten in El Salvador auf schwachen Beinen steht und stürzen kann“ (W.H. Nutting),<sup>21</sup> ging man in Washington zu Sonderhilfen für das angeschlagene Regime über.

Die noch unter J. Carter für das Fiskaljahr 1981 veranschlagte **US-Wirtschafts- und Militärhilfe** von 92,7 Mio Dollar für die salvadorianische Junta, wurde unter Ronald Reagan auf 165,4 Mio Dollar (hiervon für Rüstungszwecke 35,4 Mio Dollar) aufgestockt. Washington sorgte ferner dafür, daß der Regierung Duarte zeitgleich multilaterale Schenkungen in Höhe von 380,2 Mio Dollar (davon allein 140 Mio Dollar aus Venezuela und 19,2 Mio Dollar aus Großbritannien) sowie über 600 Mio Dollar von internationalen Finanzinstitutionen und Privatbanken (Internationaler Währungsfonds 160,6 Mio) zuflossen. Die Gesamtsumme von rund 1,1 Mrd Dollar aber macht immerhin das mehr als das Doppelte der jährlichen Steuereinnahmen El Salvadors aus. Wenn es nach der Reagan-Administration geht, dürfte die Überlebenshilfe für das salvadorianische Regime im Fiskaljahr 1982 eher noch höher ausfallen. Zusätzlich zu den für 1982 bereits veranschlagten 210 Mio Dollar an US-Militär- und Wirtschaftshilfe, wurden am 1.2.1982 von R. Reagan zusätzlich 55 Mio Dollar an militärischer „Sicherheitsnothilfe“ aus einem Sonderfonds des US-Präsidenten bereitgestellt. Anfang März d.J. forderte die Regierung dem Kongreß weitere 35 Mio Dollar Nothilfe für El Salvador ab, womit man auf offizielle 300 Mio Dollar an bilateraler Hilfe im laufenden Jahr 1982 für dieses Regime kam.<sup>22</sup>

## Ex-CIA-Agent Barnes packt aus: Die USA liefern Napalm und chemische Waffen

Der Einsatz von chemischen Waffen und Napalm seitens der salvadorianischen Juntatruppen im Krieg gegen von den Aufständischen kontrollierten Gebiete wurde seit Herbst 1980 mehrfach angezeigt. Im Mai 1981 klagte Marianella Garcia, die Präsidentin der salvadorianischen Menschenrechtskommission, daß gegen die Bevölkerung chemische Kampfstoffe eingesetzt würden, die verheerende Verbrennungen herbeiführten. Bei den aufgefundenen Behältern, die die Aufschrift „Made in USA“ trügen, handele es sich vermutlich um Frachtgut der US-Militärhilfe. Dieselbe Anklage erhob im August 1981 die Menschenrechtskommission Mittelamerikas.

Zum Jahreswechsel 1981/82 berichtete die mexikanische Zeitschrift *Por Esto*, daß bei der Gegenoffensive der Juntatruppen auf den von der FMLN gehaltenen Vulkan Guazapa (25 km von San Salvador entfernt) Napalmbomben abgeworfen worden seien. Die Reagan-Administration wurde nun durch die Enthüllung des ehemaligen CIA-Agenten Scott Barnes schwer belastet.

Die USA liefern neben gewöhnlichem Militärmaterial auch Napalm und chemische Waffen an die salvadorianische Armee. Dies gab Scott Barnes, ein ehemaliger US-Militär, der im Dienst des CIA stand, in einem Exklusiv-Interview mit SALPRESS bekannt.

Nach S. Barnes werden Napalm und chemische Waffen im Flughafen von Los Angeles verladen. Verantwortlicher für den Transport ist Daniel Arnold, Ex-CIA-Chef in Südostasien, die Überführung der Waffen besorgt die LACSA, die staatliche Fluggesellschaft von Kostarika. Diese fliegt zweimal pro Woche je 2-3 t Waffen nach El Salvador. Um keinen Verdacht zu erwecken, starten die Flugzeuge um 2 Uhr morgens.

Recherchen der Agentur bestätigten, daß diese Flüge tatsächlich stattfinden. Auf Anfrage hin gab LACSA weder die brisante Fracht zu noch dementierte sie diese. Nach Aussagen von S. Barnes werden die Transporte „von einem Spezialfonds des CIA“ finanziert. Auf die Frage hin, ob die US-Botschaft in El Salvador über die Transporte von Napalm und chemischen Waffen unterrichtet sei, meinte S. Barnes: „Einige der Jungs müssen es wissen, vor allem diejenigen, die für die Sicherheit zuständig sind und dafür, daß alle gelieferten Waffen ihr Ziel erreichen.“

Weiter sagte S. Barnes aus, daß es in El Salvador seit Januar (1982; d. Red.) „geheime“ Militärbasen des CIA gebe und daß Bo Grinz, der wie S. Barnes früher bei der US-Spezialeinheit zur Guerillabekämpfung „Green Berets“ war, damit beauftragt sei, „alte Kämpfer“ für diese Basen zu rekrutieren. Dort werden diese – nach S. Barnes – „in der Zerstörung von Wasserquellen, von kultivierbarem Land und von Nutztieren der Guerilla“ ausgebildet, sowie im Aufstellen von Fallen und „anderen bereits in Vietnam angewendeten Techniken“. Auf die Frage, was er mit andern Techniken meine, antwortete Scott Barnes „chemische Sachen, möglicherweise einige seltene Viren, Krankheitskeime usw.“ Ob die chemischen Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden, wisse er nicht. (...)

Was aber dem Fall die Dimension eines Watergate geben könnte, sind die Äußerungen S. Barnes' über eine geheime Aktion gegen Laos seit Beginn 1981, von der das republikanische Kongreß-Mitglied K. Dornan, der Generalstabschef der US-Armee David Jones und Präsident Reagan unterrichtet gewesen sein sollen. Die geheime Operation bestand darin, zwei von der laotischen Regierung gefangengesetzte US-Amerikaner zu befreien.

Ein Kommando von sechs „Green Berets“, darunter auch Scott Barnes selbst, drang mit falschen Pässen, die Regierungsbehörden ausgestellt hatten, nach Laos ein. Im letzten Moment erhielten sie aber – nach S. Barnes – Befehl, die beiden US-Amerikaner zu töten, weil sie zuviel wußten“. Beide seien CIA-Agenten, deren Mission darin bestand, falsche Tatsachen über „gelben Regen“ zu verbreiten, eine Form biologischer Kriegsführung, die das US-Außenministerium Laos, Vietnam und Kampuchea vorwirft. Die „Green Berets“, die die beiden CIA-Agenten umbringen sollten, seien mit ihrer Mission gescheitert. Zwei von ihnen seien aber danach unter sehr verdächtigen Umständen gestorben.

S. Barnes begründete seine Aussagebereitschaft damit, daß seine Familie bedroht worden sei und daß er sich von der Publizität des Falles mehr Sicherheit erhoffe.

(Quelle: SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 22/11.-17.4.1982, S. 1-2)



Darüber hinaus gewährte Washington zum Jahresbeginn 1982 ein **ad-hoc-Ausbildungsprogramm** für die salvadorianischen Juntastreitkräfte, das für Lateinamerika einmalig ist. Ganze 1.600 salvadorianische Offiziere und Offiziersanwärter wurden in den USA, in Fort Bragg und Fort Benning, in Schnellverfahren einer Spezialausbildung für die Aufstandsbekämpfung unterzogen. Einen Vorgeschmack davon, was von ihnen nach ihrer Rückkehr ins Kampfgeschehen zu erwarten steht, gab im Dezember 1981 das 2.000 Mann starke „Bataillon Atlacatl“, das die Massaker in Morazán durchführte. Diese von Oberst Monterrosa kommandierte Killertruppe ist die erste salvadorianische Eliteeinheit, die von US-Militärberatern eigens für flexible „Gegenschläge“ in der Aufstandsbekämpfung getrimmt wurde.

Die zehn- bis sechzehnwoöchigen Spezialkurse, die in den Trainingscamps von Fort Bragg und Fort Benning für weitere 1.600 Salvadorianer durchgezogen wurden (Kostenspunkt 18 Mio Dollar zusätzlich), waren einesteils auf „Nachhilfe“ im Fach Aufstandsbekämpfung („counter insurgency“) zugeschnitten. Andernteils sollten sie den Umgang mit modernstem Kriegsgerät, wie Militärhubschraubern Huey UH-1-H, Kampfflugzeugen des Typs A-37-Dragonfly, Truppentransportern C-123 oder neuen Kommunikationssystemen, einüben.

### Sind US-Militärinstruktoren Unbeteiligte?

Gerade auf den Einsatz von Kampfjets wird großer Wert gelegt. Das zeigt die prompte Ersatzlieferung von sechs Hueys UH-1H durch Washington Anfang Februar d.J., nachdem bei einem Guerillaangriff vom 27.1.1982 auf den Militärflughafen Ilopango 28 Kampfjets und Flugzeuge der salvadorianischen Armee am Boden zerstört worden waren.

Im US-Außenministerium wird außerdem ernsthaft erwogen, gegebenenfalls – wie einst im Vietnamkrieg – B-52-Kampfbomber in den umkämpften Provinzen El Salvadors einzusetzen. Militärpiloten und Techniker wurden insgeheim schon entsandt. Verschiedentlich wird überdies der Einsatz von Napalmbomben oder Giftgas US-amerikanischen Fabrikats durch Juntatruppen, beispielsweise in den Kämpfen am Fuße des Vulkans Guazapa (nahe San Salvador), gemeldet.<sup>23</sup>

Zur Jahresmitte 1981 gestand die Regierung Reagan zwar ein, daß sich ein Kontingent von 54 US-Militärberatern zu Ausbildungszwecken in El Salvador befände. Was sie aber stets vehement bestritt, ist deren – wie auch immer geartete – Teilnahme an Kampfeinsätzen der Juntatruppen oder an Folter- und Mordaktionen der salvadorianischen Sicherheitskräfte. Diesen Anschein suchte Washington zu wahren, als im Februar 1982 drei US-Offiziere, die automatische M-16-Kampfgewehre, M-79-Granaten u.a. Kampfausrüstungen trugen, nahe San Miguel insgeheim gefilmt worden waren. Obgleich einer der Gefilmten, Oberstleutnant Harry Melander, kurz darauf in die USA zurückbeordert wurde, mochte Ronald Reagan blauäugig bleiben. Er bestand darauf, daß sie die Waffen „zu ihrem persönlichen Schutz tragen, und das halte ich für verständlich. Unsere Politik ist die, daß wir nicht in Kämpfe eingreifen, und diese Gentlemen haben dies, soviel ich weiß, in keiner Weise getan.“<sup>24</sup>

Es sei dahin gestellt, ob diese „Gentlemen“ in Kämpfe eingriffen. Andere in El Salvador stationierte US-Militärs, dafür gibt es Belege und Augenzeugen, haben es wiederholt getan. Schon im August 1980 hatten bundesdeutsche Berichterstatter zu vermelden gewußt, eine wachsende Zahl von Militärberatern aus den USA übernehme „in zunehmendem Maße die Führung der salvadorianischen Einsatzstäbe und

(sie) führen bei Großeinsätzen die Truppen selbst.“<sup>25</sup>

Im November 1980 verlor der Sergeant der US-Streitkräfte, Jerome C. Racine, bei einem Kampfeinsatz salvadorianischer Juntatruppen in der Provinz Morazán seinen Militärausweis. Ein erstes Eingeständnis, daß eigenes Militärpersonal an Angriffen auf salvadorianische Zivilisten beteiligt gewesen sei, gab das State Departement (Außenministerium der USA) Anfang November 1981 von sich. Ein Militärberater und ein technischer Instrukteur der US-Regierung, beide Majore des Armeekorps der Ingenieure, hatten sich in diesem Fall am 17.10.1981 an Bord eines Hubschraubers befunden, von dem aus das Feuer auf eine Gruppe viertreibender Bauern eröffnet worden war.<sup>26</sup>

Zur Jahresmitte 1981 wurde ferner bekannt, daß den in El Salvador stationierten US-Militärs mindestens 15 Ausbilder der berüchtigten „Green Berets“ (Grünmützen) angehören. Sie machten Geschichte als wildeste Killer der US-Armee im Vietnamkrieg (1964-73) und bürgen dafür, daß die von ihnen in El Salvador ausgebildeten Infanteristen sich ähnlich skrupellose Methoden bei der Bekämpfung von Guerilleros oder „verdächtiger“ Zivilisten zu eigen machen. Die entsandten „Green Berets“ kommen alle vom 7. Bataillon der Special Forces in Panama und haben den Vorteil, auch Lateinamerikaerfahrung und Spanischkenntnisse mitzubringen.

Ein US-Korrespondent, R. Bonner von der New York Times, vermeldete, im honduranisch-salvadorianischen Grenzgebiet seien „Green Berets“ auch an Kampfeinsätzen gegen Flüchtlinge bzw. „Sympathisanten“ der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN nahe La Virtud beteiligt. Unterstellt sind sie US-Hauptmann Michael Sheehan, der hier eine Einheit der Special Forces von ca. 100 Mann kommandiert.

Daß während des Vietnamkrieges von US-Truppen und CIA-Instrukteuren zehntausendfach „Verdächtige“ gefoltert oder umgebracht wurden, ist aktenkundig. Auch die US-Militärberater in El Salvador beschränken sich nicht darauf, ihre Auszubildenden für das Schlachtfeld gefechtsbereit zu machen. Wie ein desertierter salvadorianischer Soldat, der 21jährige Carlos Antonio Gomez Montano, im Januar 1982



Green Berets bei der Spezialausbildung in El Salvador



## FMLN/FDR-Vorschlag zu Friedensverhandlungen

(...) Unser Krieg ist also ein gerechter und notwendiger Krieg zur Schaffung des Friedens und der Gleichheit aller Salvadorianer. Zweifellos ist unser Wille der Friede, und um ihn zu erreichen, schlagen wir eine politische Lösung vor, die die Beendigung des Krieges und die Errichtung einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zum Ziel hat, eine politische und wirtschaftliche Ordnung, die den Salvadorianern ihre Bürgerrechte und ein menschenwürdiges Leben sichert. Dies alles geht einher mit unserem ausdrücklichen Willen, einen Dialog mit zivilen und militärischen Vertretern einzuleiten, die die Junta im Laufe der Friedensgespräche bestimmen soll.

Diese Friedensverhandlungen, die unser Eintreten für eine politische Lösung beweisen, wollen wir auf die folgenden allgemeinen Prinzipien aufbauen:

1. Die Verhandlungen sollen zwischen Delegierten der FMLN/FDR und Vertretern der salvadorianischen Regierungsjunta geführt werden.

2. Sie sollen im Beisein von Regierungen ablaufen, die in ihrer Eigenschaft als Zeugen zur Lösung des Konflikts beitragen.

3. Sie sollen globalen Charakter haben und die grundsätzlichen Aspekte des Konflikts umfassen; den Gesprächen liegt eine Tagesordnung zugrunde, die von beiden Seiten ausgearbeitet werden soll.

4. Das salvadorianische Volk ist über alle Verhandlungsschritte zu informieren.

5. Die Verhandlungen sind von beiden Seiten ohne jegliche Vorbedingungen aufzunehmen.

Im Bemühen, die notwendige Grundlage für eine politische Lösung zu schaffen, erklärt die FMLN/FDR ihren Willen, folgende Punkte zu diskutieren:

a) Eine neue politische, wirtschaftliche und gesetzliche Ordnung ist auszuarbeiten unter voller Einbeziehung der verschiedenen Sektoren und politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte, besonders jener, die benachteiligt waren, eine Ordnung, die die politische Beteiligung aller erlaubt und fördert. Den Wahlen als Mechanismus der Beteiligung und als Ausdruck des Volkswillens kommt somit große Bedeutung zu.

b) Die Umstrukturierung der Streitkräfte, wobei Offiziere und Truppenteile, die für die Verbrechen und den Völkermord nicht verantwortlich waren, in den Streitkräften verbleiben sollen und Führung und Truppenteile der FMLN integriert werden. (...)

Eine politische Lösung ist notwendig für unser Volk, für die Stabilisierung der Lage in der Region, für Frieden und Sicherheit unter den Nationen. Dies setzt voraus, daß die Regierungen sich strikt an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker halten. Deshalb richten wir uns direkt an die Regierung der USA und fordern sie auf, die Militärintervention in El Salvador einzustellen, denn dies richtet sich gegen die Interessen der Völker El Salvadors und Nordamerikas und gefährdet Frieden und Sicherheit in Mittelamerika. (...)

(Quelle: Barricada, Edición Special, Managua, Oktober 1981)

in Mexiko-Stadt bezeugte, unterrichten US-Offiziere salvadorianische Soldaten nicht nur in der Anwendung von Foltermethoden, sondern nahmen aktiv an Folterungen teil. Gomez Montano berichtete weiter, die Berater hätten Wert auf die Feststellung gelegt, daß Foltermaßnahmen – das lehre Vietnam – mit eher noch größerer Rücksichtslosigkeit anzuwenden seien, um erfolgreicher als dort sein zu können – ein Prinzip, das sich die salvadorianischen Kommandeure zueigen gemacht haben. Über solche Methoden sei seine Truppe, so Gomez Montano weiter, von den US-Beratern auch in Form von Filmvorführungen über ihre Verhörmethoden in Südvietnam ins Bild gesetzt worden. „Ganz gleich, ob es sich um Frauen oder Kinder handelt“, so zitiert er seinen ehemaligen Vorgesetzten, Hauptmann Turcios, vor einem Kampfeinsatz in Chalatenango im Januar 1980, „mählt alles nieder, gebt kein Pardon. Denn auch ein Kind kann ein Guerillero sein – und ein toter Guerillero ist ein Feind weniger.“<sup>27</sup> Der Berg von Kinderleichen, den salvadorianische Streitkräfte im Dezember 1981 in La Joya, El Mozote, Cerro Pando usw. hinterließen, verrät eben diese Handschrift...

Doch ungeachtet der stetigen Ausweitung des US-Engagements in El Salvador, so schätzten im Februar 1982 Veteranen des Pentagon ein, sei die Moral der salvadorianischen Streitkräfte niedrig, schwinde ihre Fähigkeit zur Abwehr der Aufständischen zusehends. Daher müßten sich die USA bald entscheiden, ob sie ihre militärische Verwicklung in dem mittelamerikanischen Land auf irgendeine Weise radikal ausdehnen oder sich ganz herausziehen möchten. Der CIA teilte der Reagan-Administration mit, das salvadorianische Regime könne den Krieg ohne die Hilfe von US-Marineinfanteristen nicht gewinnen. Und Dean Hinton, US-Botschafter in San Salvador, bestätigte, daß seine Regierung mehr und mehr in Begriffen einer militärischen Lösung denke, zu der sie sich gezwungen sehen könnte.

Das Angebot einer politischen Verhandlungslösung der FMLN/FDR vom Oktober 1981, das gerade erst vom FMLN-Generalkommando in einem Brief an Präsident Reagan (siehe Kästen) erneuert worden war, verwarf Alexander Haig in einer Rede vor dem Kongreß am 2. Februar 1982 zum wiederholten Male.<sup>28</sup> Sie bleibt dennoch die Alternative zu einer Kriegseskalation im Kampf um El Salvador.

### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 13/29.1.1982, S.5
- 2) Vgl. Alberto Arene, Las Multinacionales y El Desfalco de la Economía Nacional, in: Boletín de Ciencias Económicas, San Salvador, Juli-August 1978, S.22; Estudios Sociales Centroamericanos (ESCA), San Salvador, Januar-April 1980, S. 145ff.
- 3) Nach: Handelsblatt, Düsseldorf, 1.4.1974 und NACLA, New York, Nr. 2/März-April 1980, S.21
- 4) Zit. nach: ebenda
- 5) Ausführlich siehe in: D. Horowitz, Kalter Krieg, Berlin-West 1976, S. 201ff.
- 6) Zit. nach: Th. Anderson, Matanza, El Salvador's Communist Revolt of 1932, Nebraska 1971, S.157
- 7) Zit. nach: D. Horowitz, Kalter Krieg, a.a.O., S. 216
- 8) Daten und zit. nach: M. Klare, Supplying Repression, Washington 1977, S.38; NACLA, a.a.O., S. 28-30; Stern, 26.2.1981
- 9) Zit. nach: Newsweek, New York, 24.9.1979 und P. Erdozain, San Romero de America, Wuppertal 1981, S.86
- 10) Ebenda, S.87
- 11) Departement of State Bulletin (DSB), Juli 1980, S.82
- 12) Dissent Paper on El Salvador and Central America, Washington, DOS 6.11.1980, S.7
- 13) Daten nach: NACLA, Nr. 2/März-April 1980, S. 28-30 und Nr. 4/Juli-August 1980, S. 10 und 18; SALPRESS..., Nr. 13/29.1.1982; Granma. Weekly Report, Havanna, 27.7. und 17.8.1980
- 14) Zit. nach: CounterSpy, Washington, Jg. 6, Nr. 1/November 1981 – Januar 1982, S. 8f.
- 15) Vgl. Solidaridad, San Salvador, Nr. 13-15/1980
- 16) Siehe: AIB 3/1981, S. 6ff., AIB-Sonderheft 1/1982, S. 10-13 und AIB 4/1982, S. 4ff.
- 17) SALPRESS..., Nr. 18/13.3.1982
- 18) Amerika Dienst. Dokumentation, Bonn, Nr. 7/17.2.1982, S. 11/12
- 19) Nach: International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 4., 9. und 20./21.2.1982; SALPRESS..., Nr. 13/29.1.1982; IDES, Berlin-West, Nr. 72/19.2.1982; Horizont, Nr. 10/1982; USNWR, 1.3.1982
- 20) Amerika Dienst. Dokumentation, Nr. 8/24.2.1982, S. 10f., Wortlaut der Rede in: AIB, Nr. 4/1982, S. 6-7
- 21) Zit. nach: SALPRESS..., Nr. 13/29.1.1982
- 22) Daten nach: El Salvador Libre, Bonn, Nr. 3/Oktober 1981; IDES, Nr. 28/6.3.1981 und Nr. 61/4.12.1981; Granma..., 28.2.1982; SALPRESS..., a.a.O.; Le Monde, 6.3.1982
- 23) Laut: Latin American Weekly Report (LAWR), London, 13.11.1981; Granma..., 23.8.1981, 'Por Esto, Mexiko-Stadt, 11.3.1982
- 24) IHT, 15.2.1982; Washington Post, 12.2.1982
- 25) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurt/M., 15.8.1981
- 26) Nach: Vorwärts, Basel, 21.5.1981; IDES, Nr. 41/3.7.1981 und Nr. 57/6.11.1981
- 27) Uno mas uno, Mexiko-Stadt, 11.1.1982
- 28) Vgl. Time, Washington, 1.3.1982; IDES, Nr. 72/19.2.1982; LAWR, 5.2.1982



Wolf Breugel

# Die Bundesregierung und El Salvador — ein widersprüchliches Verhältnis

Am 7. Februar d.J. hat Hans-Jürgen Wischniewski (SPD) in einer Pressemitteilung den „tiefen Schmerz“ und die „Empörung“ der bundesdeutschen Sozialdemokratie über die jüngsten Massaker in El Salvador zum Ausdruck gebracht. Entschieden plädierte H.J. Wischniewski für eine politische Verhandlungslösung des El-Salvador-Konflikts und bezeichnete die für den 28. März d.J. geplanten Wahlen als „eine Farce“ — eine Position, die soweit mit jener der Sozialistischen Internationale übereinstimmt. Auch drückte das SPD-Führungsmitglied — explizit gegen die Einschätzung R. Reagans von angeblichen „Fortschritten“ der Menschenrechte in El Salvador gewandt — seine Überzeugung aus, „daß die gegenwärtig politisch und militärisch Verantwortlichen in El Salvador jetzt dazu übergegangen sind, den mörderischen Terror systematisch weiter zu forcieren“.

## Bonner Beteiligung an der „Aktion Grenzsäuberung“

Einen guten Monat später wurde bekannt, daß die Bundesregierung sich an der Finanzierung der „Aktion Grenzsäuberung“ zwischen Honduras und El Salvador mit 0,8 Mio DM beteiligt habe. Die Aktion sollte allem Anschein nach dazu dienen, durch die Verlegung der Flüchtlingscamps ins Landesinnere von Honduras freies Feld für eine konzertierte Aktion der Streitkräfte von Honduras, El Salvador und Guatemala, nebst rund 100 US-Militärberatern, gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung zu bekommen. Diese beiden Schlaglichter erhellen, wie widersprüchlich die Bonner Position in Sachen El Salvador bis heute ist. Anfang Dezember 1981 schickte Bundesaußenminister H.D. Genscher sogar den Bonner Botschafter Neukirch wieder nach El Salvador zurück, gemäß der Überzeugung der FDP-Staatsministerin H. Hamm-Brücher, die salvadorianische Junta beabsichtige ernsthaft, „das Land in ein demokratisches System überzuleiten“.



Bundesdeutscher Panzerwagen vom Typ UR-416, auf Seiten der salvadorianischen Armee im Einsatz

Zwar konnte ein derartiger Schritt zur internationalen Aufwertung der Junta durch Proteste bis weit in die SPD-Fraktion hinein wieder rückgängig gemacht werden. Gleichwohl beteiligte sich die Bundesmarine kurze Zeit später, im März 1982, am NATO-Manöver „Safe Pass '82“ in der Karibik. Dabei wurde die Kriegsführung gegen revolutionäre Regimes geprobt.

Derartige Handlungen, die in deutlichem Widerspruch zu den Äußerungen einzelner Regierungsmitglieder oder führender Parteipolitiker von SPD und FDP stehen, machen die Inkonsequenz der Bundesregierung deutlich. Sie machen deutlich wie schwer sich Bonn tut, sich in seiner Mittelamerika- und speziell El-Salvador-Politik von der Bindung an

## Und wo steht die CDU/CSU?

Anders als die Sozialistische Internationale haben die internationalen Organisationen der Christdemokratie seit Oktober 1979 eifrig die salvadorianische Junta und ihren Vernichtungskrieg gegen das Volk unterstützt. Venezuelas Regierungspartei COPEI und die bundesdeutsche CDU/CSU ragten und ragen dabei als Wortführer hervor.

Ihr aus Washington entlehnter Rechtfertigungsversuch lautet die Krisenzuspitzung in El Salvador/Mittelamerika sei auf eine kubanisch-sowjetische Unterwanderung bzw. marxistische Subversion zurückzuführen. Dies tat im Anschluß an eine Mittelamerikavisite im Februar 1981 CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, als er das salvadorianische Blutregime als „demokratisches Reform“gespann bzw. „Regierung der Mitte“ reinwusch. Die Aufständischen hingegen gab H. Geißler als „Werkzeug der Sowjetunion und Kubas, um die Vereinigten Staaten ... zu einer direkten militärischen Intervention, zu einem amerikanischen Afghanistan zu provozieren“, aus (zit. nach: FAZ, 9.12.1981 und Die Zeit, 13.2.1981). Kein Zufall war es auch, daß in einer von der CDU-Bundesgeschäftsstelle am 15. Februar 1982 veröffentlichten El-Salvador-Dokumentation ausgerechnet zwei Kapitel fehlten, nämlich die des Staatsterrorismus und die des US-Engagements.

Während Christdemokraten einiger Länder Lateinamerikas, etwa Uruguays oder Chiles, sich gegen die christdemokratische Einreihung in den „Völkermord“ der salvadorianischen Junta und deren Unterstützung wandten, forderte die CDU/CSU die Bundesregierung zur Wiederaufnahme ihrer Entwicklungshilfe für das Regime auf. Und sie entsandte Beobachter zum Wahlspektakel des 28.3.1982 nach San Salvador. Die CDU/CSU, die COPEI und andere christdemokratische Parteien trugen bislang maßgeblich zur Zunahme der internationalen Wirtschaftshilfe für die salvadorianische Junta und die PDC bei — im Verein mit den USA, Großbritannien und den faschistischen Diktaturregimes Lateinamerikas. Die salvadorianische Christdemokratie ist mit dem Segen R. Reagans und der internationalen Christdemokratie unter J. Napoleon Duarte ein — so Kubas Präsident Fidel Castro — „äußerst seltenen Bund“ mit einer der blutrünstigsten Militärcliquen eingegangen: „Die Christdemokratie gibt für den Völkermord ihren Namen und ihre Ideologie her. Sie rechnet mit ihrem Verbündeten, der benachbarten Regierung von Venezuela, die ebenfalls christdemokratisch ist. Eines Tages werden sie zusammen den Schwanengesang der traurigen Organisation vernehmen, der sie angehören.“ (Dialogo Social, Panama, Nr. 140/November-Dezember 1981, S. 40f.)



den Kurs der Reagan-Administration zu lösen. So gibt es bis heute keine regierungsoffizielle Stellungnahme, in der die Interventionsdrohungen Washingtons gegenüber Nicaragua, Kuba, Grenada oder der salvadorianischen Befreiungsbewegung unmißverständlich zurückgewiesen worden wären.

Stattdessen begrüßte die Bundesregierung das im Februar 1982 von Ronald Reagan verkündete Sonderhilfsprogramm für das karibische Becken, dessen militärische Komponente unverkennbar ist und das die reaktionären Diktaturregimes der Region bevorzugt unterstützt – ein Konzept, das z.B. von Mexiko heftig kritisiert worden ist. Bislang konnte sich Bonn nicht dazu durchringen, eindeutig für eine Verhandlungslösung im Sinne der französisch-mexikanischen Initiative vom August 1981 und des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo vom Februar 1982 (siehe AIB 4/1982, S. 4ff.) zu plädieren. Stattdessen hält die Bundesregierung offensichtlich nach wie vor an dem fragwürdigen (gegenüber der FMLN/FDR spalterischen) Projekt fest, die „demokratischen Kräfte“ aus beiden Lagern, d.h. aus den Reihen der Befreiungsbewegung und des Regimes, als Alternative zusammenbringen zu wollen. In einer von der Frankfurter Allgemeinen am 26.2.1981 veröffentlichten Stellungnahme drückte die Bundesregierung ihr Verständnis aus für „die amerikanischen Besorgnisse wegen der Entwicklung in El Salvador und der Einflußnahme kommunistischer Staaten auf die inneren Verhältnisse des Landes. In einer Erklärung wendet die Bundesregierung sich gegen jede Anwendung von

## Französisch-mexikanische Erklärung zu El Salvador

Die Regierungen Frankreichs und Mexikos überreichten am 28. August 1981 dem Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrates eine gemeinsame Erklärung zum El-Salvador-Konflikt, in der die salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR als repräsentative Kraft und als Verhandlungspartei anerkannt sowie eine politische Lösung vorgeschlagen wurde.

Überzeugt, daß es allein dem Volk von El Salvador zusteht, eine gerechte und dauerhafte Lösung der tiefen Krise, die das Land durchmacht, zu finden, um so dem Drama, das die Bevölkerung erlebt, ein Ende zu setzen;

im Bewußtsein ihrer Verantwortung als Mitglieder der internationalen Gemeinschaft und erfüllt von den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;

berücksichtigend den außergewöhnlichen Ernst der aktuellen Situation in El Salvador und die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet;

erkennen die Regierungen Frankreichs und Mexikos an, daß das Bündnis der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti und der Demokratisch-Revolutionären Front eine repräsentative politische Kraft darstellt, bereit, die Verpflichtungen einzugehen und die Rechte wahrzunehmen, die sich daraus ableiten. Folglich ist es legitim, daß das Bündnis teilhat an der Inangsetzung der Mechanismen zur Annäherung und Verhandlung, die für eine politische Lösung des Konflikts erforderlich sind;

erinnern die Regierungen Frankreichs und Mexikos daran, daß es dem salvadorianischen Volk zusteht, den Prozeß einer umfassenden politischen Lösung einzuleiten, durch den eine innere Neuordnung erreicht wird, die Streitkräfte umstrukturiert und die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, die die Respektierung des Volkswillens sichern, der sich durch freie Wahlen äußert sowie durch andere, einem demokratischen System eigene Mechanismen;

richten sie einen Appell an die internationale Gemeinschaft, damit sie, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, den Schutz der Zivilbevölkerung gemäß den internationalen Bestimmungen sichert und die Annäherung zwischen den Vertretern der sich bekämpfenden politischen Kräfte El Salvadors annehmbar und erleichtert wird, erleichtert, um die Eintracht im Land wiederherzustellen und jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors zu vermeiden.

(Quelle: W. Brönnner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador, Köln 1982)



Sit-in vor dem US-Konsulat in Stuttgart

Gewalt in El Salvador, sei es von rechts oder von links. Sie will im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, um die demokratischen Kräfte in beiden Lagern zu einem Dialog zusammenzuführen.“

Dabei kann die Bundesrepublik nicht so tun, als ginge sie die Entwicklung in El Salvador nichts an oder als könnte man eine unbeteiligte Position im Konflikt einnehmen. Immerhin gehört die BRD – neben den USA – zu den größten Handelspartnern El Salvadors und haben zahlreiche BRD-Konzerne, z.B. der Chemie-Konzern Bayer, profitable Investitionen in dem Land getätigt. Die Juntatruppen verfügen schließlich über westdeutsche Maschinengewehre und Spezialfahrzeuge des Typs Unimog von Daimler Benz zur Aufstandsbekämpfung.

Angesichts dessen ist die Verantwortung unseres Landes und der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung nicht gering zu schätzen. Die Antiinterventionsbewegung hat von ihrem Kongreß in Münster (18.-21.3.1982) aus einen Forderungskatalog an die Bundesregierung gerichtet (Wortlaut in AIB-Sonderheft 2/1982, S.19). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich wie schon andere westeuropäische Regierungen von der Mittelamerikapolitik der USA zu distanzieren. Darüber hinaus wird sie angehalten:

„● die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den Militärregimes in Guatemala und El Salvador abubrechen;

● das Bündnis der nationalen Befreiungsfronten FMLN und FDR, die ein Konzept politischer Lösung unter Berücksichtigung aller benachteiligten Bevölkerungsschichten anstreben, als repräsentative politische Kraft anzuerkennen, wie dies bereits die Regierungen von Frankreich, Mexiko, den Niederlanden und 97 weiteren Staaten der Blockfreien-Bewegung getan haben;

● keine Rückkehr des deutschen Botschafters nach El Salvador;

● verstärkte politische und wirtschaftliche Unterstützung Nikaraguas ohne politische Bedingungen;

● auf die Regierung von Honduras einzuwirken, eine Politik der strikten Neutralität im salvadorianischen Konflikt zu betreiben.“



# Aktions- und Materialspiegel

Mit der Zuspitzung des El-Salvador-Konflikts wuchs die Zahl der Publikationen enorm an. Aus dem reichen Informationsangebot an Büchern, Broschüren, Filmen und sonstigen Materialien haben wir das empfehlenswerteste und hilfreichste ausgewählt. Dabei geben wir in der Regel den aktuellsten Materialien den Vorzug.

## Bücher/Broschüren

Bei den Büchern, die hier näher vorgestellt werden sollen, handelt es sich um Untersuchungen und Dokumentationen, die die Geschichte des Regimes und Befreiungskampfes, die Gewerkschaftsbewegung, die Kirche und den US-Interventionismus beleuchten.

Als Einführung am besten geeignet und verständlich geschrieben, ist das Buch von

● W. Bröner/J. Nieth, **Der Kampf um El Salvador. Volkserhebung und Intervention**, Köln, Pahl-Rugenstein Verlag, Juli 1982, ca. 220 S., 10 DM

Anliegen der Autoren ist es, die Hintergründe der Verbrechen in El Salvador, die durch die hiesigen Medien verschwiegen und heruntergespielt werden, zu erhellen. Das Buch geht den Ursachen des El-Salvador-Konflikts und der Volksrebellion auf den Grund. Es zeichnet den Werdegang einer 50jährigen Militärdiktatur, der „14 Familien“ El Salvadors und eines traditionsreichen Volkswiderstandes nach. Es benennt die Verantwortlichen für die Gewalteskalation und die wirklichen Intervenenten in El Salvador. Eine umfangreiche Dokumentation stellt die Positionen aller Konfliktparteien, von der FMLN/FDR bis hin zur Reagan-Administration, vor.

Das bei rororo erschienene Taschenbuch

● H. Frenz/ N. Greinacher/ U. Junk/ B. Päsche, **El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit**, rororo-aktuell 5027, Reinbek bei Hamburg 1982, 200 S., 7,80 DM

beschreibt die Leiden der geflüchteten Salvadorianer im Grenzgebiet zu Honduras und in Honduras selbst. Die vier Autoren bereiten im Auftrag der Evangelischen Studentengemeinden im Dezember 1981 die beiden mittelamerikanischen Länder. Sie haben die Flüchtlinge in den verschiedenen Lagern besucht, und erlebt, daß die salvadorianische Bevölkerung auch jenseits der Grenze vor den Zugriffen der Militärs nicht sicher ist. Die erlebten Informationen werden mit Fakten und Dokumenten, die den Schlußteil des Buches bilden, belegt. Briefe, Gedichte und Lieder der Flüchtlinge sowie Fotos sind in die Be-

richte eingeschoben. Das Honorar für das Buch stellen die Autoren den salvadorianischen Flüchtlingen zur Verfügung.

Zur Geschichte des Befreiungskampfes brachte das Informationsbüro El Salvador eine leistungswerte Brochüre heraus. In knapper und übersichtlicher Form schildert A. Gomez das Leben Farabundo Martis. Es ist aber nicht nur eine biographische Skizze, sondern zeichnet den Kampf des salvadorianischen Volkes und seiner Avantgarde in den 20er/30er Jahren nach:

● A. Gomez, **Farabundo Marti. Volksaufstand in El Salvador 1932**, Hrsg. Informationsbüro El Salvador e.V., München 1980, 52 S., 4 DM.

Der Arbeitskreis Lateinamerika Düsseldorf ist der Herausgeber einer Broschüre über die Gewerkschaften in El Salvador, ihre Entstehungsgeschichte und augenblickliche Lage, der Kampf im Untergrund:

● Gewerkschafter in El Salvador. Informationsstelle El Salvador e.V., Köln 1982, 40 S., 3 DM.

Über die Rolle der Kirche im Befreiungskampf und die Entwicklung hin zu einer progressiven Kirche in El Salvador berichtet

● O. Erdozaín, **San Romero de America. Das Volk hat dich heilig gesprochen**, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1981, 122 S., 9,80 DM.

Zur weiteren Information über diesen Teilaspekt empfehlen wir die Broschüren:

● El Salvador. Gegendarstellung zu einer Dokumentation der CDU, Hrsg. Christliche Initiative El Salvador e.V., Münster 1981, 47 S., 3 DM.

● El Salvador Dokumentation, Hrsg. Kinderhilfe Lateinamerika e.V., Köln 1981, 79 S., 3 DM.

● Aktionsheft El Salvador, Hrsg. Christliche Initiative El Salvador e.V., Münster 1981, 51 S., 3 DM.

Seinen Überblick zum Aspekt US-Interventionismus in El Salvador/Mittelamerika geben:

● Ph. Agee, **CIA gegen El Salvador**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1981, 224 S., 14,80 DM.

● AIB-Sonderheft 2/82, zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“ in Münster vom 18.-21. März 1982, 2 DM.

● ASK, **Geheimdokument des Komitees von Santa Fé** Frankfurt/M. 1982, 40 S., 3 DM.

● Heinz Dietrich, **US-Strategie in Zentralamerika. Der Weg in den Krieg**, Verlag Internationale Kritik, Oberursel 1982, 75 S., 9 DM.

● ders., **Strategien des Imperialismus in Zentralamerika**, Verlag 2000 GmbH, Offenbach

1981, 128 S., 10 DM.

Weitere El-Salvador-Publikationen:

● H. Kohn, **El Salvador. Nicaragua, Aufstand im US-Hinterhof**, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1981, 192 S., 9,80 DM.

● R. Jokisch (Hg.), **El Salvador. Freiheitskämpfe in Mittelamerika**, rororo-aktuell 4736, Reinbek 1981, 250 S., 7,80 DM.

● Lateinamerika Nachrichten, **El Salvador. Ein Land im Kampf um seine Befreiung**. Analysen-Dokumentation-Interviews, Berlin 1981, 191 S., 6 DM.

● H. Jung, **Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador**, Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., Bonn 1980, 40 S., 3 DM.

● Vom Völkermord der Militärjunta zur Hoffnung im Aufstand. Dokumentation des Rechtshilfebüros-Erzbistum San Salvador, Hrsg. Christliche Initiative El Salvador e.V., Münster 1981, 44 S., 3 DM.

● Roque Dalton, **y otros lugares/ und andere Orte**, Verlag Roter Stern, Frankfurt/M. 1981, 189 S., 19,80 DM.

In seinen Gedichten stellt R. Dalton das Unrecht und Massenelend in El Salvador dar. Als Revolutionär sah er seine literarische Arbeit nie losgelöst von der herrschenden Politik in seinem Land. R. Dalton wurde am 10.5.1975 ermordet.

## Filme

Ein wichtiges Mittel der Dokumentation des Befreiungskampfes des salvadorianischen Volkes ist der Film. In erschütternden Aufnahmen zeigt der Film Frank Diamands den blutigen Terror des Militärregimes:

● El Salvador – Revolution oder Tod, 16 mm, Niederlande 1980.

Die UNIDOC Film GmbH, Postfach 45, 8000 München 19 verleiht diesen 43 minütigen Farbfilm. Bestell-Nr. 5002.

● El Salvador: The Seeds of Liberty, 16 mm, 28 Min., zu entleihen bei CATALYST MEDIA, P.M. Box 640, Canal St. Station, New York, New York 10013.

● El Salvador: Another Vietnam/ Ein neues Vietnam?, 16 mm, Farbe, 53 Min. von Glenn Silber, USA.

● El Salvador: Los Primeros Frutos/ Die Ersten Früchte, 16 mm, Farbe, 64 Min., vom Kollektiv „Cero a la Izquierda“, El Salvador. Beide Filme sind über die Verleihstelle CACTUS FILM, Postfach 258, CH-8037 Zürich, Tel. 01/448711 zu beziehen.





## Weitere Materialien

Im Rahmen der ASK-Kampagne der materiellen Solidarität sei besonders hingewiesen auf

- **Grafikmappe** des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardinal und Vega, DIN-A4-Überformat, schwarz-weiß, 10 DM, Bestell-Nr. B-0504. Diese Mappe, Plakate und andere Materialien, eine umfangreiche Materialliste zu El Salvador sowie einen umfassenden Katalog gibt es bei:

ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M.1

- Mit einem **Gegen-Aufkleber** „Alles frisch“ will das Münsteraner El Salvador-Solidaritätskomitee über die wahre Herkunft und die Produktionsbedingungen informieren. Der Aufkleber „Alles Frisch“ – Kaffee, an dem Blut klebt – ist bei der El Salvador-Gruppe, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster zu erhalten.

Ferner können etliche Aufkleber und Buttons bestellt werden bei:

- Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrichstraße 10, 5600 Wuppertal 1

- Informationsstelle Guatemala e.V., Maistraße 29, 8000 München 2

- Christliche Initiative El Salvador e.V., Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster

- Informationsstelle El Salvador e.V., Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 41

Hier ist besonders der Aufkleber mit dem Bild von Farabundo Martí, der Button der FMLN/FDR in ihren Farben und ein T-shirt mit dem Aufdruck FMLN El Salvador ventera, 15 DM zu erwähnen.

## Schallplatten/Kassetten

Zur musikalischen Vorstellung des salvadorianischen Befreiungskampfes sind in der Bundesrepublik mehrere Musikkassetten und eine Schallplatte greifbar:

- **„VAMOS MUCHACHOS“**. Cancion a El Salvador, 18,- DM

ist eine LP, die 1981 im Verlag pläne (Postfach 827, 4600 Dortmund 1) erschien. Die LP enthält 11 Titel der salvadorianischen Gruppe JOLOCAMBA-I-TA (auf deutsch: Der Widerstand der Ernte), die 1974 gegründet wurde. Sie greift auf die alte indianische Volkskultur zurück. Unter den Titeln finden sich solche zu Ehren der Helden des Volksaufstands von 1932, darunter von Farabundo Martí, oder des Erzbischofs O. Arnulfo Romero.

Außerdem sind drei Kassetten zu empfehlen:

- **„VAMOS MUCHACHOS“**. Cancion a El Salvador, mit deutsch-spanischem Textheft, 15 DM.

- **„Misa Popular Salvadoreña“** – salvadorianische Volksmesse, mit deutsch-spanischem Textheft, 10 DM.

Beide Kassetten werden von der Gruppe Jolocamba-i-ta besungen. Sie können über die Christliche Initiative El Salvador, Münster, bestellt werden.

- **„Salsa Revolucionaria“** – Los Salvacuanos, Musikkassette, 10 Lieder plus Textheft, Hrsg. Solidaritätskomitee Basel, 12 DM. Zu bestellen bei: Informationsstelle El Salvador, Köln.

## Solidaritätskonten

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung hat zahlreiche Spendensammlungen initiiert, die der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN/FDR zugutekommen. Wir stellen einige dieser unterstützungswerten Projekte materieller Solidarität vor. Sie erbrachten bis zur Jahresmitte 1982 bereits um die 4 Mio DM. Der salvadorianische Volkswiderstand braucht diese Hilfe, und auch Ihre Hilfe, dringend.



Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) hat die Spendenkampagne „Brot für El Salvador“ initiiert, um die prekäre Versorgungslage der Bevölkerung in den kontrollierten Gebieten verbessern zu helfen. Das ASK tut dies, da sich die Politik der „verbrannten Erde“ des Regimes heute besonders gegen die Zonen in Morazán, Chalatenango, Usulután usw. richtet, in denen die FMLN eine revolutionäre Volksmacht und gerechte soziale Beziehungen errichtet hat. Mit der Kampagne sollen Unterernährung, Versorgungsgenpässe und Kindersterblichkeit in den kontrollierten Gebieten abgebaut werden.

Sonderkonto Prof. Erich Wulff  
Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr. 527055-602

Kennwort: Brot für El Salvador

## Waffen für El Salvador

Eine Geldsammlung für Waffen, die die Tageszeitung (TAZ) im November 1980 einleitete, trug seither nahezu 3 Mio DM ein. Die Gelder gehen an die FMLN. Die Initiatoren begründeten die Aktion so: „Die Grundlage aller Verhandlungslösungen liegt in der militärischen Stärke der Guerilla... Je mehr Men-

schen vor dem Terror der Junta zu der Guerilla fliehen, desto mehr Waffen benötigen sie zu ihrer Verteidigung.“

Freunde der TAZ

Postscheckkonto Berlin-West, Nr. 28859-107  
Kennwort: Waffen für El Salvador

## Medizinische Hilfe

Für „Notdepots und andere Notfalleinrichtungen mit medizinischem Material“ sammelt Medico International. Bislang wurden vor allem Notdepots für die mittlere und kleinere Chirurgie zusammengestellt und in die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete gesandt.

Medico-International  
Stadtparkasse Frankfurt/M., Sonderkonto Nr. 232

Kennwort: El Salvador

## Flüchtlingshilfe

Die Christliche Initiative El Salvador arbeitet in erster Linie mit dem Rechtshilfebüro der Erzdiözese San Salvador zusammen. Ihre Spenden wurden für juristische und humanitäre Hilfe in den Flüchtlingslagern sowie für die Arbeit christlicher Basisgruppen verwandt.

Christliche Hilfe El Salvador e.V.

Dahrlehnskasse im Bistum Münster e.G.,  
Konto Nr. 3112200

## Ein Sender für Radio Venceremos

Radio Venceremos ist einer der beiden Sender der Befreiungsbewegung und in der Provinz Morazán stationiert. „Damit mehr Menschen in El Salvador aus den befreiten Gebieten die Sendungen von Radio Venceremos hören können, wird eine neue starke Sendeanlage gebraucht.“ So die Begründung der Initiatoren des Jugendmagazins elan.

Radio Venceremos

Stadtparkasse Dortmund Kto. 171004683

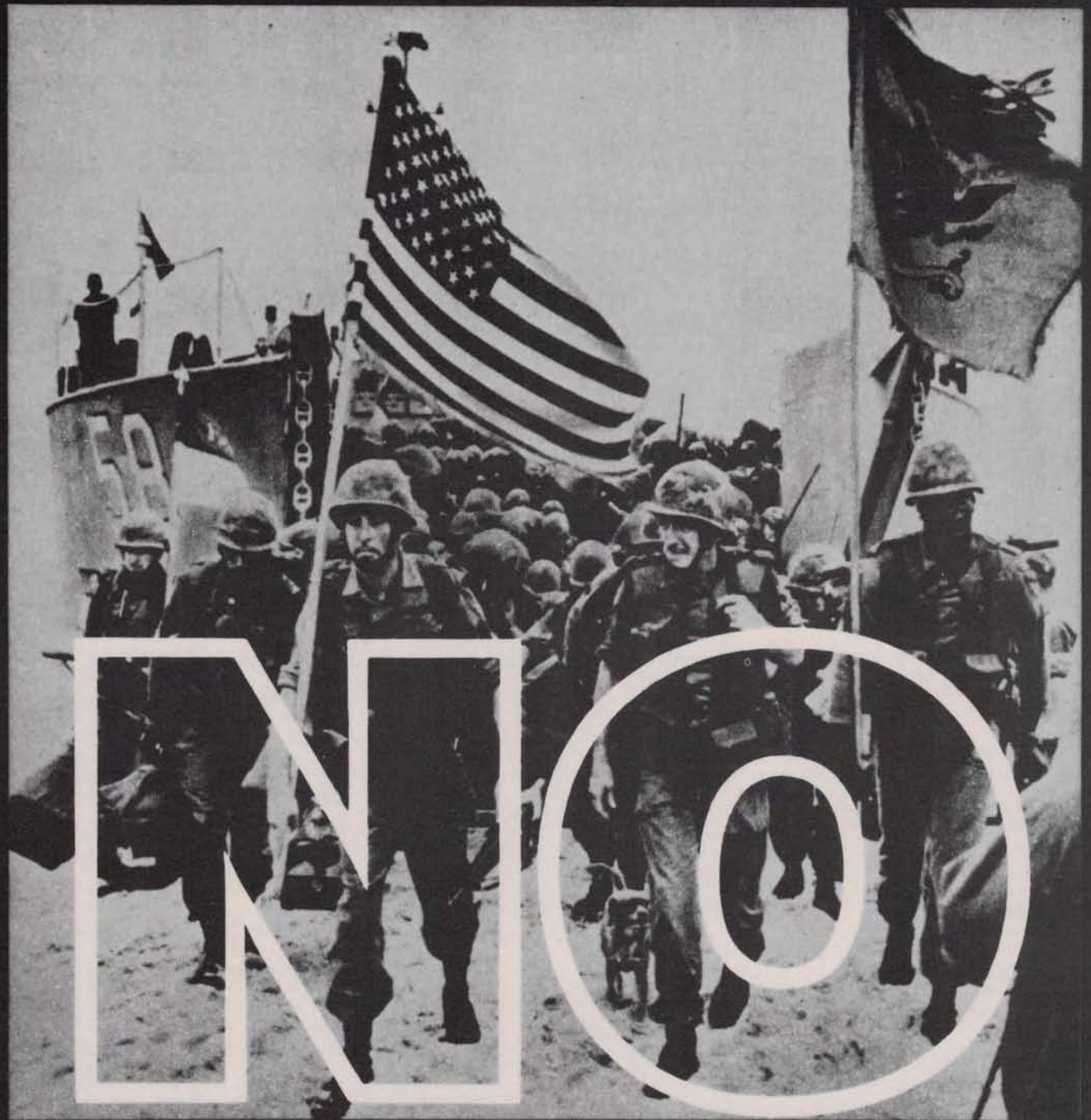
## Ein Stundenlohn für El Salvador

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier, die Landesvorstände Hamburg und Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, zahlreiche aktive Gewerkschafter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützen den Aufruf „Ein Stundenlohn für El Salvador“. Die bei dieser Aktion gesammelten Gelder werden weitergeleitet an aktive salvadorianische Gewerkschafter, die meist im Untergrund arbeiten oder mit der Guerilla in den kontrollierten Zonen des Landes kämpfen.

Informationsstelle El Salvador e.V.  
Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 41  
Konto: 180769-802

Postscheckamt München – BLZ 700 100 80  
Stichwort: Ein Stundenlohn für El Salvador





**NO**

NO TO IMPERIALIST INTERVENTION NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA

NO TO IMPERIALIST INTERVENTION IN  
 NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA EN

**EL SALVADOR**

montaje de palliris 1982



Kolonialismus, und was dieses Ziel angeht, werden wir uns niemals auf einen Kompromiß einlassen."<sup>15</sup>

Von dieser Position scheint der im November 1980 unterbreitete Vorschlag abzuweichen, ein Referendum unter internationaler Aufsicht abzuhalten, bei dem die eritreische Bevölkerung zu entscheiden hätte zwischen vollständiger Unabhängigkeit, Föderation mit Äthiopien oder regionaler Autonomie innerhalb Äthiopiens (gemäß dem 9-Punkte-Plan also). Allerdings auch der Ausgang dieser Prozedur steht für die EPLF-Führung bereits fest: „ein unabhängiges Eritrea“ aufgrund eines solchen Entscheids.<sup>16</sup>

Für diese Selbstgewißheit spricht einiges. Allerdings wäre das bestimmende Motiv einer solchen Entscheidung gewiß das Vorhandensein zahlreicher „antiäthiopischer“ Ressentiments, die sich aus der leidvollen „gemeinsamen“ Geschichte aufgestaut haben, und mit deren Abbau die Revolutionsregierung durch ihre Reformpolitik erst vor kurzem beginnen konnte. Andererseits räumte die EPLF hiermit erstmals die Möglichkeit ein, ihre eigene Maximalforderung aufzugeben. Nun aber war die Reaktion des DERG negativ. Die Gründe für die fortdauernde Konfrontation der Stand-

punkte sind vielfältig. Auf der Seite der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung sind es die bekannten Positionen. Auf der Seite des DERG treten zu den bekannten Gründen einige neue hinzu. Einer davon ist in der Tat eine Art „äthiopischer Nationalismus“, wie J.C. Guillebaud es ausdrückt, „ein langsamer Nationalwillen und Patriotismus“<sup>17</sup>, der auch die Losung „Ethiopia tikdem“ prägte.

Ein für die Herausbildung dieses Nationalgefühls wesentlicher Faktor ist die Entwicklung des antifeudalen Kampfes als eine Angelegenheit, die in fast allen Nationalitäten bei den unterdrückten Massen Anklang fand. Es ist gewagt, wenn in Darstellungen dieses „äthiopischen Nationalismus“ dieser kurzerhand zu einem „amharischen Nationalismus von neuer Qualität“ definiert wird, der nun „in der Verkleidung als äthiopischer“ auftrete.<sup>18</sup> (Noch weiter ging die EPLF, die 1977 gar vom „Amhara-Chauvinismus, verkleidet als Sozialismus“ sprach.)

Beides steht nicht nur im Widerspruch zu Programmatik und Praxis der revolutionären Nationalitätenpolitik des DERG. Es negiert auch die Überlagerung solcher traditioneller – und natürlich teilweise fortwirkender, wie sollte es anders

## Giftgas-Einsatz in Eritrea?

Die Kampagne gegen die äthiopische Revolutionsregierung sowie die UdSSR, diese setzten im Krieg um Eritrea Giftgas(e) ein, wird bis in die Details nach dem Vorbild der analogen Kampagnen in Sachen Afghanistan und Vietnam geführt. Es gehört zum Härtesten, was die ohnehin verwirrende Propagandakriegführung um den Eritrea-Konflikt aufzuweisen hat.

Setzen wir 1980 ein, als diese Kampagne erste Höhepunkte erreichte. In einer Erklärung vom 2. Juli 1980 teilt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit, daß „verschiedene Informationen ... bestätigen ..., daß in der eritreischen Hauptstadt aus der UdSSR eingeführte Giftgase für eine neue äthiopische Offensive bereitgestellt wurden.“ Dazu wird aufgezählt, was da so alles zugehört: Da „sollen“ 40 MI-24-Hubschrauber bereitstehen; „ferner soll die UdSSR 100 weitere Hubschrauber ... sowie 200 sowjetische Experten für Gaskampfführung ... bereitgestellt haben“. Und „befürchtet wird von verschiedenen Seiten z.B. das Vorhandensein sowjetischer Bestände von Soman und Tabun bei der äthiopischen Armee“. (Die Sprache – ständige Konjunktive – verrät's: Beweise gibt es nicht, da muß man mit Spekulationen umso kräftiger draufhalten.)

Woher stammen diese Informationen? Offenkundig komplett aus einem zeitgleich verbreiteten, deutschsprachigen „Appell“ der Flüchtlingsagentur ERA in Khartoum. Die drückt sich freilich etwas direkter aus: Die UdSSR „hat“ usw., „sind“ ... Die 40 MI-24 „sind einsatzbereit“. Außerdem „hat“ die UdSSR „Entlaubungsmittel“ geliefert. Woher hat die's? Aller Wahrscheinlichkeit von der Eritreischen Volksbefreiungsfront EPLF (swu.). In ihrer drastisch formulierten Abscheu sind sich GfbV und ERA einig: „Ein Regime mit einem solchen Register von Brutalität und Mißachtung menschlicher Grundrechte würde zweifellos alles Erdenkliche tun...“ – und daher „appelliert“ die ERA, es zu verhindern.

Nur, die äthiopische Armee hat es eben nicht. Dafür tauchen die einschlägigen Behauptungen prompt wieder auf, seit die äthiopische Armee im Januar/Februar dieses Jahres ihre 6. Offensive startete: Dem Verfasser eines Artikels der Blätter des iz3w (Nr. 100, S.4) gilt als „bekannt“, daß Äthiopien „chemische Waffen besitzt (Tabun-Gas)“. Woher? Von der BRD-Filiale der ERA in Köln. Und da sind sie alle wieder: die MI-24, selbstredend „allesamt für den Einsatz von Giftgas ausgerüstet“, und diesmal „sollen“ die „200 sowjetische(n) Experten...“ an der Offensive beteiligt sein.

Da schimmert schon Vorsicht durch. Immerhin, nach EPLF-Informationen (von wann? Angegeben werden EPLF-Informationen vom 14. und 15.2. sowie vom 5.1.1982; swu.!) „hat die äthiopische Armee, was von ihr allerdings heftig bestritten wird, ... Giftgasgranaten verschossen“. Freilich, die – wie der Autor mitteilt – dabei beobachteten Symptome lassen „darauf schließen, daß die äthiopische Armee es bisher nicht gewagt (!) hat, das hochgiftige Tabun-Gas einzusetzen“. Hat sie ja auch bestritten. Aber was hilft's ihr – „es ist nicht auszuschließen, daß die äthiopische Armee bereit

ist...“, wo ihr doch alles zuzutrauen ist.

Dieses Prinzip funktioniert seit undenklichen Zeiten. Unterstelle etwas, und der/die Betroffene wird eine höllische Mühe haben, sich vom Verdacht zu reinigen, auch wenn nicht der Schatten eines Beweises vorliegt. Beweisen Sie so mal, daß Sie etwas nicht getan haben!

Bemerkenswerterweise tauchen die Entlaubungsmittel nicht mehr auf. Und über die im iz3w-Organ mitgeteilten „Symptome“ berichtete die Tageszeitung (TAZ) am 7.4.1982, daß es einem französischen Arzt zufolge Tränengas gewesen sei.

Aber was wird mit Tabun, Soman usw.?

### Das unbeachtete EPLF-Dementi

In einer Mitteilung ihres römischen Büros vom 5. Januar 1982 erklärt die EPLF: „bisher noch nie benutzt“. Und für die 20 (statt 40) MI-24 fand sich der übliche Verwendungszweck: sie wurden zu Kampfhandlungen eingesetzt – angeblich geflogen „von Piloten aus dem Süd-Jemen“.

Woher hatte der iz3w-Autor seine brandneuen Informationen über Giftgas-Einsätze? Die EPLF selber nämlich ließ in einem Interview ihres ZK-Mitglieds Debesai wissen, das „seit 1978 (!) gelagerte Nervengas“ sei am 16. Februar 1982 erstmals eingesetzt worden. Die iz3w-Quellen stammen vom 14. und 15. Februar 1982...

Natürlich ist es laut EPLF „Absicht, Nervengas überall in Eritrea einzusetzen“ (Interview mit New African, London, April 1982). Jetzt wird's interessant: Die TAZ läßt am 7. April 1982 wissen: „Übrigens wurde doch kein Nervengas eingesetzt. Die EPLF berichtete zwar über einen solchen Fall des chemischen Krieges. Für den Arzt...“ (swu.). Also: EPLF-Mitteilungen enthielten vor dem 16. Februar 1982 solche Behauptungen, obwohl ein autorisierter EPLF-Sprecher den „Ersteinsatz“ für den 16. Februar 1982 angibt (und das Ganze findet sich in den Blättern des iz3w) – und dann war's noch nicht einmal was.

Mit der Giftgas-Legende befaßt, berichtet auch Le Monde am 26. März 1982, und zwar aus Addis Abeba: „Seit Monaten (!) beschuldigt die EPLF die äthiopische Armee ... Giftgase einzusetzen“. Zur Beweislage meint der Korrespondent, Experten in Addis Abeba könnten sie weder belegen noch widerlegen. „Sie betonen nur, daß die Regierungseinheiten nicht mit Antigasmasken ausgerüstet sind“, und daß der Einsatz allenfalls in einigen wenigen Situationen effektiv sein könne.

Also auch nichts.

Aber Hauptsache, die Angelegenheit ist in die Welt gebracht. Nach dem Motto: „Es bleibt immer was hängen“, wird's schon klappen. Fazit: Die Kette der Informationen ist stets dieselbe; die Quellen sind trübe. Die Glaubwürdigkeit, angesichts etlicher Widersprüche und bar jeglichen konkreten Beweises: bislang gleich null.





Alphabetisierungskampagne in Äthiopien (l.); Kämpfer der EPLF

sein? – Elemente durch klassenmäßige Positionen im Zuge der Radikalisierung der Revolution. Die Persönlichkeit Mengistu hat für diese Entwicklung Symbolcharakter. J.C. Guillebaud: „Von einfacher Herkunft, dunkler Haut und negroiden Zügen (diese Einzelheiten sind in Äthiopien nicht bedeutungslos) verkörpert (er) ein ziemlich starkes Symbol für die Mobilisierung der Massen. Er ist 'der' Nachfahre von Sklaven, der an die Macht gelangte. Er symbolisiert die große Rache der Armen und der 'Parias' über die verächtliche Amhara-Elite ... die das gestrige Äthiopien regierte.“<sup>19</sup> Ein weiterer äußerst wichtiger politischer Grund für die Haltung der Revolutionsregierung ist die Einschätzung des (nach 1974 sich wie eine Epidemie ausbreitenden) Sezessionismus als Gefährdung der gerade erst angelaufenen Revolution – eine Gefahr, die noch nicht vollends gebannt ist. Wer dieses Argument „links“ liegen läßt, sollte sich mit der unverholenen Genugtuung vertraut machen, die aus Darstellungen der reaktionären Presse auf dem Höhepunkt der äthiopischen Krise 1977/78 sprach: „Bald verschwindet Äthiopien von der Landkarte“, so z.B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 18.2.1977.

Für die erste Phase der äthiopischen Revolution bis etwa Anfang 1975 mag es angehen, daß die eritreische Unabhängigkeitsbewegung in der Machtübernahme durch den DERG lediglich einen x-beliebigen Militärputsch sah. Nichtsdestoweniger fällt auf, daß die EPLF ihre Aktivitäten nach den ersten Klärungsprozessen steigerte. Dies trifft vor allem auf die Situation des Sommers 1977 zu. Äthiopien befand sich im Existenzkampf an mehreren Fronten, insbesondere gegen den Angriff Somalias in der Ogaden-Provinz. Genau in dieser Phase startete die EPLF ihre Offensive zur Eroberung großer Teile Eritreas.

Diese Politik erfolgte ohne jede Rücksicht auf die Gefährdung der äthiopischen Revolution durch ein eventuelles Gelingen der einander in ihrer Wirkung potenzierenden Sezessionskämpfe. Wie erklärt sich das?

Der DERG hatte die Legitimität des eritreischen Widerstandes bis 1974 noch im Jahr 1976 bekräftigt und in der Unabhängigkeitsbewegung die Existenz fortschrittlicher Kräfte anerkannt. Auf der Seite der EPLF fehlte jedwede Anerkennung eines progressiven, gar revolutionären Charakters des DERG und seiner Politik. Das Programm von 1977 ist in dieser Hinsicht maßgeblich. Ausdrücke einer Art von Verständnis für die Problematik einer jungen Revolution, für

ihre inneren Schwierigkeiten, den Charakter der Differenzierungsprozesse, überhaupt den Charakter der gesamten Revolution sind ihm nicht zu entnehmen. Der 9-Punkte-Plan wird kurzerhand als propagandistisches Manöver abgetan. Nirgendwo ist erkennbar, daß die EPLF, immerhin zwei Jahre nach der Revolution, in dieser Entwicklung eine neue Lage sähe.

Es ist wenig bekannt über die innere Entwicklung der EPLF nach 1974. Viel spricht jedoch für die Vermutung, daß rechte und ultralinke Tendenzen zumindest zeitweilig gegenüber den progressiven Kräften an Boden gewannen, daß – wie Fidel Castro 1977 in einem Interview mit dem Ethiopian Herald – annahm, die revolutionären Kräfte innerhalb der nationalistischen Bewegung Eritreas unter dem Einfluß reaktionärer arabischer Staaten seit 1974 in die Minderheit gedrängt wurden.<sup>20</sup> (Dies würde sich auch decken damit, daß z.B. die Arabische Liga nach wie vor auf die Wiederannäherung der erbittert verfeindeten (?) ELF und EPLF drängen und – wie eine Konferenz in Tunis im März 1981 zeigte – die EPLF immerhin zur Teilnahme an einem solchen Versuch zu bewegen vermochte, auch wenn die EPLF sich kurz darauf entschloß, den dennoch weiterbestehenden Konflikt „mit militärischen Mitteln endgültig zu lösen“<sup>21</sup> – was sie von April bis August 1981 denn auch tat.)

### Verspielte Verhandlungschancen?

Eine solche Entwicklung innerhalb der EPLF würde erklären, warum die EPLF ignorierte, was in Äthiopien seit dem 12. September 1974 vor sich geht, warum sie den internationalen Kontext außer Acht ließ. Und es würde erklären, warum sie es ablehnte, die eigene Forderung gegenüber den entstandenen objektiven revolutionären Gemeinsamkeiten zu relativieren.

Was für eine genuin revolutionäre Position objektiv internationalistischer Verpflichtung entsprochen hätte, setzte sich nicht durch aufgrund der Dominanz kleinbürgerlich-nationalistischer und ultralinken Auffassungen gegenüber Vertretern einer konsequent revolutionären Herangehensweise.

Daß die äthiopische Revolutionsregierung nicht „einfach“, wie man ja fordern könnte, ihre Position – regionale Autonomie, sonst aber nichts – um „des lieben Friedens willen“



preisgeben konnte, ergibt sich aus mehreren objektiven Zwängen:

- dem Prinzip, Partikularinteressen nicht den Vorrang gegenüber dem revolutionären Ziel einzuräumen, und
- der Lage am Horn von Afrika, der Bedrohung der äthiopischen Revolution durch etliche separatistische Bestrebungen in den Händen konterrevolutionärer Kräfte.

Die Verwirklichung der Abtrennung Eritreas würde auch heute noch die Gefahr des Zerfalls Äthiopiens heraufbeschwören. Denn weder können die zahllosen Probleme der einzelnen Nationalitäten bereits gelöst sein (was stets Ansatzpunkte für Manöver bietet, solche Probleme auszunutzen), noch sind die separatistischen Bewegungen sämtlich bereits verschwunden – und ohne Unterstützung von außen. Der Zerfall Äthiopiens aber wäre gleichbedeutend mit der Liquidierung der äthiopischen Revolution – das erklärte Ziel der Konterrevolution. Saudi-Kronprinz Fahd: „Man sollte Äthiopien aufteilen und seine Revolution im Blut ertränken.“<sup>22</sup>

Aus dem vorliegenden Versuch einer Einschätzung läßt sich der Schluß ziehen, daß die eritreische nationalistische Bewegung, indem sie gegenüber der durch die revolutionären Interessen der ehemals unterdrückten Massen in Eritrea und Äthiopien objektiv gebotenen Perspektive einen ablehnenden Standpunkt einnahm, diesen Interessen objektiv zuwiderhandelte.

Bis in die jüngste Zeit ist nicht festzustellen, daß zumal die EPLF ihre Einschätzung des DERG wenigstens rückblickend grundsätzlich revidiert hätte. Wenngleich im Ton moderater werden die Vorschläge des DERG für die Lösung des Eritreaproblems von 1976 immer noch als Betrugsmanöver abgetan. Dieses Festhalten an einer für damals zumindest vorzuziehenden, in ihren Auswirkungen auf Verhandlungsansätze aber tragischen Beurteilung hat allem Anschein nach vor allem Legitimationscharakter im Hinblick auf die eigene Haltung.

Die vom DERG 1976 vorgeschlagene Lösung bietet einen gangbaren Weg. Immerhin hat die EPLF mit ihrem 7-Punkte-Plan vom November 1980 eben eine solche regionale Autonomievariante verbal nicht mehr rundheraus abgelehnt. Die Tragik der Situation besteht darin, daß nunmehr der DERG, nachdem die eritreischen Nationalisten jahrelang auf ihrer Maximalforderung beharrt haben, zu keinerlei Verhandlungen mehr bereit scheint. Es ist m.E. verfrüht, hieraus weitreichende Schlüsse auf die Entwicklung des Charakters des DERG zu ziehen – zumal sich revolutionäre Prozesse in mehreren Bereichen erfolgreich fortentwickeln. Mit Sicherheit aber läßt sich sagen, daß – sowenig Raum das unnachgiebige Beharren auf Lostrennung für eine friedliche Lösung bot – eine „rein militärische Lösung“ keine sein kann und wird.

Nur eine konsequente Umsetzung der proklamierten Nationalitätenpolitik in allen Regionen Äthiopiens sowie die Einräumung eines entscheidenden Mitspracherechts im Sonderfall Eritrea (einschließlich Verhandlungen mit den revolutionären Kräften, darunter auch mit jenen der EPLF, die zum Ausdruck gebracht haben, daß sie einer revolutionären Entwicklung Äthiopiens und der Lösung der Eritrea-Frage in diesem Kontext zustimmen) kann die Probleme langfristig lösen.

#### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Dritte Welt Magazin, Nr. 7-8/1978, S. 18
- 2) So J.C. Guillebaud in: *Le Monde*, Paris, 19.2.1975
- 3) Die wichtigsten Texte der äthiopischen Revolution sind abgedruckt in: B. Benzing/K. Wolde-Giorgis, *Das neue Äthiopien*, Köln 1980, hier: S. 37 ff.
- 4) So verfährt z.B. G. Schröder, *Die ungelöste nationale Frage*, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 96/September 1981, S. 35
- 5) Das National-Demokratische Programm der EPLF, Januar 1977,

in: Eritrea – Zu Besuch bei einer Revolution, Bremen 1981, S. 178-188; im folgenden sind alle EPLF-Programmaussagen nach dieser Übersetzung zitiert

- 6) Vgl. hierzu: *Frankfurter Rundschau (FR)*, 4.1.1982
- 7) Vgl. *Africa Confidential*, 12.12.1979
- 8) S. Brühne, *Äthiopien – die umstrittene Revolution*, in: *Blätter des iz3w*, a.a.O. S. 19
- 9) Vgl. *Africa*, London, September 1978, S. 32
- 10) Vgl. ebenda; *Unsere Zeit*, 15.5.1979; *African Communist*, London, Nr. 4/1980, S. 60
- 11) Vgl. *Horizont*, Berlin, Nr. 10/1982, sowie *New African*, London, April 1982, S. 54
- 12) *Policy Declaration of the Provisional Military Government to solve the Problem in the Administrative Region of Eritrea in a peaceful way*, in: *Basic Documents of the Ethiopian Revolution*, Addis Abeba 1977, S. 150 f.
- 13) *Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens*, 20. April 1976, in: B. Benzing/K. Wolde-Giorgis, *Das neue Äthiopien*, a.a.O., S. 48
- 14) Ebenda, S. 110 ff.
- 15) Vgl. *FR*, 6.7.1979
- 16) Vgl. *New African*, a.a.O.
- 17) *Le Monde*, 19.2.1975
- 18) So G. Schröder, *Die ungelöste nationale Frage*, a.a.O., S. 35
- 19) *Le Monde*, 24./25.4.1977
- 20) Vgl. *Review of African Political Economy*, London, Nr. 12/Mai-August 1978, S. 13
- 21) Vgl. *Die 6. äthiopische Offensive in Eritrea*, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 100/März 1982, S. 4
- 22) Zit. nach: R. Valdes Vivo, *Äthiopien – eine unbekanntere Revolution*, Frankfurt/M. 1978, S. 101

### Zeitschriftenschau

#### Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 3/1982

Südafrika: Gewerkschaftsbewegung • Apartheid und Gewerkschaft • IBFG und südafrikanische Gewerkschaften • Mosambik: Südafrikas 2. Front • Zimbabwe: Innenpolitische Entwicklung • Angola: Wirtschaftsentwicklung • Namibia: Kontaktgruppe ist ungläubig • Bankenboykott • Dresdner Bank in Südafrika • Namibia-Uran-Seminar • Stellung der AAB zur Ökologiefrage • Rezensionen • Nachrichten  
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM  
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

#### Blätter des iz3w, Nr. 101/1982

*Schwerpunkt Internationalismus:* • Blinde Flecken in unserem politischen Weltbild • Nikaragua zwischen Stabilisierung und Transformation • Zwischen Wunsch und Wirklichkeit • Fragen zu Kuba und Internationalismus • Im Schatten der Krise der Solidaritätsbewegung • Widerspricht die Emanzipation der Dritte-Welt-Länder unseren Interessen? • Nachrichten und Berichte zu: El Salvador, Argentinien, Mosambik, Brandanschlag auf Dritte-Welt-Laden  
Einzelpreis 4 DM; Abo 25 DM  
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

#### ila-info, Nr. 56/Juni 1982

*Schwerpunkt: Der Nord-Süd-Krieg im Atlantik: Wenn Filibuster selbständig werden wollen, wird der Chef grob* (Argentinien im Krieg um die Malwinen) • Der Amazonaspakt: Das Amazonasgebiet für die Amazonasländer • „Gingen die Streiks etwa weiter, weil die Arbeiter ein wilder Haufen sind?“ (Ein Bericht über den Gewerkschaftsprozess in Brasilien aus der Sicht eines brasilianischen Beobachters) • Liquidación Chilena (Ein Bericht zur Wirtschaftslage in Chile) • Ausbeutung unter dem Deckmantel der Hilfe – Deutsche Farmen in Paraguay • Briefverkehr Grenada-USA (Grenadas Premier Maurice Bishop schreibt an US-Präsident Reagan) • *Ländernachrichten* zu El Salvador, Guatemala • *Solidaritätsbewegung:* Salvadorianisches Flüchtlingseiland: Das Lager „Mesa Grande“; Aufstehn! Für den Frieden (Stand der Vorbereitungen zur Demo in Bonn am 10.6.); Brasilien: Erschießungsmord an den Waimiri und Atoari Indianern; Buchbesprechungen: „El Salvador: Massaker im Namen der Freiheit“, Sondernummer zur Friedensdemo: „Frieden und Selbstbestimmung“; Medien und Dritte Welt  
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25 bzw. 30 oder 35 DM  
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

#### Lateinamerika Anders, Nr. 19/März 1982

*Schwerpunkt ZENTRALAMERIKA* • Vorstellung der APIA, Presseagentur für alternative Information mit Sitz in Managua • Zentralamerika vor dem ökonomischen Kollaps • *Nikaragua:* Revolution zwischen Stabilisierung und Transformation wirtschaftlicher Strukturen • Die Massenorganisationen und die sandinistische Partei • Rebellion an der Atlantikküste • Was macht die Revolution mit der Prostitution? • *El Salvador:* Schlachthof im Vorgarten der USA • Die Wahlfarce, ein Pluralismus der Rechten • Stellungnahme der FDR/FMLN • Die Oligarchie in El Salvador • *Guatemala:* Einheit der Guerilla • *Honduras:* US-Stützpunkt mit demokratischer Fassade • *Paraguay:* Ausverkauf eines Landes  
Einzelpreis 4 DM; Abo 12 DM  
Bezug: IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien

#### Solidarität, Nr. 68/Juni 1982

Interview mit dem ANC-Vertreter Neo Mnumzana • Aus einem Gespräch von Waltraud Haas mit einem südafrikanischen Gewerkschafter • Rentenstreik in Südafrika, von Gottfried Wellmer • Südafrika verhindert Unabhängigkeit Südwestafrikas, von Markus Mugglin • Der Kampf um die Zukunft Südafrikas, von Mascha Madörin • Interview von Martin Schäfer mit Didi Pukwana • Ciba-Geigy im Sudan • Nestlé in Madagaskar • Dossier Schweiz-Trikont • Bücher, Blick über den Zaun  
Einzelpreis 2,50 sFr; Abo 25 sFr  
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

#### Südwind, Nr. 2/April 1982

Krieg – Made in Switzerland • Frauen aus Asien: Prostitution • Zimbabwe: Rezeptpflicht für Muttermilch-Ersatz gefordert • Putschsöldner über Schweizer Privatbank finanziert • Landwirtschaft in Südafrika: Maisexport – während Schwarze hungern  
Einzelpreis: 2,50 sFr; Abo 18 sFr  
Bezug: Südwind, Postfach 1007, CH-3001 Bern



Martin Kutscha  
Norman Paech

## Im Staat der „Inneren Sicherheit“

Polizei, Verfassungsschutz,  
Geheimdienste,  
Datenkontrolle im Betrieb  
und in der Freizeit



RÖDERBERG

Von den verschiedensten Seiten her wird nachgewiesen, wie durch Einrichtungen dieses Staates – Polizei, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst, aber auch durch die elektronische Datenverarbeitung – die Demokratie und die Freiheit des Bürgers bedroht werden.

Gleichzeitig wird auf die Möglichkeiten demokratischer Gegenwehr vor allem an Beispielen von gewerkschaftlichen Aktivitäten hingewiesen.

Die Autoren dieses Buches: Wolfgang Abendroth, Hans-Udo Borgaes, Christine Elias, Hartmut Günther, Wiho Haustermann, Hans-Martin Henning, Arnd Hochhuth, Hans Friedrich Hölter, Martin Kutscha, Axel Landwehr, Norman Paech, Gertrud Renz-Polstorff, Willi Schlömer, Jürgen Schneider, Ursula Tietgen, Roderich Wahsner, Lisa Wiese.

192 Seiten, kartoniert, 13,80 DM

Dieses Buch deckt Hintergründe und Umfeld der Neonazi-Terroris anhand konkreter Beispiele auf, untersucht Zusammenhänge organisatorischer, personeller und politisch-ideologischer Natur, belegt skandalöse Verhaltensweisen von Justiz und Behörden. Kurzbeschreibungen von „A-Z“ fassen typische Merkmale und Aktionen neonazistischer Gruppierungen und Organisationen zusammen. Ein umfangreicher Dokumententeil ergänzt den Text.

208 Seiten, kart., 12,50 DM

Rudolf Schneider  
**DIE SS IST  
IHR VORBILD**



NEONAZISTISCHE  
KAMPFGRUPPEN  
UND AKTIONSKREISE  
IN DER  
BUNDESREPUBLIK

RÖDERBERG

Während des Krieges wurden insgesamt 106 000 Häftlinge aus über 20 Nationen in das KZ Neuengamme eingewiesen, 55 000 von ihnen kamen ums Leben. Viele der Gefangenen der SS waren nicht im Stammlager, sondern in einem der rund 60 Außenlager untergebracht, wo die meisten für die Kriegsproduktion deutscher Konzerne schuften mußten.

164 Seiten, kartoniert,  
mit zahlreichen Abbildungen  
10,- DM

**RÖDERBERG-  
VERLAG**

## SICH ENTSCHIEDEN

für ein Leben ohne  
Faschismus und Krieg –  
gegen Neonazismus  
und Hochrüstung

„die tat“ bestellen

die  
tat

die  
antifaschistische Wochenzeitung



Er  
hat sie  
schon!

Ich bestelle „die tat“  
ab dem .....

zum Jahrespreis von

- 45,- DM als Postvertriebsstück
- 54,- DM als Streifenbandzeitung
- für Schüler, Studenten, Auszubildende, ZDL, Soldaten, (gegen Nachweis) jeweils 15,- DM billiger
- Ich wünsche kostenlose Probeexemplare „die tat“

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Einsenden an

**Röderberg-Verlag**

Postfach 4129, 6000 Frankfurt/M.

21